

NEUE ZEIT

AUGUST 1980

35

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum _____ Unterschrift des Leiters _____
Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

VIETNAM—
LAND
FREIER
MENSCHEN

14759-35 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-7101 PSF-77



SOWJETUNION IM BILD

Am 1. September gehen Millionen Kinder der multinationalen Sowjetunion zum erstenmal zur Schule. Von diesem Tag an beginnt für sie eine fesselnde Reise in die Welt des Wissens. Da ist die Per-

Alles so
feierlich
und so neu!

Die erste
Stunde,
die erste
Lehrerin

Fachräume und
Sportanlagen
gehören
zu einer
modernen
Schule



Fotos: A. Motschalin



Mit dieser
Tafel
begrüßen
die „Großen“
die Abc-Schützen

Wer ist
nun unser
Lehrer!



sönlichkeit des ersten Lehrers sehr wichtig, denn schon er formt die kleinen Menschen zu Mitgliedern der sozialistischen Gesellschaft, die so sorgsam ihren Nachwuchs hegt und pflegt.

Kindererziehung ist ein Teil der Gestaltung der Zukunft und deshalb ein wichtiges Anliegen des Sowjetstaates. Der Unterricht ist auf allen Stufen gebührenfrei. Laut Verfassung besteht die allgemeine Oberschulpflicht. Der

Staat ist großzügig, wenn es sich um den Bau von Lehranstalten, die Herausgabe von Lehrbüchern, die Schulung hochqualifizierter Lehrer und Erzieher handelt. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die allgemeine Oberschulpflicht stellen an den Lehrer besonders hohe Ansprüche. Er muß auch selber ständig seine Kenntnisse bereichern — die Fragen der Schüler werden ja auch immer komplizierter!



DIE KRIM-TREFFEN

Die mittlerweile traditionellen Krim-Treffen Leonid Breshnews mit den Führern der verbrüdeten Parteien und Länder finden sowohl bei unseren Freunden als auch bei unseren Gegnern stets besondere Beachtung. Das ist verständlich, üben doch die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft durch ihre friedensdienliche Außenpolitik einen großen Einfluß auf die internationale Entwicklung aus. Die Gipfeltreffen auf der Krim lassen auf das Heute und Morgen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den Bruderländern, auf ihre Einstellung zu den aktuellen Weltproblemen schließen.

Die „Neue Zeit“ hat ihre Leser bereits über die vor kurzem abgehaltenen Treffen Leonid Breshnews mit János Kádár, Gustáv Husák, Edward Gierek, Nicolae Ceauşescu, Todor Shiwkow, Erich Honecker, Kaysone Phomvihane und Jumshagjin Zedenbal informiert. In diesem Jahr sind sie um so bedeutsamer, als die Bruderländer ihre Bemühungen darauf richten, die laufenden Fünfjahrpläne erfolgreich abzuschließen und eine zuverlässige Basis für die fruchtbare Arbeit im kommenden Planjahr fünf zu schaffen. Diskutiert wurden also nicht nur die laufenden Angelegenheiten, sondern auch die Hauptaufgaben der kommenden Jahre und geplante wichtige Schritte, die zu einer noch größeren Erweiterung der gleichberechtigten, für alle Teilnehmer nützlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Staaten beitragen werden.

Die verbrüdeten Länder und Parteien schätzen nach Gebühr ein, was auf allen Lebensgebieten erreicht worden ist, doch sehen sie auch die anfallenden Probleme klar. Die Weltwirtschaftskonjunktur, die sich kompliziert hat, die gespannte Situation in einigen Volkswirtschaftszweigen der sozialistischen Staaten machen die Vervollkommnung und Vertiefung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung und die Mehrung der gegenseitigen Kontakte erforderlich. Das ist eine zuverlässige Methode, zu erreichen, daß die nationalen Wirtschaften weiterhin wachsen und der Volkswohlstand zunimmt. Die Teilnehmer der Krim-Treffen bekräftigten ihren Kurs auf konsequente Realisierung der ökonomischen Integration im RGW-Rahmen und unterstrichen die Effektivität der volkswirtschaftlichen Beziehungen und die wachsende Rolle der Spezialisierung und Kooperation der Produktion auf der Grundlage abgestimmter Langzeitprogramme.

Koordinierung erhöht auch die Effektivität der sozialistischen Außenpolitik. Die diesjährigen Treffen wie auch die früher in der politi-

schen Hauptstadt abgehaltene Konferenz des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten bestätigen eindrucksvoll die wichtigsten außenpolitischen Orientierungen der Gemeinschaft. Die Erhaltung und Festigung des Friedens, die Behauptung des Rechtes der Völker auf freie und unabhängige Entwicklung sind das höchste Gebot. Das gemeinsame Ziel der sozialistischen Länder besteht darin, die Sache der Entspannung vorwärtszubringen, ihr einen neuen Impuls zu geben und eine gerechte politische Beilegung der bestehenden Konflikte herbeizuführen.

Auf der Krim wurde erneut erklärt, daß es in Europa, Asien und anderen Weltteilen keine Probleme gibt, die die sozialistischen Länder nicht am Verhandlungstisch zu regeln bereit wären. Das trifft auch auf ihr Herangehen an das Schlüsselproblem unserer Zeit — die Abrüstung — zu. Es gibt keine Rüstungen, die die UdSSR und die anderen Warschauer Vertragsstaaten — bei strikter Befolgung des Prinzips der Gleichheit und gleichen Sicherheit — nicht abzubauen bzw. zu liquidieren bereit wären. Nun ist der Westen an der Reihe. Seine positive Antwort auf die jüngsten bedeutenden Initiativen der UdSSR, seine Bereitschaft zur militärischen Entspannung würden den Weg zur realen Eindämmung des Wettrüstens eröffnen.

Die sozialistischen Länder wirken darauf hin, daß das bevorstehende Madrider Treffen im sachlichen, konstruktiven Geist verläuft. Nach Ansicht der Teilnehmer der Gespräche auf der Krim wäre es besonders wichtig, in Madrid die Durchführung einer gesamteuropäischen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung zu vereinbaren.

Bei den Krim-Treffen wurde die Solidarität der Bruderländer mit der afghanischen Aprilrevolution bestätigt und die Wichtigkeit einer politischen Regelung der Situation um Afghanistan betont; den Weg dazu weisen die bekannten Vorschläge der DRA-Regierung. Die Teilnehmer der Treffen brachten ihre Besorgnis über die Komplikation der Lage in Südostasien zum Ausdruck; es wurde darauf hingewiesen, daß die Bemühungen von Vietnam, Laos und Kampuchea, diese Region in eine Zone des Friedens und der Stabilität umzuwandeln, im Interesse aller Staaten der Region liegen.

Bei der Erörterung der Ergebnisse der Krim-Treffen von 1980 stellte das ZK der KPdSU fest, daß sie zusammen mit den sowjetisch-vietnamesischen Gipfelverhandlungen von Anfang Juli eine neue bedeutende Etappe bei der Konsolidierung der sozialistischen Gemeinschaft bedeuten.

Das konsequente Engagement der sozialistischen Länder für Frieden und Entspannung, der Umstand, daß sie sich uneigennützig für die geheiligten Rechte der Völker einsetzen, finden bei Millionen Einwohnern unseres Planeten Verständnis und Unterstützung.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 35 AUGUST 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Die Krim-Treffen	1
M. Kokin — Für weltweiten Umweltschutz	5
A. Iwanow — Die Lehren aus der Geschichte	7
P. Machinek — Mit Achtung für den Partner	9
J. Gudkow — USA. Wer tut, was er will	10
Querschuß gegen die Entspannung	12
S. Michailow — Zwischen zwei Feuern	12
J. Botschkarjow — Aggression, Annexion	13
A. Leontjew — SRV. Die Morgenröte der Freiheit	14
Notizen ♦ Glossen	16
N. Jermoschkin — Stoßwellen der „Informationsexplosion“	18
D. Wolski — Iran. Geisterbeschwörung	20
Biographisches: Mohammed Ali Rajai, Manuel Ulloa Elías	20, 27
S. Filippow — Australien. Ausrichtung auf Washington	21
W. Morosow — Zu gegenseitigem Nutzen (Interview)	22
S. Goljakow — Afghanistan. Zwischen gestern und morgen	24
W. Shitomirski — In der Sprache diplomatischer Dokumente	26
A. Medwedenko — Juan Antonio Bardems Kredo	28
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Vor 35 Jahren, nach dem Sieg der Augustrevolution, schlug die Geburtsstunde des unabhängigen Vietnam, des ersten Arbeiter- und Bauernstaates in Südostasien. Am 2. September 1945 wurde die Demokratische Republik Vietnam gebildet. Doch noch drei Jahrzehnte mußte Vietnam gegen die imperialistische Aggression kämpfen, mußte es die Unabhängigkeit und Einheit der Heimat verteidigen.

Titelbild: A. Garanin

Gestaltung: W. Koslow

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Das ZK der KPdSU befaßte sich mit den Ergebnissen der Krimtreffen (Juli—August) Leonid Breshnews mit János Kádár, Gustáv Husák, Edward Gierek, Nicolae Ceauşescu, Todor Shiwkow, Erich Honecker, Kaysone Phomvihane und Jumschagijn Zedenbal. Es schätzte die Bedeutung dieser Treffen für eine vertiefte Zusammenarbeit der sozialistischen Staaten hoch ein und billigte voll die von Leonid Breshnew geleistete Arbeit. Das ZK der KPdSU konstatierte, daß die Krimtreffen zusammen mit den sowjetisch-vietnamesischen Gesprächen auf höchster Ebene Anfang Juli d. J. in Moskau zu einer neuen großen Etappe bei der Festigung der sozialistischen Gemeinschaft geworden sind. Der Stand und die Aussichten für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen der UdSSR zu den sozialistischen Bruderländern wurden eingehend erörtert. Die sozialistischen Länder stellen in den Mittelpunkt ihrer Außenpolitik die Interessen der Bewahrung und Festigung des Friedens, die Durchsetzung der Rechte aller Völker auf eine freie und unabhängige Entwicklung.

Am 23. August beging das rumänische Volk seinen Nationalfeiertag — den 36. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten an Nicolae Ceauşescu, Generalsekretär der RKP und Präsident der SR Rumänien, und an Ministerpräsident Ilie Verdeţ Glückwünsche: „Das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung, die den Kurs auf die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, ihres internationalen Zusammenwirkens unbeirrt gehen, treten unablässig für die Entwicklung und Festigung der allseitigen freundschaftlichen Beziehungen zur SR Rumänien ein. Die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder in Politik, Wirtschaft, Verteidigung u. a. sowie die Tätigkeit ihrer gemeinsamen Organisationen — des Warschauer Vertrages und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe — dienen zuverlässig dem Frieden und Fortschritt.“

Alexej Kossygin gratulierte Mohammed Ali Rajai, dem neuen Ministerpräsidenten der Islamischen Republik Iran, zu seiner Ernennung. Der sowjetische Regierungschef verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß „sich die gutnachbarlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Islamischen Republik Iran zum Wohl der Völker unserer beiden Staaten gemäß den Prinzipien der Gleichberechtigung, der guten Nachbarschaft, des gegenseitigen Vorteils und der Nichteinmischung in die inneren Ange-



Auf Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wurde Viktor Gorbalko, zweifacher Held der Sowjetunion und Fliegerkosmonaut der UdSSR, für seinen Mut und Heroismus bei dem kürzlichen Interkosmosflug mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet. Pham Tuan, Forschungskosmonaut und Held der SRV, wurde zum Helden der Sowjetunion ernannt, wobei ihm der Lenin-Orden und die Medaille „Goldener Stern“ verliehen wurden. Am 26. August überreichte Leonid Breschnew im Kreml die hohen Auszeichnungen an Viktor Gorbalko und Pham Tuan. Unser Bild: Bei der feierlichen Überreichung.

Foto: S. Kossyrew

legenheiten des anderen, im Interesse des Friedens und der internationalen Entspannung entwickeln werden“.

Am 22. August traf Wassili Kusnezow im Kreml mit Didier Ratsiraka, dem Präsidenten der Demokratischen Republik Madagaskar und Generalsekretär der Partei Avantgarde der madagassischen Revolution, zusammen, der in der Sowjetunion zu einem kurzen Erholungsaufenthalt weilte. In dem Gespräch wurde bekräftigt, daß beide Länder in den wichtigsten internationalen Fragen ähnliche Positionen einnehmen.

Am 24. August fand in Warschau ein ZK-Plenum der PVAP statt. Die sozial-ökonomischen und politischen Hauptfragen des Landes wurden analysiert und die wichtigsten diesbezüglichen Aufgaben der Partei bestimmt. Das Plenum nahm einige personelle Umbesetzungen im Politbüro aus. Neue Politbüromitglieder Stefan Olszowski und Józef Pińkowski wurden ins Politbüro gewählt. Im Zusammenhang mit E. Babiuch's Bitte, ihn als Vorsitzenden des Ministerrats der VR Polen zu entpflichten, beschloß das Plenum, Józef Pińkowski für dieses Amt zu empfehlen.

■

Am 25. August wurde Ali Yata, Generalsekretär der Partei des Fortschritts und Sozialismus Marokkos, 60 Jahre alt. Das ZK der KPdSU sandte ihm Glückwünsche. Auf Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wurde Ali Yata mit dem Orden der Völkerfreundschaft ausgezeichnet.

■

Am 25. August wurde in New York die von den Entwicklungsländern angeregte Sondertagung der UNO-Vollversammlung für wirtschaftliche Fragen eröffnet. Auf der ersten Sitzung wurde die Republik Simbabwe einstimmig in die UNO aufgenommen.

■

Am 20. August verabschiedete der UNO-Sicherheitsrat mit 14 Stimmen bei einer Enthaltung (USA) eine Resolution, die die unrechtmäßige Annexion Ost-Jerusalems durch Israel verurteilt. Der Sicherheitsrat bekräftigte, daß die gewaltsame Annexion fremder Gebiete völkerrechtswidrig ist, verurteilte entschieden die Annahme eines Gesetzes, das den Status Jerusalems verändert, durch die Knesset und beschloß, diese Maßnahmen Tel Avivs als ungültig anzusehen. Der Sicherheitsrat appellierte an die Staaten, die diplomatische Missionen in Jerusalem unterhalten, diese von dort abzuziehen.

■

Der Weltfriedensrat veröffentlichte eine Erklärung, in der er die neue US-Nuklearstrategie entschieden verurteilt. Die Direktive Nr. 59 des US-Präsidenten ist eine weitere offene Anstiftung zum Krieg. Sie stellt eine beispiellose Herausforderung und Bedrohung für den Frieden und die ganze Menschheit dar, heißt es in der Erklärung des Weltfriedensrates.

■

Das DDR-Außenministerium protestierte gegen die in letzter Zeit häufigen Verletzungen des Luftraums der Deutschen Demokratischen Republik durch BRD-Flugzeuge. Die jüngsten Luftraumverletzungen ereigneten sich am 15. August in Bezirk Suhl und am 17. August im Bezirk Magdeburg.

■

Die Völkergemeinschaft beging den Tag der Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Namibia. In New York trat der UNO-Rat für Namibia, dessen Mitglieder auf die Notwendigkeit einer schnellstmöglichen gerechten Regelung der Namibiafrage verwiesen, zu einer Festsetzung zusammen.

■

Der Friedensrat der USA erklärte seine Unterstützung für die neuen Friedensinitiativen Leonid Breschnews, die dieser bei seinen Gesprächen mit Helmut Schmidt ergriffen hatte. Der Rat verurteilte entschieden die Politik Washingtons, das eine Antwort auf die sowjetischen Vorschläge für Verhandlungen über die nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa und die amerikanischen nuklearen Forward Based Systems hinausgezögert.

■

Am 20. August gab die Regierung der DR Afghanistan eine Erklärung ab: Imperialistische Kreise der USA, Großbritannien und einiger anderer westlicher Länder sowie die chinesischen

Hegemonisten und deren Helfershelfer setzten mit Hilfe von Ausbildungscamps für Banden afghanischer Konterrevolutionäre in Pakistan und im Iran den nichterklärten Krieg gegen das Volk Afghanistans fort. Die Regierung der DR Afghanistan rief alle demokratischen Staaten, die nationalen und progressiven Bewegungen, die internationalen Organisationen und die Weltgemeinschaft auf, entschieden gegen die verbrecherischen Handlungen des Weltimperialismus in Afghanistan zu protestieren (siehe S. 24).

■ Panama richtete an die USA eine Note, in der es entschieden gegen die Verabschiedung eines Gesetzes protestierte, das die Wasserfläche der einstigen Panamakanalzone zum US-Hoheitsgewässer erklärt. Dieses Gesetz verletzte die Souveränität Panamas.

■ Am 21. August wurde in Washington ein amerikanisch-somalisches Abkommen unterzeichnet, dem zufolge die USA Stützpunkte in Somalia für Waffenlieferungen sowie Militär- und Wirtschaftshilfe an das Regime Siad Barres benutzen dürfen. Die US-Streitkräfte erhalten insbesondere Zugang zur Marinebasis und zum Flughafen in Berbera sowie zu den Hafenanlagen in Mogadischu. Ferner dürfen sie den Luftwaffenstützpunkt im Norden Somalias, unweit des Roten Meeres, benutzen.



In Amsterdam fand eine Massendemonstration der Mieter statt. Sie protestierten gegen die Politik der rapide steigenden Mieten, die dazu geführt hat, daß Tausende Einwohner der großen holländischen Städte auf die Straße gesetzt wurden. Die Behörden nahmen die Partei der Hausbesitzer. 2000 Polizisten bei einem „Großeinsatz“ gegen Demonstranten, von denen viele verletzt wurden.

Foto: UPI-TASS

■ In Genf tagte der Zentralkomitee des Weltkirchenrates. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird die enorme Gefahr des atomaren Wettbewerbs konstatiert und auf die Bedrohung durch den NATO-Atomraketenbeschluß und durch die „neue Nukleardoktrin“ der USA verwiesen.

■ Vom 18. bis 21. August tagte in Lagos

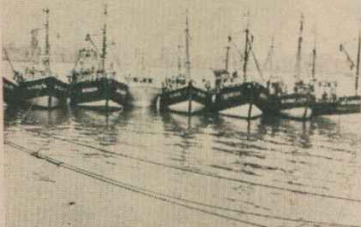
der OAU-Außenministerratsausschuß zur Regelung des somalisch-äthiopischen Konflikts. Die Tagungsteilnehmer bekräftigten die Souveränität Äthiopiens über die Provinz Hararge und unterbreiteten einige Empfehlungen zur „Lösung der somalisch-äthiopischen Differenzen“.

■ Israel hat einen großangelegten Aggressionsakt gegen Libanon verübt (siehe S. 13).

■ In Pakistan starteten einige große politische Parteien eine Massenkampagne für die Aufhebung des Kriegsrechts und die Rückkehr zu einer Zivilregierung. Als Antwort auf die Massenprotestaktionen gegen das Regime Zia ul-Haq verschärfte die Militäradministration die Repressalien. In Karachi löste die Polizei mit Schlagstöcken und Tränengas eine Demonstration auf, deren Teilnehmer, die Delegierten eines Juristenkongresses, die Wiederherstellung der demokratischen Rechte im Lande und allgemeine Wahlen verlangt hatten. Elf namhafte Juristen wurden vor ein Militärtribunal gestellt.

■ Vom 20. bis 24. August fand in Breukelen (Niederlande) die 30. Pugwash-Konferenz statt, an der 125 namhafte Wissenschaftler aus 43 Ländern, u. a. aus der UdSSR, den USA, Japan und aus den meisten europäischen Staaten teilnahmen.

■ Die Seouler Junta verschärfte ihre Repressalien gegen die Anhänger einer Demokratisierung des Regimes in Südkorea. Kim Dae Jung, Führer der liberalen Opposition, und 23 weitere Teilnehmer der demokratischen Bewegung wurden vor ein Militärtribunal gestellt. Kim Dae Jung soll, wie es heißt, den Aufstand in Kwangju im Mai d. J. „angezettelt“ haben. Ihm droht die Todesstrafe.



Der gesamtstaatliche Streik der französischen Fischer hat große Ausmaße angenommen. Die Fischer blockieren die meisten großen Häfen des Landes. Die Einfahrt in den Hafen von Étapes, nachdem die Streikenden ihn mit ihren Kuttern blockiert haben.

Foto: UPI-TASS

Gratuliere zum glänzenden Gelingen der Moskauer Olympiade. Ein Vergleich mit den Winterspielen in Lake Placid fällt keineswegs zugunsten der amerikanischen aus.

R. D. McCALLUM
Courtenay, Kanada

Es macht mich stolz und glücklich, daß die UdSSR so schnell bei uns in Vietnam die Station Lotos für den Empfang von Moskauer Fernsehprogrammen über einen sowjetischen Erdsatelliten gebaut hat. Dadurch konnten wir die Olympischen Spiele sehen und gewissermaßen dabei sein, als die besten Sportler der Welt neue Rekorde aufstellten. Die Station Lotos ist für mich ein Wahrzeichen der sozialistischen Solidarität und Brüderlichkeit. Ich bin dem großen Sowjetvolk und der Großen Oktoberrevolution unendlich dankbar.

Than-hai-Luong
Hanoi, Vietnam

Die US-Politiker, die sich für größere militärische Aufwendungen und Rüstungen einsetzen, berufen sich dabei auf überlegene Rüstungen der UdSSR. Mit der Logik stehen sie offenbar auf dem Kriegsfuß. Wenn man ihnen glauben wollte, wäre eine allgemeine Abrüstung für die USA besonders vorteilhaft. Sie werden von der UdSSR dazu aufgefordert, die doch keine militärische Überlegenheit, sondern eine Ausschaltung der Kriege aus dem Leben der Menschheit anstrebt.

G. KOSENKO
Frunze, Kirgisische SSR

In den kapitalistischen Ländern besteht die Freiheit der Wahl einer Arbeit, aber dort gibt es Millionen Arbeitslose. Bei uns in Spanien darf auch jeder lernen, aber viele Tausend Kinder gehen aus Platzmangel nicht zur Schule. Wir haben auch das Recht zu leben, in großen Gebieten läßt die ärztliche Betreuung aber sehr viel zu wünschen übrig. Das ist für die dem Arbeiter unerschwinglichen Privatkliniken von Vorteil. Wie Sie sehen, haben wir also Rechte und Freiheiten, aber nur auf dem Papier. In der Praxis haben sie nur die Kapitalisten. Für die Arbeiter aber sind nur Brosamen vom Tisch der Herren da.

Javier Sendin CALVO
Madrid, Spanien

FÜR WELTWEITEN UMWELTSCHUTZ

Michail KOKIN

Heute braucht man niemandem mehr zu beweisen, daß in unserer Umwelt ernste, nicht selten negative Veränderungen eintreten. Die Luft- und Wasserverschmutzung, der Bodenverfall, die Erschöpfung der Naturreichtümer infolge der sich ununterbrochen erweiternden Produktion rufen bei den Wissenschaftlern, der Öffentlichkeit, den Geschäftskreisen, bei einer immer größeren Anzahl von Erdbewohnern wachsende Besorgnis hervor.

Verständlich ist daher das Interesse der Weltöffentlichkeit für das Schreiben des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko an UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim mit dem Vorschlag, auf der nächsten, 35. UNO-Vollversammlung die Frage „Über die historische Verantwortung der Staaten für die Bewahrung der Natur der Erde für gegenwärtige und künftige Generationen“ zu erörtern.

Nur logisch ist auch, daß dieser Vorschlag von einem sozialistischen Staat ausgeht, dessen Außenpolitik die besten humanistischen Ideale der Epoche widerspiegelt. Moskau macht die Weltgemeinschaft erneut auf die katastrophalen Folgen aufmerksam, die ein Krieg unter Einsatz der nuklearen und sonstigen Massenvernichtungswaffen für den Menschen und seine Umwelt hätte. In dem von der UdSSR vorgeschlagenen Resolutionsentwurf der UNO-Vollversammlung wird die negative Einwirkung des weitergehenden Wettbewerbs, darunter der Kernwaffenversuche, sowie der Hortung chemischer Giftstoffe auf die Natur hervorgehoben. Das Wettrennen läßt gewaltige materielle und intellektuelle Ressourcen von der Aufgabe abziehen, die natürliche Umwelt zu erhalten, und schränkt die Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit auf ökologischem Gebiet ein.

Der Aufruf der UdSSR, die ökologischen Probleme der Menschheit in der UNO zu diskutieren, zeigt der Weltgemeinschaft erneut, daß die Menschen verpflichtet sind, wie sich die politische Weltkonjunktur auch verändern mag, Aufgaben zu lösen, die alle Länder, gleichviel welchen sozialökonomischen Systems, betreffen.

Im Rahmen der Weltpolitik

In verschiedenen Ländern sind die Probleme der Umwelterhaltung in

verschiedenem Grade umfangreich und akut. Sie hängen u. a. vom Industrialisierungsniveau, von den geographischen und demographischen Verhältnissen ab. Begreiflicherweise wird die Fähigkeit des einen oder anderen Landes, diese Probleme zu lösen, in hohem Maße von seinem wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potential, von seiner sozialökonomischen Ordnung bestimmt.

Für die kapitalistische Wirtschaft mit ihrer Anarchie der Produktion, mit der Profitjagd der Monopole, die keine Rücksicht auf die gesellschaftlichen Interessen nehmen, ist der Raubbau an der Natur, die Verschwendung ihrer Reichtümer typisch. Wenn die führenden Kreise einiger westlicher Länder in den letzten Jahrzehnten Gesetze und Programme zum Naturschutz erarbeiteten, so waren sie dazu durch die katastrophale Verschlechterung der ökologischen Situation gezwungen. Ministerien und Ämter wurden dazu geschaffen, die Regierungen übernehmen einen Teil der Ausgaben für Forschungen und die Ausarbeitung von Technologien zum Naturschutz und stimulieren private Investitionen in die Entwicklung von Ausrüstungen und Technologien für den Umweltschutz.

Aber solche Maßnahmen, die die Monopole zwingen, tiefer in die Tasche zu greifen, um Reinigungsanlagen zu bauen und andere Naturschutzmaßnahmen zu treffen, stoßen auf erbitterten Widerstand. Die Privatunternehmen sind nicht zu Ausgaben bereit, da die ökologischen Programme ihnen keinen Profit versprechen. Nicht selten inspirieren gerade die Monopole allerlei politische Kampagnen gegen die Gesetzentwürfe zum Umweltschutz. So suggerieren die Lobbyisten der Monopole in den USA dem Kongreß und den Steuerzahlern, daß die von den Bundesgesetzen für 1976–1986 vorgesehenen Maßnahmen gegen die Luft- und Wasserverschmutzung (Kostenpunkt: 360 Md. Dollar) die Wirtschaftskonjunktur verschlechtern und die Inflation verstärken würden. Dabei sollen die militaristischen USA-Ausgaben in diesem Zeitraum ein Vielfaches dieser Summe ausmachen.

Das Big Business ist gegen die Naturschutzprogramme, obwohl ihre Realisierung auch die Wirtschaft günstig beeinflusst. Nach Schätzungen von USA-Ökonomen werden sich die Vorteile aus der Befolgung der ökologischen Forderungen der

Bundesgesetze bis 1985 auf 44,2 Md. Dollar belaufen.

Deswegen fordern viele realdenkende Wirtschaftsexperten des Westens dazu auf, mit Investitionen in Umweltschutzprogramme nicht zu sparen. Solche Investitionen würden auch eine wichtige soziale Aufgabe — Vergrößerung der Beschäftigung — lösen helfen.

Eine ganz besondere Gefahr sehen die demokratischen Kreise der westlichen Länder darin, daß neue Massenvernichtungsmittel entwickelt werden. In vielen Ländern ist man darüber empört, daß die USA-Aggressoren „ökologische Waffen“ anwenden, z. B. Entlaubungsmittel, die in Vietnam 1500 km² Mangrovenwälder vernichtet haben. Diese Tatsache zeigt überzeugend, welch gefährliche Folgen für das Leben der Menschen, für die Flora und Fauna die Abenteuer der Militaristen nach sich ziehen können, wenn man ihnen nicht rechtzeitig in den Arm fällt.

Wie wir sehen, haben die ökologischen Probleme direkt auf so kardinale Fragen der Weltpolitik Bezug wie die Verhütung der Gefahr eines globalen Krieges, die Vertiefung der Entspannung, eine wirksame Abrüstung und das Verbot, neue Massenvernichtungswaffen zu entwickeln.

Bedingung des Wohlstands

In der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern ist der Schutz der Natur ein Bestandteil der sozialistischen Konzeption der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Verfassung der UdSSR hat den Umweltschutz legislativ als Bestandteil dieser Entwicklung in unserem Land verbrieft. In Erfüllung des Grundgesetzes verwirklichen wir planmäßig komplexe wissenschaftlich-technische und praktische Naturschutzmaßnahmen. Gemäß Regierungsbeschlüssen werden in den letzten Jahren Schritte getan, um die Verschmutzung des Kaspischen Meeres, der Wolga und des Ural, des Schwarzen und des Asowschen Meeres abzuwenden sowie die Naturkomplexe des Baikalseebeckens zu erhalten und rationell zu nutzen. Ein weiterer überzeugender Beweis für die Konsequenz der Staatspolitik auf diesem Gebiet sind zwei neue Gesetze, die der Oberste Sowjet der UdSSR

im Juni 1980 verabschiedete: über den Schutz der Atmosphäre und über den Schutz und die Nutzung der Tierwelt.

Mit jedem Jahr werden mehr Mittel für den Naturschutz bereitgestellt. So wurden 1976—1980 in den Bau von Reinigungsanlagen und in den Erosionsschutz 11 Md. Rubel (doppelt soviel wie im vorigen Jahr—fünft) investiert. Berücksichtigt man auch die Ausgaben für den Betrieb von Naturschutzanlagen und -ausrüstungen sowie für den Unterhalt von Überwachungs- und Kontrolldiensten, so erreichen die entsprechenden Ausgaben im 10. Planjahr—fünft, das 1980 abgeschlossen wird, fast 25 Md. Rubel.

Die UdSSR stellt große Mittel bereit, um der Luftverschmutzung vorzubeugen. In 450 Städten wird die Luftsauberkeit systematisch kontrolliert. Für die Verschmutzung werden Grenzwerte festgelegt, die eine Erhöhung des Schmutzstoffgehalts in der Luft ausschließen.

Die Generallinie der technischen Politik der UdSSR bei der Nutzung von Naturrohstoffen und bei der Vorbeugung der schädlichen Einwirkung der Industrialisierung auf die Natur ist der Übergang zu abwasserfreien und abfallarmen Technologien. Über 60% des Wassers, das heute die Industriebetriebe des Landes verbrauchen, werden mehrfach genutzt. In der Chemieindustrie beträgt dieser Anteil über 80%, in der Petrochemie 90%. Schätzungsweise wird der durchschnittliche Verbrauch von Umlaufwasser in der Industrie bis 1990 auf 90% gebracht werden.

Die Sowjetregierung sorgt ständig für die Naturerhaltung, aber sie geht davon aus, daß zur Lösung dieses Problems die Bemühungen eines einzigen Landes, so groß sie auch sein mögen, nicht genügen.

Die Bemühungen vereinigen

Die immer mehr zunehmende vielfältige Einmischung des Menschen in die Naturprozesse wirkt sich negativ auf das Funktionieren des gesamten Systems Mensch—Gesellschaft—Natur aus. Immer wichtiger wird es, nicht nur die nationalen, sondern auch die globalen Folgen einer solchen Einmischung in Betracht zu ziehen. Heutzutage kennt die Luft- und Wasserverschmutzung keine Staatsgrenzen. Das trifft auch für die Veränderung von Witterungs- und Klimaverhältnissen, die Verschmutzung des Weltmeeres, die Vernichtung von Wandertieren und -vögeln zu. Heutzutage sieht sich jede nationale Wirtschaft objektiv der Aufgabe gegenüber, nicht nur die

„eigene“ Natursphäre, sondern auch die gesamte ökologische Sphäre der Erde zu bewahren.

Die Koordinierung von Maßnahmen der einzelnen Staaten, die Zusammenlegung ihrer wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potentiale sind nur bei breiter internationaler Zusammenarbeit möglich. Deren Notwendigkeit ergibt sich auch aus dem komplexen Charakter der Umweltprobleme, aus ihrem akuten Charakter, dem niedrigen Grad ihrer Erforschung und der Unvermeidlichkeit hoher Ausgaben für wissenschaftliche Arbeiten.

Die sozialistischen Länder vereinigen allmählich ihre Bemühungen. Seit Mitte der 60er Jahre entwickeln sich im RGW-Rahmen erfolgreich gemeinsame Forschungen im Bereich des Naturschutzes. Der Rat für Fragen des Schutzes und der Verbesserung der Umwelt—ein Arbeitsorgan des RGW-Komitees für wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit—führt gründliche theoretische und angewandte Forschungen durch. Er leitet die Ausarbeitung neuer Technologien, Apparaturen und Anlagen und die Auswertung von Erfahrungen und Methoden zum Naturschutz, die die Bruderländer gesammelt haben.

Auch viele Politiker in den westlichen Ländern sehen die Notwendigkeit ein, die einschlägigen Kontakte mit den sozialistischen Staaten zu erweitern. So erklärte der Präsident Frankreichs Giscard d'Estaing: „Die Ökologie muß die ideologischen Schranken überwinden.“ In den 70er Jahren schloß die UdSSR Abkommen über die Zusammenarbeit beim Naturschutz mit den USA, mit Großbritannien, Frankreich, Belgien, Schweden, der BRD, mit Kanada, Italien und anderen Ländern.

Immer größere Bedeutung erlangen in den letzten Jahrzehnten gemeinsame Forschungen, Informationsaustausch, die Realisierung globaler und regionaler Programme im Rahmen von Regierungsorganisationen: des UNO-Programms für die Umwelt (UNEP), der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE), der UNESCO usw. Eine wichtige Rolle spielt dabei das in Wien gegründete Internationale Institut für angewandte Systemanalyse. Mit diesen Problemen befassen sich auch eingehend die Interparlamentarische Union, der Ost-West-Ausschuß der Internationalen Handelskammer, die Handelskammern der sozialistischen

Länder, der Weltfriedensrat und andere nichtgouvernementale Organisationen.

Konkreter Beitrag

Die Schlußakte von Helsinki gab einen Impuls zum Ausbau der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ökologie. Sie verbriefte die Vereinbarungen von 33 Staaten Europas, ferner der USA und Kanadas, diese Zusammenarbeit zu erweitern. Ein bedeutendes Ereignis war die auf Initiative der UdSSR in Genf im November 1979 durchgeführte gesamteuropäische Konferenz über Zusammenarbeit beim Umweltschutz. Die dreijährige Vorbereitung dieser Konferenz, die unter der ECE-Ägide stattfand, brachte gute Ergebnisse. Die Genfer Konferenz nahm eine Konvention über die grenzenüberschreitende Luftverschmutzung über weite Entfernungen hinweg an. Das ist das erste Dokument in der Geschichte, das die Staaten verpflichtet, die Luftverschmutzung zu bekämpfen.

Ferner wurde in Genf eine Deklaration über abfallarme bzw. abfallfreie Technologie und die Abfallwiederverwendung angenommen. Darin ist die Bereitschaft der Konferenzteilnehmer fixiert, gemeinsame Forschungen und Ausarbeitungen anzustellen, Technologien und Informationen auszutauschen, die Erfahrungen bei der Überleitung abfallarmer Technologien zu studieren und den regionalen Handel mit Abfällen zu erweitern. Die Wege zur Realisierung der Genfer Beschlüsse wurden u. a. im Februar 1980 in Moskau, auf einer Konferenz der Geschäftskreise von Ost und West über die Zusammenarbeit diskutiert. Mehr als 100 Geschäftsleute, Wissenschaftler und Experten aus 16 Ländern erörterten den Ausbau des Handels von Ausrüstungen zum Naturschutz und des Austausches technologischer Neuerungen.

Zweifellos wird die Diskussion über Probleme der Erhaltung der Natur der Erde auf dem repräsentativsten Weltforum—in der UNO-Vollversammlung—ein neuer Schritt nach vorn bei diesem humanen Werk sein. Die heutige Menschengeneration trägt eine kolossale Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen. Wir müssen ihnen nicht nur reine Luft und sauberes Wasser vererben, die Wälder und die Tierwelt erhalten, die Rohstoffvorräte vor Erschöpfung bewahren. Wir müssen ein Beispiel der fürsorglichen Einstellung zu der uns umgebenden lebendigen Natur zeigen.

DIE LEHREN AUS DER GESCHICHTE

Alexej IWANOW

In den riesigen Weiten der Mandschurei und auf der Halbinsel Korea, auf Südsachalin und den Kurilen tobte im August 1945 eine der größten Schlachten der Geschichte. Mit der Stärke von drei Fronten, der Pazifikflotte und der Amurflotille zerschlugen die sowjetischen Truppen in Kampfgemeinschaft mit Verbänden der Revolutionären Volksarmee der Mongolischen Volkrepublik unter außerordentlich schweren Naturverhältnissen innerhalb kurzer Zeit die an der fernöstlichen Grenze der UdSSR entfaltete mächtige Truppengruppierung des imperialistischen Japan. Den Kern dieser Gruppierung von insgesamt über eine Million Mann bildete die Kwantungarmee mit ihren Elitverbänden.

Die Sowjetregierung hatte den Beschluß, in den Krieg gegen das militaristische Japan einzutreten, deshalb gefaßt, weil das angesichts der Weigerung der Japaner, den Krieg einzustellen, der einzige Weg war, den Frieden näher zu bringen, den Völkern weitere Opfer und Leiden zu ersparen und dem japanischen Volk die Möglichkeit zu geben, nicht die Gefahren und Zerstörungen zu erleben, die Deutschland nach seiner Weigerung, bedingungslos zu kapitulieren, erlebt hatte.

Aggressionsherd

Die UdSSR erfüllte genau ihre Alliiertenpflichten, die sie auf der Krim-Konferenz der UdSSR, der USA und Großbritanniens übernommen hatte. Laut Berechnungen des USA-Oberkommandos hätte die Fortsetzung des Krieges ohne die UdSSR allein amerikanischerseits über eine Million Menschenopfer gefordert. In Washington plante man die Beendigung der Kriegshandlungen auf den Inseln des eigentlichen Japan für Ende 1946. Aber auch in diesem Fall waren die USA nicht sicher, ob die Kwantungarmee, die sich fast völlig selbst versorgte, nicht weiterkämpfen würde.

Auch der Einsatz der Atomwaffen durch die USA änderte nichts an der Lage. Der Krieg ging nach der barbarischen Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki weiter. Den herrschenden USA-Kreisen ging es bei den Atombombenabwürfen darum, die Völker einzuschüchtern und die eigene Herrschaft in der Nachkriegswelt zu behaupten. Was die militärische Niederlage betrifft, so

erkannten die japanischen Militaristen sie erst nach den mächtigen Schlägen der sowjetischen Streitkräfte an. Die Kwantungarmee wurde blitzartig geschlagen; dabei hatte das japanische Oberkommando besondere Hoffnungen in sie gesetzt und darauf gerechnet, den Krieg in die Länge zu ziehen und so die bedingungslose Kapitulation zu vermeiden.

Die Akte über die Kapitulation Japans wurde am 2. September 1945 an Bord des Linienschiffes „Missouri“ in der Tokiobucht unterzeichnet. Die Beseitigung des fernöstlichen Kriegsherdes bedeutete das Ende des zweiten Weltkrieges.

Die Zerschlagung des japanischen Militarismus war außerordentlich wichtig für die Sicherheit der fernöstlichen Grenze der UdSSR. Die Geschichte bezeugt: Seit der erste sozialistische Staat der Welt entstanden war, stellten die japanischen Militaristen ihre feindseligen, aggressiven Handlungen gegen ihn nicht ein. In den Jahren 1918–1922 beteiligten sie sich an der Intervention im sowjetischen Fernen Osten. Nach der Vertreibung der Interventionen aus der Primorje-Region okkupierte Japan noch immer Nordsachalin (bis 1925). Im Jahre 1938 und dann 1939 unternahm das japanische Militär großangelegte bewaffnete Provokationen gegen die UdSSR und die Mongolei, indem es seine Truppen in beide Staaten beim Hassansee bzw. am Chalchin-Gol einfallen ließ.

Im April 1941 hatte die japanische Regierung einen Neutralitätspakt mit der UdSSR geschlossen. Bald zeigte sich, daß sie damit nur die Vorbereitung einer antisowjetischen Aggression tarnen wollte. Im Sommer 1941 erarbeitete der japanische Generalstab den Plan eines Krieges gegen die UdSSR unter dem Codenamen „Kontokuen“. Zugleich wurden ausführliche Pläne für die Verwaltung sowjetischer Territorien nach ihrer Eroberung vorbereitet. Die Militaristen hofften, den Appetit der Zaibatsu (Monopole), die nach den Reichtümern Sibiriens und des Fernen Ostens gierten, zu befriedigen.

Der Neutralitätspakt hinderte die Japaner nicht daran, immer wieder die sowjetische Grenze zu verletzen sowie die Schifffahrt in neutralen und sowjetischen Hoheitsgewässern zu behindern. Zahlreiche sowjetische Handels- und Fischerei-

schiffe wurden von japanischen Kriegsschiffen festgehalten, 18 sogar versenkt. Die in der Mandschurei liegende Kwantungarmee bereitete sich auf einen Sprung nordwärts vor. Tokio erhielt ihre Stärke selbst dann aufrecht, als das Oberkommando ihre erfahrenen Divisionen an den anderen Fronten — gegen China, die USA und Großbritannien — gebraucht hätte. In einem Dokument für die Truppen vom Dezember 1941 hieß es: „Zum Abschluß der laufenden ununterbrochenen Vorbereitung auf Operationen gegen die UdSSR müssen sowohl die Kwantungarmee als auch jede Armee und die Einheiten der ersten Linie alles tun, um, ausgehend von den allmählichen Veränderungen der militärischen Lage der UdSSR und der Mongolei, die Möglichkeit zur augenblicklichen Feststellung der wahren Sachlage zu haben.“

„Die wahre Sachlage festzustellen“, bedeutete selbstverständlich, den günstigsten Moment für einen räuberischen Überfall abzuwarten, der das Risiko einer Niederlage ausschließen würde. Das imperialistische Japan erwies dem deutschen Faschismus einen enormen Dienst, indem es die UdSSR zu verschiedenen Zeiten der schweren Kämpfe an der sowjetisch-deutschen Front zwang, im Fernen Osten 15–30% all ihrer Kampfkräfte und -mittel zu halten.

Dieses Verhalten der japanischen Regierung bedeutete im Grunde das Aufgeben ihrer Vertragspflichten gegenüber der UdSSR. Im April 1945 kündigte diese den Neutralitätspakt.

Befreiungsmission

Die Zerschlagung des japanischen Militarismus unterstützte in gewaltigem Maße die Völker Asiens in ihrem ant imperialistischen Freiheitskampf. Die Bevölkerung Nordostchinas und Koreas empfing ihre Befreier mit begeisterter Freude.

Der Einzug der sowjetischen Truppen in der Mandschurei schuf neue, günstige Bedingungen für den Aufschwung und Sieg der chinesischen Revolution. Dort wurde eine Vereinigte Demokratische Armee gegründet. Das sowjetische Oberkommando übergab den Truppen, die von der KP Chinas geleitet wurden, die Waffen der ehemaligen Kwantungarmee. Mit sowjetischer Hilfe wurden rasch die Industrie und der Verkehr wiederaufgebaut.

Die Mandschurei wurde zu einem neuen politischen Zentrum der chinesischen Revolution, zu einem mächtigen Aufmarschgebiet der revolutionären Kräfte. Auf ihrem Territorium entstand der politische und wirtschaftliche Apparat der künftigen Volksrepublik China. Später brachte gerade die mandschurische Gruppierung der Volksbefreiungs-

kräfte den Guomindangtruppen eine Niederlage bei und leistete damit den entscheidenden Beitrag zur Befreiung des Landes vom Chang-Kaishi-Regime, das vom USA-Imperialismus gestützt worden war.

Die internationalistische Hilfe der UdSSR war auch für das koreanische Volk von großer Bedeutung. Kim Il Sung betonte: „Die Befreiung

UdSSR den entscheidenden Beitrag geleistet hatten, befreite das Volk Japans von der militärisch-faschistischen Diktatur.

Der Krieg für „Groß-Ostasien“ kostete auch das japanische Volk ungeheuer viel. Nach Angaben des Historikers T. Hattori verlor Japan 2,6 Millionen Menschen.

Der Zusammenbruch des Militär-

gen der Verfassung hat Japan schon längst Streitkräfte aufgestellt. Sie umfassen Heer, Luftwaffe und Marine, werden aber bescheiden „Selbstverteidigungskräfte“ genannt. Gegenwärtig verlangen USA-Politiker aller Ebenen von Japan, die Militärausgaben zu erhöhen, obwohl das Land es in dieser Hinsicht ohnehin mit vielen europäischen NATO-



1945. Japanische Soldaten legen die Waffen nieder



1977. Artillerieübungen der „Selbstverteidigungskräfte“

Koreas vom japanischen Imperialismus, die wir der Sowjetarmee verdanken, ermöglichte die Gründung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und den siegreichen Vormarsch der nationalen Befreiungsbewegung.“

Hervorgehoben sei folgendes: Nach Erfüllung ihrer Befreiungsmission zogen die sowjetischen Truppen aus China und Korea ab. Die Völker dieser Länder hatten die volle Möglichkeit, selbständig über ihren weiteren Weg zu entscheiden.

Dankbar denken auch die Völker entfernterer Regionen Ost- und Südostasiens an den Sieg der Sowjettruppen. Auch sie standen im beharrlichen Kampf gegen die japanischen Imperialisten, diese Okkupanten, die die Bevölkerung „Groß-Ostasiens“, das mit Feuer und Schwert errichtet wurde, rücksichtslos auspowerten. Die „Nhan Dan“, die Zeitung der KP Vietnams, schreibt über die Ereignisse jener Jahre: „35 Jahre später erkennen wir die gewaltige Bedeutung dieses Sieges der UdSSR besonders klar, sind ihr zutiefst dankbar und fest entschlossen, den unwandelbaren strategischen Kurs unserer Partei in die Tat umzusetzen: Festigung der Solidarität und allseitigen Zusammenarbeit mit der UdSSR zu dem Zweck, die Unabhängigkeit und Freiheit unseres Volkes aufrechtzuerhalten, den Frieden, die Unabhängigkeit und das Wohlergehen der anderen Völker Asiens und der Welt zu gewährleisten.“

Gefahr für die friedliche Alternative

Die militärische Niederlage des japanischen Imperialismus im August 1945, zu der die Streitkräfte der

und Polizeiregimes eröffnete dem Land eine friedliche demokratische Perspektive. Eine wichtige Folge der Zerschlagung des Militarismus bestand darin, daß in die Verfassung ein Artikel aufgenommen wurde, der Japan verbietet, Streitkräfte und andere Kriegsmittel zu schaffen. In den vergangenen Jahrzehnten sind im Lande Kräfte entstanden und erstarkt, die fähig sind, die friedliche Alternative zu verteidigen: die Kommunisten, die Sozialisten, viele demokratische Massenorganisationen und die Gewerkschaften, die aktiv in dieser Richtung wirken.

Und doch versuchen die Kreise, die für die Steigerung der eigenen Rüstungen und das Paktieren mit den aggressiven Kräften anderer Länder sind, die Realisierung der friedlichen Bestrebungen des Volkes zu vereiteln. Heute werden die militaristischen Kreise von Staaten unterstützt, die seinerzeit unter der japanischen Aggression zu leiden hatten: von den USA und von China.

In der Hoffnung, Japan in einen Vorposten der kapitalistischen Welt in Asien umzuwandeln, gaben die USA schon in den ersten Nachkriegsjahren die Politik seiner Entmilitarisierung auf. Sie benutzten die japanischen Inseln als Aufmarschgebiet für den Aggressionskrieg auf der Halbinsel Korea. Die japanisch-amerikanische militärische Allianz, die durch den „Sicherheitsvertrag“ untermauert ist, ermöglichte es dem USA-Imperialismus auch weiter, die Handlangerdienste Japans bei aggressiven Aktionen in Anspruch zu nehmen. Ein Beispiel ist der schmutzige Krieg gegen die Völker Indochinas.

Mit Washingtons Segen und entge-

Partnern der USA aufnehmen kann.

Auch in den Ansichten der chinesischen Führung ist eine Wandlung eingetreten. In der ersten Hälfte der 60er Jahre versicherten Mao Zedong und seine Anhänger den japanischen Fortschrittskräften, der USA-Imperialismus sei der gemeinsame Feind des chinesischen und des japanischen Volkes, und warnten vor der Gefahr einer Wiederbelebung des japanischen Militarismus. Heute dagegen benutzt die Pekinger Führung jede Gelegenheit, um die militaristischen Kreise Japans zu ermuntern und die Opposition, insbesondere die Sozialisten, zum Aufgeben der Idee der „nichtbewaffneten Neutralität“ zu bewegen.

Realitäten der Nachkriegszeit

Der Haupttrick der heutigen militaristischen Propaganda ähnelt erstaunlich demjenigen, mit dessen Hilfe die japanischen Militaristen den Spieß in den 30er und 40er Jahren einschüchterten, um weitere Mittel für Armee und Flotte durchzudrücken. Damals schrien sie von einer „Bedrohung aus dem Norden“. Heute tun sie dasselbe. Natürlich belastet die antisowjetische Hetze die Beziehungen zwischen der UdSSR und Japan. Doch müssen sich die einfachen Japaner angesichts folgender Tatsachen Gedanken machen. Japan ist Bündnispartner der USA, die kein Hehl daraus machen, daß sich der „Sicherheitsvertrag“ gegen die UdSSR richtet. Die USA-Kriegsschiffe, die sich auf die japanischen Häfen stützen, kreuzen vor der sowjetischen Küste. Schließlich betreibt Peking seine Annäherung an Japan mit offensichtlich antisowjetischen Zielen, und in Japan selbst

gibt es nicht wenig Leute, denen ein Bündnis Washington—Tokio—Peking als Bedrohung für die UdSSR vor-schwebt.

Die reaktionäre Propaganda spekuliert offen auf die nationalistischen Stimmungen und erhebt einen unbegründeten Anspruch auf sowjetische Territorien. Hierbei setzt sie sich über außerordentlich wichtige historische Tatsachen hinweg, die davon zeugen, daß die Wiedereinsetzung der UdSSR in ihre historischen Rechte auf Südsachalin und die Kurilen gerecht ist.

Als Japan den Russisch-Japanischen Krieg von 1904—1905 entfesselte und Südsachalin an sich riß, verstieß es gegen den Vertrag von Sankt-Petersburg von 1875, dem zufolge es seine Ansprüche auf Sachalin als Gegenleistung für die Einwilligung Rußlands, ihm die Kurilen zu übereignen, aufgab. Später verwandelte Japan diese Inseln in ein Aufmarschgebiet für Provokationen gegen die UdSSR, und während des zweiten Weltkriegs benutzte Japan die Kurilen und Südsachalin zur faktischen Blockade des sowjetischen Fernen Ostens.

Die Übergabe dieser angestammten russischen Territorien an die UdSSR war juridisch in internationalen Akten, die die Nachkriegsordnung festlegten, verbrieft. Sie wurde auch von Japan anerkannt. Durch Unterzeichnung der Kapitulationsakte verpflichtete sich Japan dazu, daß „die japanische Regierung und ihre Nachfolger die Bedingungen der Potsdamer Deklaration ehrlich erfüllen werden“. Gemäß dem Friedensvertrag von San Francisco von 1951 verzichtete Japan auf alle Rechte auf die Kurilen.

Seit 35 Jahren leben und arbeiten Sowjetbürger auf den Kurilen. Die Nachkriegsgrenzen zwischen den beiden Ländern sind unverrückbar.

Die Sowjetunion setzt sich konsequent dafür ein, daß die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern erstarken und entwickeln. In diesem Zusammenhang sei an die Antwort Leonid Breshnews auf Fragen des Chefredakteurs der „Asahi“, Shoryu Hatas, erinnert: „Wir möchten mit Japan ehrliche Geschäfte machen auf der Grundlage der gutnachbarlichen Zusammenarbeit und des gegenseitigen Nutzens. Die Sowjetunion hatte und hat keine anderen Bestrebungen gegenüber Ihrem Land, unserem nahen Nachbarn.“

Die einzig richtige Alternative in den sowjetisch-japanischen Beziehungen ist die der Freundschaft und Zusammenarbeit. Ein wichtiger Schritt dazu wäre die Verwirklichung des sowjetischen Vorschlags, Meinungen auszutauschen und einen Vertrag über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zu unterzeichnen.

MIT ACHTUNG FÜR DEN PA

Bei den jüngsten Gipfelverhandlungen zwischen der UdSSR und nahm die Festigung der Wirtschaftsbeziehungen großen Raum ein. Im gemeinsamen Kommuniqué wurde u. a. die Notwendigkeit betont, tatkräftige gemeinsame Bemühungen in der Energiewirtschaft zu unternehmen. Die Seiten „kamen überein, in nächster Zeit Vorverhandlungen zwischen zuständigen Stellen und Unternehmen beider Seiten über ein neues Projekt der Erdgaslieferungen aus der UdSSR zu führen“.

Ein langjähriger Geschäftspartner sowjetischer Organisationen ist die bundesrepublikanische Ruhrgas AG. Unser Bonner Korrespondent Karen Karagesian bat den Direktor der Firma Dr. Peter MACHINEK, den Leiter des Bereichs für Information und Volkswirtschaft, über die Erfahrungen dieser Zusammenarbeit zu berichten.

Die Beziehungen zwischen der Ruhrgas AG und der Gaswirtschaft der UdSSR sind von drei Marksteinen gekennzeichnet. Im Februar 1970 wurde der erste Erdgasbezugsvertrag mit V/O „Sojuzgasexport“ abgeschlossen. Im Juni 1972 folgte der zweite und im Oktober 1974 der dritte Vertrag. Die Gesamtmenge an Erdgas aufgrund dieser Verträge beläuft sich auf rd. 12 Md. m³ pro Jahr. Das erste Gas konnten wir pünktlich am 1. Oktober 1973 an der Grenze zwischen der CSSR und der Bundesrepublik Deutschland übernehmen und über die Verdichterstation Weithaus in unser Versorgungsnetz einspeichern. Seitdem haben sich die Jahreslieferungen in den vorgesehenen Größenordnungen aufgebaut und machten 1979 etwa 16% des gesamten Erdgasaufkommens in unserem Land aus.

Der Vorstandsvorsitzende der Ruhrgas AG, Dr. Klaus Liesen, und Mitarbeiter unseres Unternehmens hatten vor einiger Zeit Gelegenheit, das Erdgasfeld Medweshje östlich des Uralgebirges, am nördlichen Polarkreis zu besichtigen. Sie waren beeindruckt von der Arbeit, die die Arbeiter der sowjetischen Gasindustrie dort verrichten. Ende v. J. besuchte eine Ruhrgas-Delegation das Erdgasfeld Orenburg am südlichen Ural. In eingehenden Gesprächen mit Vertretern der „Orenburggasprom“ und ausgedehnten Besichtigungen gewannen die Teilnehmer einen Eindruck von den Dimensionen der sowjetischen Gasindustrie.

Nicht zuletzt diese Besuche machten uns deutlich, welche Bedeutung die UdSSR der Erdgaswirtschaft sowohl für den Energiebedarf im eigenen Land als auch für den Export beimißt und wie langfristig sämtliche Planungen angelegt sind. Begegnungen zwischen Vertretern unseres Unternehmens und den zuständigen

Stellen der Gaswirtschaft in der UdSSR trugen nach unserer Überzeugung über die rein fachlichen Themen hinaus dazu bei, das menschliche Verständnis zu fördern.

Wir erinnern uns an eine Rede von Nikolai G. Ossipow, des stellvertretenden Ministers für Außenhandel der UdSSR, die er anlässlich des 50. Gründungstages der Ruhrgas AG in Essen hielt. Minister Ossipow sprach damals über das gegenseitige Vertrauen und die Achtung, von denen die Beziehungen zwischen der sowjetischen Gaswirtschaft und der Ruhrgas AG geprägt seien. Wir selbst haben bis zu dieser Stunde nie etwas anderes empfunden. Und wir unterstreichen auch die Bemerkung, die Verhandlungen seien immer mit Umsicht und Besonnenheit geführt worden. In den zahlreichen Verhandlungen, die uns sowohl in der UdSSR als auch in der Bundesrepublik zusammenführten, haben wir nicht zuletzt das Bemühen unserer Gesprächspartner schätzen gelernt, selbst komplizierte Tatbestände geduldig auszudiskutieren und eine beide Seiten befriedigende Lösung zu finden. Wir haben keinen Zweifel daran, daß wir uns auch in Zukunft unter den gleichen Gesichtspunkten begegnen werden.

Aktuell verhandelt die Ruhrgas AG über umfangreiche zusätzliche Erdgas-mengen aus der UdSSR in die Bundesrepublik. Es geht hierbei um ein großes Erdgasexportprojekt der UdSSR mit langfristigen Lieferungen für Westeuropa in der Größenordnung von jährlich 40 Md. m³. Dieses Projekt ist damit das größte des internationalen Handels. Vor dem Hintergrund der langjährigen Zusammenarbeit und der gemeinsamen Erfahrungen ist ein Zustandekommen dieses Projekts zuversichtlich zu bewerten.

WER TUT, WAS ER WILL

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

Die Quartalsschrift „Foreign Policy“ rechnet sich zu den „seriösen“ Publikationen für einen kleineren wissenschaftlich interessierten Leserkreis. Doch bei Analysen der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen hört solche „Seriösität“ und die proklamierte Unabhängigkeit auf. Deshalb war Colin Grays und Keith Paynes Artikel im jüngsten Heft nichts als dreister Antisowjetismus, der für die amerikanischen Massenmedien in den letzten Monaten so typisch geworden ist.

Der Beitrag beginnt mit der Behauptung: „Ein Nuklearkrieg ist möglich.“ Da sich daneben die Überschrift „Ein Sieg ist möglich“ befindet, kann der Leser unschwer erraten, daß die Autoren für einen Nuklearkrieg plädieren, um außenpolitische Ziele der USA zu realisieren.

Auch früher war häufig genug zum Einsatz der Atombombe aufgerufen worden: Die Nuklearszenarios verschiedener Jahre nehmen wahrlich dickleibige Bände ein. Doch dieser Beitrag wird dadurch besonders interessant, daß er publiziert wurde, kurz bevor der Präsident die Direktive Nr. 59 unterzeichnete. Samuel Huntington, Mitgründer der Zeitschrift und Mitglied seines jetzigen Redaktionskollegiums, war bekanntlich früher Assistent Brzezinskis im Nationalen Sicherheitsrat. Gerade er hat den Bericht über die Revision der Doktrin der „gesicherten beiderseitigen Vernichtung“ („mutual assured destruction“) verfaßt, die bislang die US-Militärstrategie bestimmte. Die „New York Times“ und die „Washington Post“ sollen als erste die Welt über die Veränderungen in der Doktrin durch ein Interview von ungenannt bleibenden „offiziellen Personen“ informiert haben. Doch zweifelsohne wurde die gesamte Konzeption anderthalb Monate zuvor vollständig in der „Foreign Policy“ dargelegt.

Der Artikel war von besonderem Interesse, und so hätte ich gern mit den Autoren, die am Hudson-Institut, 30 Meilen von New York entfernt, tätig sind, gesprochen. Das Institut zählt zu den Brain Trusts Amerikas. Zu seinen Mitarbeitern gehört auch der bekannte Futurologe Herman Kahn, Vater der Theorie der Kriseneskalation bis hin zum Atomkrieg. Ich rief bei Grays Sekretärin an und stellte mich vor. Erst versprach sie, mich unverzüglich mit

dem Chef zu verbinden. Doch dieser sollte nicht am Platz sein. Vielleicht später? Die Sekretärin verwies darauf, daß Grays Terminkalender völlig ausgebucht sei.

Grays Mitautor, Mr. Payne, hat keine Sekretärin. So nahm er den Hörer selbst ab. Ja, er kenne unsere Zeitschrift. Nein, zur Zeit sähe er sich nicht imstande, ein Gespräch mit mir zu führen. Payne notierte sich meine Telefonnummer und versprach, sich zu melden, doch... bislang hat er nichts von sich hören lassen...

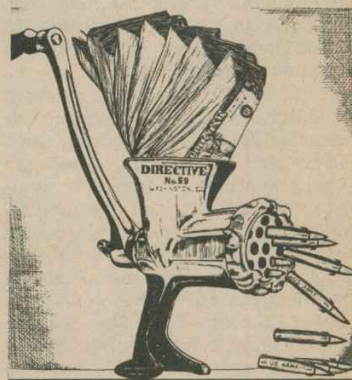
Die Direktive Nr. 59 ist nun bereits nicht mehr Gegenstand geheimnisvoller Informationslecks. Offiziell wurde sie von Verteidigungsminister Brown vor dem Marinecollege in Newport am 20. August bekanntgegeben. Einen Tag später erwähnte auch Carter in Boston auf der Jahreskonferenz der Amerikanischen Legion die Direktive. Der Präsident teilte ferner mit, daß während seiner Amtszeit die Rüstungsausgaben unaufhaltsam gestiegen sind, obgleich er selbst ebenso wie Brown noch vor anderthalb Jahren öffentlich nachzuweisen suchte, diese Ausgaben seien „entsprechend den Wahlversprechen“ gesenkt worden. Doch wichtiger ist etwas anderes. Der Präsident versicherte den Legionären, die USA seien fest entschlossen, aus der durch die Direktive Nr. 59 eingeleiteten neuen Runde des Wettrüstens als Sieger hervorzugehen.

Brown wählte seine Worte vorsichtiger. Er behauptete, die neue Doktrin solle nur der „Abschreckung“, der — ein neues Element — Verhinderung „atomarer Schläge gegen kleine Ziele in den USA oder gegen die US-Streitkräfte“ und der Abwehr „nuklearer Erpressung oder eines Schlages gegen unsere Freunde und Verbündeten“ dienen. „Nichts in dieser Politik zeugt davon, daß ein Nuklearkrieg vorsätzlich als Mittel zur Erreichung unserer nationalen Sicherheitsziele gewählt werden könnte.“ Er betonte, das bringe kaum Veränderungen und bedeute nur eine allmähliche Evolution der Militärdoktrinen.

Die Präsidentendirektive Nr. 59, die die Möglichkeit eines „langwierigen, doch begrenzten“ Atomkrieges vorsieht, hatte ihre Vorgänger. Bereits 1971 wurde sie in Nixons Botschaft „Zur Lage in der Welt“ begründet. Nixon nahm fast wortwört-

lich die jetzigen Argumente vorweg. Er erklärte, man müsse solche atomaren Mittel haben, die „uns die Möglichkeit der Wahl lassen“, um „nicht ohne Not zur massiven Vernichtung auszuholen“. „Chirurgische“ Schläge waren gegen militärische Objekte zu richten. Eben das war die Doktrin des begrenzten Nuklearkrieges.

1974, als James Schlesinger, fanatischer Anhänger der forcierten Militarisation Amerikas, Verteidigungsminister wurde, suchte man diese Doktrin einzuführen. Ihr Hauptelement war das „flexible Reagieren“ („flexible response“). Hearings im Unterausschuß des Senatsausschusses für Äußeres begannen. Doch bald schon stellte sich die Frage: Wie viele Opfer unter der Zivilbevölkerung wird diese Doktrin kosten? Der Minister antwortete ausweichend: 15 000, 20 000, 25 000 Menschen. Später wurde eine andere Zahl genannt — 800 000. Daraufhin setzte der Senat eine Expertengruppe zur weiteren Prüfung ein. Diese erachtete die Angaben des Pentagon als „substantiell zu tief angesetzt“ und meinten, daß sie „größere Unsicherheitsfaktoren nicht berücksichtigen“. Sie schätzten die Verluste der USA auf 3,2 bis 22,7 Millionen Menschen (die USA haben in allen Kriegen ihrer Geschichte, einschließlich 2. Weltkrieg, 2,5 Millionen Menschen verloren). Letztlich wurde die Doktrin abgelehnt. Als Experte unterschrieb damals auch Harold Brown, der jetzige Verteidigungsminister.



Der Washingtoner Fleischwolf

Zeichnung: I. Gapotschka

Der Unterausschuß des Senats wurde von Edmund Muskie, dem jetzigen Außenminister, geleitet.

Das bedeutete die Rückkehr zur Doktrin der „gesicherten gegenseitigen Vernichtung“, die auf dem „Gleichgewicht der Angst“ basiert. Dieser Doktrin lag die Hypothese zugrunde, daß ein Nuklearkrieg schon wegen der „unannehmbaren

Verluste" unmöglich sei. Das weitere Wettrüsten wurde, da man eingestand, daß die potentiellen Gegner einander vollständig vernichten können, sinnlos und sollte folglich durch Rüstungskontrollverhandlungen ersetzt werden.

In den letzten Monaten der Amtszeit des Republikaners Gerald Ford wurde das Memorandum Nr. 242 verabschiedet, das die Entwicklung von Interkontinentalraketen vorsieht, die zivile Ziele (dichtbesiedelte Städte) ebenso wie militärische Ziele (Raketenstarttruppen und Generalstäbe) treffen können. Es war ein Plan für die Entwicklung von Waffen neuen Typs. Die Doktrin der „gegenseitigen Vernichtung“ verdankt ihre Entstehung der Tatsache, daß es keine hochpräzisen Kernwaffen gab. Das Memorandum Nr. 242 sieht die Entwicklung solcher Raketen vor und ist somit die Grundlage einer neuen strategischen Konzeption.

Dann folgte der Beschluß — im Grunde ohne jegliche Debatte im Kongreß —, die Produktion von Cruise Missiles und (Anfang 1979) von ballistischen Interkontinentalraketen des Typs MX aufzunehmen. Gerade mit ihnen wollte man Atomwaffen mit größerer Treffsicherheit einführen. Die Präsidentendirektive Nr. 59 soll die „Notwendigkeit“ rückwirkend „rechtfertigen“.

Die offiziellen Erklärungen beschränken sich auf zwei Argumente. MX-Raketen seien nötig, da die „zunehmende Perfektion“ der sowjetischen Raketen die amerikanischen Raketen der jetzigen Generation bedroht und die USA „schutzlos“ werden läßt.

Doch hierbei werden die U-Boot-gestützten Raketen mit 3000 Sprengköpfen und die Bomber der strategischen Luftwaffe mit 800 Sprengköpfen einfach „vergessen“. Die bodengestützten Interkontinentalraketen stellen nur ein Viertel des US-Arsenals dar. Und das zweite Argument: Die neue Zielvorgabe für einen Teil der Raketen auf militärische Objekte und Kommandostellen vergrößere die Sicherheit der USA. Doch auch dieses Argument ist nicht stichhaltig. Bekanntlich sieht der sogenannte einheitliche integrierte Operationsplan, der einem Computer auf dem Luftwaffenstützpunkt Offut, Bundesstaat Nebraska, eingegeben ist, Nuklearschläge sowohl gegen zivile als auch gegen militärische Objekte vor.

Wenn die offiziellen Versprechen mit den Realitäten auf Kriegsfuß stehen, fragt man sich, was wirklich hinter der Direktive Nr. 59 steht. Und hier sollte man zu dem Artikel in „Foreign Policy“ zurückkehren. Unter den langatmigen Erörterungen der Autoren sind einige Thesen, die große Aufmerksamkeit verdienen.

Erstens bestehen die strategischen US-Kräfte nicht nur zur Abwehr einer Drohung oder eines Angriffs auf die USA. Das Nuklearpotential soll außenpolitischen Zielen der Vereinigten Staaten dienen. Diese Funktion verlangt, daß die strategischen Kräfte dem Präsidenten ermöglichen, die Initiative zum Einsatz nuklearer Mittel zu ergreifen, um Druck auszuüben.

Zweitens sollen die USA die Zerschlagung der UdSSR planen. Die Militärs sollen letztlich die Vernichtung der politischen Macht der Sowjetunion und die Errichtung einer westlichen Wertvorstellungen entsprechenden neuen Ordnung nach dem Krieg gewährleisten.

Drittens sollen die Militärexperten optimale Pläne hierfür ausarbeiten; eine durchdachte Offensivstrategie soll in Verbindung mit der Verteidigung des amerikanischen Territoriums die Verluste der USA auf etwa 20 Millionen begrenzen (und welche Zahl hatten die Fachleute genannt?)

All das findet sich schwarz auf weiß in einer „angesehenen“ wissenschaftlichen Publikation. (Wir vermeiden es, auch wegen des Copyrights direkt zu zitieren).

Es geht also um die „Erstschlagskapazität“ und um den Einsatz nuklearer Mittel zur Erreichung politischer Ziele. In „Foreign Policy“ wird mit seltener Offenheit gesagt, was die Falken, die heute den Ton in Washington angeben, dazu denken. Nicht von ungefähr erklärte Prof. Kristol (Universität New York), daß die Beerdigung der Doktrin der „massiven Vernichtung“ zugleich „das Ende einer Ära nicht nur in der US-Strategie, sondern mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit auch in unserer Außenpolitik bedeutet“.

Die amerikanische Presse sucht bereits einige Wochen nach einer Antwort, warum die Direktive Nr. 59 kurz vor dem Konvent der Demokraten und so überstürzt angenommen wurde, daß der Außenminister nicht einmal von ihr in Kenntnis gesetzt wurde (vielleicht liefert Muskies seinerzeit ablehnende Haltung die Erklärung hierfür). Offenbar spielten da Wahlkampfspekulationen eine Rolle angesichts der Tatsache, daß der Republikaner Reagan seinen Wahlkampf mit Appellen für eine „Politik der Stärke“ und mit der Forderung führte, den USA die „Möglichkeiten zur Vernichtung militärischer Ziele“ zu geben. Doch die Bekanntgabe der neuen Doktrin war nicht nur von Augenblickserwägungen bestimmt.

Eine Erklärung liefert die Lage in den USA und in der Welt. Die jähe Verschärfung der Wirtschaftskrise hat Massenarbeitslosigkeit, einen ungekannten Preisauftrieb und eine Schwächung der Positio-

nen des Dollar herbeigeführt sowie große Unzufriedenheit hervorgerufen. Nach den großspurigen Ankündigungen und Versprechen, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise und Inflation zu überwinden, hat die Administration im Grunde ihre Hilflosigkeit eingestehen müssen. Da sie kein positives Programm zu bieten hat, belebt sie — ebenso wie die republikanischen Rivalen — die antikommunistische Hysterie, wobei sie an Patriotismus und Opfermut zur Rettung vor der „äußeren Gefahr“ appelliert.

Andererseits machen die vielen außenpolitischen Fiaskos Washington Angst. Der Sturz des Schahregimes, die aufstrebenden Befreiungsbewegungen in Lateinamerika, die offenkundige Neigung Westeuropas, sich dem US-Diktat zu entziehen, die ungekannte Verschärfung des Konkurrenzkampfes um Absatzmärkte... Und wie ist die Weigerung zu erklären, den SALT-II-Vertrag zu ratifizieren? Was wird statt der Entspannung angeboten?

Washington greift gewöhnlich zum militärischen Knüttel. Es gab bereits bekannt, es sei zur militärischen Einmischung überall bereit, wo „amerikanische Interessen“ berührt werden, und hierfür wurde die Eingreiftruppe aufgestellt. Jetzt erklären die USA, sie würden selbst vor der Nuklearschwelle nicht haltmachen. Wo wollen die US-Strategen einen „langwierigen, doch begrenzten“ Nuklearkrieg führen? Die hiesigen Kommentatoren stellen sich diese Frage nicht. Doch die Antwort bietet sich an.

Die Verwirrung, die Kissingers Erklärung auslöste, der US-Nuklearschirm über Westeuropa sei wirkungslos geworden, und er könne sich nicht vorstellen, daß sich der US-Präsident zu einem totalen Nuklearkrieg für, sagen wir, Paris oder London entschließen könnte, ist wohl bekannt. Weder Paris noch London werden von irgend jemand bedroht. Doch diese Erklärung war das Vorspiel zu dem Beschluß, Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa zu stationieren. Gerade diese Raketen werden im US-Arsenal als Mittel für einen „begrenzten“ Nuklearkrieg und als „Erstschlagswaffe“ geführt.

Der Kommentator Clayton Fritchey analysierte die neue Doktrin Washingtons: Es gibt „Gesetze dagegen, ohne Anlaß in einem überfüllten Theater ‚Feuer‘ zu rufen, doch leider haben wir keine Möglichkeit, Panik verbreitendes Geschrei über unsere Sicherheit zu verbieten“. Eine solche Möglichkeit sollte gefunden werden.

QUERSCHUSS GEGEN DIE ENTSPANNUNG

In letzter Zeit ist die außenpolitische Polemik in Frankreich, ebenso wie in anderen Ländern des Westens, heftiger geworden. Die Öffentlichkeit macht sich Sorgen über die Versuche der US- und der NATO-Spitzen, den von den Völkern Europas in jahrelangem Bemühen errichteten Bau des Friedens und der Entspannung auf ihrem Kontinent zu untergraben. Viele französische Politiker und andere Persönlichkeiten verfechten die Entspannung, eine unabhängige Außenpolitik und einen weiteren Ausbau der für beide Seiten vorteilhaften Zusammenarbeit mit der UdSSR. Zugleich ist aber festzustellen, daß die streitbaren proatlantischen Kreise in diesem Land reger geworden sind.

In dieser heftigen Polemik scheiden sich immer deutlicher die Befürworter der Entspannung von den Kämpfern des „Atlantismus“ und des kalten Krieges. Auch Mitterrand, der Führer der französischen Sozialisten, hat vor kurzem von sich hören lassen. Er gab dem „Monde“ ein langes Interview. Was drückt ihn, und was für konstruktive Vorschläge hat er für die Entspannung? Leider keine.

Dieses Mal gefiel er sich in der

undankbaren Rolle eines Befürworters größerer internationaler Spannungen, und der ganze Ton ähnelte frappant demjenigen in Washington.

Kommen wir zu den Tatsachen. Auf die Frage, wie er zu dem Beschluß der NATO steht, neue amerikanische Kernwaffen in Europa zu stationieren, antwortete er, daß er dafür sei. Nebenbei gibt er zu, daß das Kräftegleichgewicht in Europa für den Frieden und die Sicherheit das Problem Nr. 1 ist, es „entgeht“ ihm aber, daß der NATO-Beschluß gerade darauf abzielt, das Gleichgewicht zu stören, den USA und der NATO eine militärische Überlegenheit zu verschaffen und damit den Frieden in Europa zu gefährden.

Er wiederholt sogar die verlogene Behauptung der NATO-Generale, daß die UdSSR es auf eine militärische Überlegenheit in Europa abgesehen habe. Von den zahlreichen sowjetischen Vorschlägen der letzten Monate zum Abbau der Atomrakettenkonfrontation in Europa sagte Mitterrand kein Sterbenswörtchen.

Bekanntlich hat der kürzliche Vorschlag der UdSSR im Rahmen der Moskauer Verhandlungen Leonid Breschnews mit Bundeskanzler Helmut Schmidt sogar bei bürgerlichen

Politikern Europas reges Interesse erweckt, und das ist kein Zufall. Diese konstruktiven Vorschläge sollen ja helfen, das verzwickte Problem der Atomraketen in Europa zu lösen. Der Sozialist Mitterrand aber hat sich nicht einmal bemüht gefühlt, diese Vorschläge in dem langen Interview zu erwähnen, das im „Monde“ eine ganze Seite einnahm.

„Entgangen“ ist ihm auch, daß die UdSSR sich nicht nur zu Verhandlungen über eine militärische Entspannung in Europa unter Bedingungen gleicher Sicherheit bereit erklärt hat, sondern daß sie auch von sich aus einen erheblichen Abbau ihrer militärischen Präsenz in Europa vornimmt. Sie hat ja 20 000 Soldaten, 1000 Panzer und andere Kriegstechnik aus der DDR zurückgezogen.

Eine derartige „Vergeßlichkeit“ bedeutet, daß Mitterrand völlig eindeutig den militaristischen Kurs der NATO in Schutz genommen und sich denen zugestellt hat, die das Lügenmärchen von einer sowjetischen Kriegsdrohung in Europa verbreiten.

Merkwürdig sind auch seine „Empfehlungen“ dafür, wie die Beziehungen zur UdSSR zu sein hätten. Nachdem er ganz allgemein erklärt hat, er sei für den Ausbau der sowjetisch-französischen Beziehungen, verlangt er, ihr gegenüber „keine Nachsicht zu üben“. In diesem Sinne hält er es für einen Fehler Frankreichs, daß dessen Spitzenpo-

ZWISCHEN ZWEI FEUERN

George Bush, der Kandidat für die Vizepräsidentschaft der USA von der Republikanischen Partei, war vor kurzem als Vertreter des Präsidentschaftskandidaten Ronald Reagan in Peking und stand dort, wie die „Washington Post“ berichtet, vor einem sehr heiklen Dilemma, „entweder Reagan zu desavouieren, oder ihm zuzustimmen und sich damit bei den Chinesen mißliebig zu machen“.

Die Sache ist so: Washington macht sich den Antisowjetismus Pekings gern zunutze, will es sich aber anderseits mit seinen langjährigen Partnern auf Taiwan nicht verderben, was auch in Reagans Wahlreden zum Ausdruck gekommen ist. Er hat dazu aufgefordert, die offiziellen Beziehungen der USA zu Tai-

wan wiederherzustellen, die bekanntlich vor anderthalb Jahren abgebrochen wurden, nachdem die USA die VR China anerkannt und den Vertrag mit Taipeh über gemeinsame Verteidigung annulliert hatten. Seitdem werden die Interessen der USA auf Taiwan von einer privaten Körperschaft wahrgenommen.

Peking hatte die Abkühlung zwischen den früheren Bündnispartnern weidlich ausgenutzt. Der westlichen Presse zufolge hatte es angeregt, Taiwan allmählich Kontinentalchina einzuverleiben. Ihr Handel sowie ihre wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sportlichen Verbindungen dehnten sich schnell aus. Der Londoner „Observer“ schreibt: „Die Chinesen haben die Tai-

waner aufgefordert, in der speziellen Industriezone in Südchina Kapital zu investieren, und im April hob Peking den Zoll auf taiwanische Waren auf.“ Warum, das sei klar. „Die Chinesen wollen, daß sich die Taiwaner symbolisch ihrer Souveränität unterordnen, während Taiwan chinesische Rohstoffe haben will.“

Aber sowohl die Politik der jetzigen US-Regierung, die Taiwan nach wie vor mit Kriegstechnik beliefert, als auch der Kurs darauf, „zwei Chinas“ bestehen zu lassen, den der republikanische Anwärter auf die Präsidentschaft verflucht, bringt die Pläne Pekings unverkennbar in Gefahr. In diesem Zusammenhang hat die erzürnte „Renmin ribao“ Reagan eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas“ vorgeworfen und gedroht, bei Bushs Ankunft in Peking ihm den Marsch zu blasen.

Noch offener war die Xinhua-Agentur. Sie schrieb unverblümt, das Be-

AGGRESSION, ANNEXION

Nach dem unrechtmäßigen Beschluß, Jerusalem zur Hauptstadt Israels zu erklären, unternahm Tel Aviv einen weiteren Schritt, der die Nahostlage äußerst zuspitzte. Israelische Truppen sind in Libanon eingedrungen. Zugleich wurden Ortschaften aus Ferngeschützen barbarisch beschossen und bombardiert.

Diese beiden Aktionen sind in gleicher Weise gegen die palästinensische Widerstandsbewegung gerichtet. Sie sollen das palästinensische Volk daran hindern, sein Recht auf Selbstbestimmung und Bildung eines eigenen Staates zu verwirklichen. Die Aktionen gegen die Flüchtlingslager der Palästinenser sollen diesem Volk den Willen nehmen, für die Rückkehr in seine Heimat zu kämpfen.

Zweifelsohne hat Israel hierbei die Unterstützung der USA. Auch die Kapitulantenpolitik Sadats, der diesen gefährlichen Weg eingeschlagen hat und Zugeständnisse an den dreisten Partner des Komplotts von Camp David machen muß, kommt Tel Aviv gelegen.

Die USA unterstützen Israel auch weiterhin. Sie haben sich auf der Tagung des Sicherheitsrates vom 20. August jeglichen entscheidenden Maßnahmen gegen den Aggressorstaat widersetzt. Sie drohen, ihr Veto gegen den Resolutionsentwurf der arabischen und islamischen Staaten einzulegen, der nicht nur die Verurteilung des Jerusalem-Beschlusses der Knesset vorsieht, sondern auch die Verhängung wirtschaftlicher und politischer Sanktionen gegen Israel, falls es diesen Beschluß nicht rückgängig macht. Daraufhin wurde ein anderer Resolutionsentwurf vorgelegt, für den 14 Ratsmitglieder stimmten — nur die USA enthielten sich der Stimme. In der verabschiedeten Resolution wird Israels Jerusalem-Entscheidung für ungültig erklärt und seine Aufhebung gefordert. Doch die Resolution droht Israel keine Sanktionen an. Kein Wunder, daß die Begin-Regierung dreist erklärte, sie denke gar nicht daran, die Resolution zu erfüllen.

Israel plant der „Washington Post“ zufolge neue Aktionen gegen Libanon sowie einen „verzweiferten Versuch, der Annexion der Golan-Höhen Gesetzeskraft zu verleihen“. Der Schluß drängt sich auf, daß Tel Aviv zusammen mit Washington daran gegangen ist, die politische Nahostkarte umzumodeln. Das kann die gefährlichsten Folgen für den Frieden in der Region und nicht nur dort haben.

J. BOTSCHKARJOW

litiker im Mai d. J. in Warschau mit denen der UdSSR zusammengetroffen sind.

In diesem Punkt ist ihm offenbar der politische Realitätssinn abhanden gekommen. Die UdSSR versucht nirgends, Zugeständnisse zu erlangen, sie erwartet von niemandem Nachsicht. Ihre Beziehungen zu Frankreich und zu den anderen westlichen Ländern beruhen seit eh und je auf den Prinzipien der Gleichheit, der Achtung und des wechselseitigen Vorteils, worüber sich viele Politiker Frankreichs — zum Unterschied von Mitterrand — durchaus klar sind. Nur Entspannungsgegner können die Entspannung als Einbahnstraße ansehen. Entspannung und Frieden brauchen alle Länder und Völker der Welt.

Noch absurder war das Gerede Mitterrands über die „Effektivität“ wirtschaftlicher und anderer Sanktionen gegen die UdSSR. Da singt er unverkennbar das Lied der US-Administration. Ihm geht es sehr gegen den Strich, daß der Versuch, die UdSSR unter wirtschaftlichen Druck zu setzen und andere Sanktionen gegen sie anzuwenden, mit Getöse gescheitert ist. Aber anders konnte es auch nicht sein. Man muß schon jeden Realitätssinn verloren haben, um zu glauben, man könne unser Land erpressen oder ihm andere Daumenschrauben anlegen. Auch in diesem Punkt steht Mitterrand an der äußersten Rechten Frankreichs. Viele führende Poli-

ker dieses Landes und seine Wirtschaftskreise haben sich ja nicht von Washington gängeln lassen, sondern sind für einen Ausbau der sowjetisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen eingetreten.

Höchst zweideutig klang auch, was Mitterrand über die Neutronenwaffen und ihre eventuelle Aufnahme ins französische Rüstzeug sagte. Bekanntlich wird jetzt darüber in Frankreich scharf diskutiert und gibt es einflußreiche Kräfte, die sie eingeführt sehen möchten.

Mitterrand aber schert es nicht, daß eine Aufnahme der Neutronenwaffen ins Rüstzeug Frankreichs dessen Einbeziehung ins Militärsystem der NATO bedeuten würde, wie man in politischen Kreisen des Landes sagt. Ihn schert auch die grauenhafte Beschaffenheit dieser Waffen nicht, die hauptsächlich zur Vernichtung von Menschen da sind. Am meisten läßt er sich darüber graue Haare wachsen, daß die Wehrpolitik Frankreichs dieses zur Neutralisierung sowie zur Abschwächung der „atlantischen Solidarität“ führen könnte.

Nicht unerwähnt soll auch Mitterrands Äußerung über Afghanistan bleiben. Er trat nicht nur unverhohlen gegen dessen Revolution sowie gegen das Hoheitsrecht des afghanischen Volkes auf, bei sich eine neue Gesellschaft aufzubauen. Er fordert eine „internationale Anerkennung“ der konterrevolutionären Banden, die aus Nachbarländern in Afghanistan eingeschleust werden. Das klingt wie ein Aufruf zu verstärkter Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieses souveränen Staates, wie eine Solidarisierung mit denen, die in Afghanistan Schulen und Geschäfte in die Luft sprengen und Lehrer, Arbeiter und Geistliche ermorden.

Beim Lesen aller dieser Aussprüche Mitterrands fällt einem ein, daß er sich ebenso feindselig zum Kampf des Volks von Kampuchea gegen die Clique Pol Pots und zur Revolution im Iran verhalten hat.

Es mag dahingestellt bleiben, warum der Führer der SP so in Wut geraten ist, wo er doch noch vor gar nicht langer Zeit für Frieden und Entspannung in Europa und für einen Ausbau der sowjetisch-französischen Beziehungen eintrat. Jedenfalls liegt seine jetzige Stellungnahme nicht im Interesse der demokratischen Kräfte Frankreichs, auch nicht in dessen nationalem Interesse, ja sie widerspricht sogar dem gesunden Menschenverstand. Erst recht nicht liegt sie im Interesse des Friedens und der Sicherheit der Völker. ■

stehen zweier Chinas zu akzeptieren sei ein Gegendienst für die Teilnahme Pekings an der von Washington aufgezogenen antisowjetischen Allianz gewesen. Wenn Reagan dessen Wort jetzt breche, so sei das unfair. „Er hat ausdrücklich erklärt, daß er unbedingt für einen Kampf gegen die Gefahr sei, die der ganzen Welt von seiten der UdSSR droht“, fährt die Xinhua in ihrem gewohnten Tonfall fort. „Wie aber kann er seine falsche Einstellung zu den amerikanisch-chinesischen Beziehungen mit seiner oben erwähnten Stellungnahme vereinbaren?“

Vorläufig ist unbekannt, wie Bush seinen chinesischen Gesprächspartnern die entstandene Situation erklärt hat. Eins aber ist klar: Nachdem man in Washington die chinesische Karte ausgespielt hat, beeilt man sich dort nicht, dem chinesischen Partner das Taiwan-Problem lösen zu helfen.

S. MICHAILOW

DIE MORGENRÖTE DER FREIHEIT

Alexej LEONTJEW

Auf einem sonnigen Platz stand ein kleines Mädchen, einen großen Globus in der Hand. Die vielfarbige Kugel glitzerte und fesselte die Aufmerksamkeit des Kindes, so daß es das Dröhnen der fremden Flugzeuge und die Salven der Flak-Geschosse nicht sofort wahrnehmen konnte. Aber auch im nächsten Moment machte es keine Anstalten, davonzulaufen. Das Mädchen warf einen erstaunten Blick um sich — es hatte Augen eines Erwachsenen — und drückte den Globus mit einer Geste an die Brust, als ob es sein eigenes Land und die ganze Welt von einem schrecklichen Unheil bewahren wollte.

So habe ich aus der Kriegszeit Hanoi in Erinnerung, und den Ba Dinh-Platz, der für jeden vietnamesischen Patrioten heilig ist, weil Präsident Cho chi Minh am 2. September 1945 von hier aus vor 500 000 Stadtbewohnern den Sieg der Augustrevolution und das Entstehen des unabhängigen Vietnams, des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates in Südostasien, verkündet hatte.

Die Augustrevolution gehört zu den besonders denkwürdigen Ereignissen unseres Jahrhunderts, zu denen die Große Sozialistische Oktoberrevolution den Anstoß gegeben hat. Bevor Vietnam die Freiheit erlangte, wurde es im Laufe von Jahrhunderten von chinesischen Kaisern und später von französischen Kolonialherren und japanischen Besatzern ausgepöbert. Die siegreiche Augustrevolution wurde möglich durch die Festigung des Bewußtseins der Arbeiterklasse und ihre Konsolidierung, durch die kluge Führungsrolle der marxistisch-leninistischen Partei und nicht zuletzt durch den Sieg der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg. Nicht von ungefähr wurde Vietnams Unabhängigkeit am selben Tage verkündet, als das militaristische Japan kapitulierte.

Kurz nach dem Sieg der Revolution wurde Vietnam von französischen und dann von US-Intervenienten überfallen. Besonders brutal gingen die USA vor, weil sie sich nicht nur

Vietnam, sondern auch ganz Asien unterwerfen wollten. Sagte doch John Foster Dulles einst ganz unverhohlen, die USA sollten Vietnam „in der Hand haben“, weil es „für die US-Interessen in Südwestasien von entscheidender Bedeutung“ sei. Man nannte Vietnam den Schlüssel zu Asien.

Zweitens sah Washington in Vietnam den ersten Staat, der sich in Südwestasien von der Kolonialherrschaft hat befreien können und damit für andere Staaten beispielgebend war. Auch Laos und Kampuchea, Indonesien, die Philippinen und Burma folgten seinem Beispiel, indem sie sich die durch den Sieg der sowjetischen Streitkräfte herbeigeführte günstige Situation zunutze machten. Bekanntlich hatte ein Pentagonmann rasoniert, die USA müßten in Vietnam beweisen, daß man einen revolutionären Krieg unterdrücken, den feindlichen Widerstand brechen und den Gegner erniedrigen kann, als Warnung für jene, die ihm folgen wollten.

In den 35 Jahren nach der Revolution mußte das unabhängige Vietnam 30 Jahre lang seine revolutionären Errungenschaften, die Freiheit, Unabhängigkeit und Einheit seines Staates ständig im Kampf gegen die imperialistische Aggression behaupten. Sein Mut ist allgemein bekannt.

Bald nach der USA-Niederlage in Vietnam stellten die Businessmen fest, daß der 12jährige (vom 1. Januar 1961 bis zum 27. Januar 1973), wenn auch unerklärte Krieg die USA rund 140 Md. Dollar gekostet hat. An ihm waren insgesamt 2,5 Millionen junge Amerikaner beteiligt, in der „Spitzenzeit“ 550 000 auf einmal. Auf Vietnam wurden rund 7,5 Mio t Bomben abgeworfen, mehr als dreimal soviel wie im zweiten Weltkrieg. 70% der Dörfer und 60% der Städte wurden zerstört, mehr als 900 000 Menschen getötet. Allein in Südvietnam fanden über 415 000 Menschen bei Bombenabwürfen den Tod. Die amerikanischen Intervenienten verloren etwa

60 000 Menschen und 304 000 wurden verwundet.

Heute schweigt man sich in Washington über dieses Kapitel am liebsten aus, doch war dieser Krieg der blutigste und grausamste nach dem zweiten Weltkrieg. Man übergeht auch besser mit Schweigen, daß Dulles 1954 vorgeschlagen hatte, die französischen Streitkräfte in Vietnam mit drei „Atombomben“ zu „schützen“. 1961 hatten die Vereinigten Stabschefs empfohlen, in Laos Nuklearwaffen anzuwenden, und 1968 waren die USA darauf aus, sie in Nordvietnam einzusetzen. Auch 1969–1972 drohten sie mehrmals mit dieser Waffe unter ausgeklügelten Vorwänden. Der militärische Beobachter Hanson Baldwin z. B. warnte die Amerikaner: „Wenn wir keinen Sieg im jetzigen Krieg erreichen, so wird es mit uns in der ganzen Welt aus sein. Gott helfe uns!“ Und Präsident Johnson mahnte: „Räumen wir Vietnam, so werden wir morgen auf Hawaii und eine Woche später in San Francisco kämpfen müssen.“

Trotz Grausamkeit und Drohungen mußten die Intervenienten eine schändliche Niederlage einstecken. Vietnams Volk und seine Armee haben im Kampf gegen die stärkste imperialistische Macht das Recht behauptet, in einem einheitlichen Staat zu leben und den Sozialismus aufzubauen. Im Frühjahr 1975 haben sie das ganze Land befreit.

Die Reaktion der Amerikaner auf die Tragödie Vietnams und die eigene Niederlage im schmutzigen Krieg ist nicht eindeutig gewesen. „Verzeih mir Vietnam, wenn Du kannst!“, riefen Kriegsveteranen bei Antikriegsdemonstrationen, indem sie ihre Orden und Medaillen auf die Marmortreppe des Kapitols hinwarfen. Das Gewissen zwang Hunderttausende Amerikaner auf die Straße zu gehen und gegen den schmutzigen Krieg zu protestieren.

Die „New York Post“ mußte eingestehen: „Die Vietnamesen haben gesiegt, weil sie für ein Ziel kämpften, für das zu kämpfen es sich lohnte. Sie haben einer der stärksten Armeen eine Abfuhr erteilt, weil sie, wie es sich erwies, hat, bessere Menschen und deshalb auch bessere Soldaten waren.“ Das Scheitern des blutigen Abenteuers hat Millionen von Amerikanern gezeigt, daß die auf eine gewaltsame Lösung internationaler Probleme und eine Weltherrschaft ausgerichtete US-Politik nicht realistisch ist. James Reston schrieb, die Amerikaner seien jetzt nicht so sicher, daß die USA bei internationalen Konflikten im-

mer die Oberhand haben werden, daß Geld und Technik im Krieg zu entscheiden haben und daß kleine Staaten lieber kapitulieren, als daß sie es mit der amerikanischen Militärmacht aufnehmen.

Amerikanische Zeitungen schrieben, der vietnamesische Krieg sollte eine Überprüfung „unserer Rolle in der ganzen Welt“ zur Folge haben, die wichtigste Lehre sei: „Kein Vietnam mehr!“ Auch die US-Spitzenpolitiker schienen damit einverstanden zu sein und bezeichneten die Intervention in Vietnam als einen Fehler. Präsident Carter verurteilte die Einmischung der früheren Regierungen in die Angelegenheiten anderer Länder. Er sagte: „Wir haben gegen das Feuer mit Feuer gekämpft und vergaßen, daß das beste Mittel gegen das Feuer das Wasser ist. Diese Haltung hat ein

geachtet der harten Lehren der Geschichte Hals über Kopf in neue militärische Abenteuer im Nahen und Mittleren Osten und in Südwestasien zu stürzen. Eine alte Weisheit lautet: „Wer aus der Vergangenheit nicht lernt, riskiert, die alten Fehler zu wiederholen.“ Washington fällt aber in seine alten Fehler zurück.

Man sagt, der Sergeant der US-Marineinfanterie Ronald Ridgeway war, aus der vietnamesischen Gefangenschaft heimgekehrt, mehr als perplex, als er seine offizielle Todesmeldung zu Gesicht bekam, worin es hieß, er sei in Vietnam gefallen und seine sterblichen Überreste wären nach den USA überführt worden. Ridgeways erste Regung war, sein eigenes Grab zu zerstören. Davon hat man ihm aber abgeraten: So werden ja zukünftige Ausgaben gespart. Ein Verwandter von ihm meinte, man sollte auch nicht die Inschrift vom Grabstein entfernen, daß er in Vietnam gefallen sei, denn „wer weiß?“ Das hatte wohl auch seine Gründe.

Als die Washingtoner Politiker und Generale nach der Vietnam-Katastrophe halbwegs zu sich kamen, begannen sie, sich über eine Revanche Gedanken zu machen. Sie waren auch nicht bereit, die Sozialistische Republik Vietnam anzuerkennen, geschweige denn wenigstens einen Teil des in Vietnam verursachten Schadens zu ersetzen. Darüber hinaus stellten sie Vietnam auch als einen Aggressor hin: Es habe, so die „New York Times“ vom 12. August, Laos und Kambodscha verschlungen und bedrohe Thailand und die anderen Nachbarstaaten, „alle Länder der Region sollten sich hüten“. In Washington „befürchtet man“ sogar, Vietnam könnte auch China überfallen.

Der Zweck der Übung ist, Washingtons Wunsch zu tarnen, Thailand und die andern ASEAN-Länder gegen Vietnam aufzuhetzen. Die größten Hoffnungen setzt es jedoch auf Peking, das es überreden will, Vietnam zu überfallen. Anfang vorigen Jahres haben die USA die chinesische Aggression in der SRV gutgeheißen. Überhaupt ist die US-Administration für diesbezügliche Pläne Pekings immer hellhörig. Thailand erhält bereits US-Waffen in Mengen, und US-Militärberater haben sich dort auch eingefunden. Gleichzeitig wird Peking, das seine eigenen

Hegemoniegeleüste in Asien hat, immer reger, und zwar im Einklang mit den „parallelen Bedingungen“ zwischen USA und Peking. Auf diese Weise entstanden in Asien neue Krisenherde. Die Formel „Kein Vietnam mehr!“ war also nicht ernst gemeint. Die „Newsweek“ schreibt: „Wir haben gehofft, daß Vietnam für uns eine Lehre war. Jetzt schlägt Präsident Carter vor, diese Lehre zu vergessen.“

Die letzten Ereignisse in Indochina haben ein übriges Mal gezeigt, wie sehr die Partnerschaft zwischen dem US-Imperialismus und dem Pekinger Hegemonismus den Weltfrieden bedroht. Aber die Menschheit ist imstande, diese Gefahr zu bannen. „Wir sind Realisten und sehen ein, daß der Lauf der Dinge ungleichmäßig sein kann“, sagte Leonid Breschnew. „In der internationalen Entwicklung gibt es immer Elemente des Unerwarteten. Aber es wird nie und niemandem gelingen, die Morgenröte der Freiheit auszulöschen, die über den Ländern Indochinas aufgegangen ist. Das unterliegt keinem Zweifel.“

In der zugespitzten Situation bewahrt die Sozialistische Republik Vietnam Ruhe und Ausdauer; sie bestätigt ihre Treue zur Politik der Festigung des Friedens und der Stabilität in Südwestasien. Auf ihrer Seite stehen bewährte Freunde wie die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder. Genosse Le Duan sagte: „Angesichts der feindlichen Politik der regierenden Kreise Pekings und der imperialistischen Kräfte hat die Kampfsolidarität, die allseitige Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Vietnam unserem Volk neue Riesenkräfte gegeben, um seine Heimat wiederaufzubauen und mit Sicherheit zu verteidigen.“

Vietnam entwickelt sich und erstarkt. Es macht mit der brüderlichen Hilfe der sozialistischen Ländergemeinschaft weitere Fortschritte bei der Entwicklung von Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur. In kurzer Frist wurden hier Betriebe, Gruben und Kraftwerke instandgesetzt. Dieses Land, das die amerikanischen Generale „ins Steinzeitalter zurückzuwerfen“ gedachten, schickte als erstes unter den ehemaligen Kolonialländern seinen Sohn in den Kosmos.

Vietnam lebt im Frieden. Den klaren Himmel, die grünen Reissaaten und die lachenden Kinder — das alles hat das Volk von Vietnam in einem 30jährigen Krieg mit seinem Blute bezahlt. Desto teurer ist der Tag, an dem das Land frei und unabhängig geworden ist.



Hanoi. Ba Dinh-Platz und Ho-chi-Minh-Mausoleum. Hier proklamierte Präsident Ho-chi-Minh vor 35 Jahren das unabhängige Vietnam.

Foto: A. Pin

Flasko erlitten. Vietnam ist ein anschauliches Beispiel ihrer intellektuellen und moralischen Unhaltbarkeit.“

Ein Fehler also! Auf einem amerikanischen Friedhof steht ein Grabstein mit der Inschrift: „Infolge eines Irrtums gehängt.“ Die Worte sollen auf Kosten eines reuigen Richters eingemeißelt worden sein, der das ungerechte Urteil fällte. Auf den Gräbern der in Vietnam gefallenen amerikanischen Soldaten gibt es keine derartigen Aufschriften. Ihr Tod war kein Irrtum. Und jene, die die Soldaten in den Tod schickten, haben leider keine Gewissensbisse, die heutige US-Administration schon ganz und gar nicht. So hat z. B. Carter seine früheren Äußerungen vergessen und sagte bereits vor mehr als drei Jahren: „Ich bin nicht der Meinung, daß wir jemanden um Verzeihung bitten, uns Vorwürfe machen oder uns schuldig fühlen sollen... Wir müssen in die Zukunft blicken — ohne Rückschau zu halten.“

Was soll nun der gespielte Optimismus? Das ist ein Appell, sich un-

BELEHRUNGEN AUS PEKING

Die Peking-Führung hat stets gern andere Länder darüber belehrt, wie diese sich aufzuführen haben. Han Nianlung, stellvertretender Außenminister der VR China, ist da keine Ausnahme.

„Alle Länder der Erde sollten eine gemeinsame Position beziehen und gemeinsame praktische Aktionen gegen die Sowjetunion unternehmen“, ließ kürzlich der Peking-Diplomat verlauten. Auf Moskau müsse „Druck in Politik, Wirtschaft, Handel und auf allen anderen Gebieten ausgeübt werden“.

Derartige Äußerungen chinesischer Politiker erstaunen niemanden mehr. Ist ja ihre antisowjetische Haltung hinreichend bekannt. Erstaunlich ist nur, daß sich

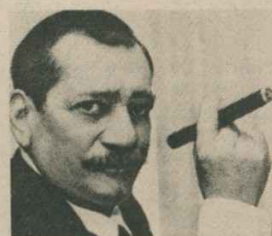
Hans Äußerungen in einem Interview unmittelbar vor dem Peking-Besuch des japanischen Außenministers Ito finden. Dort werden recht detaillierte „Empfehlungen“ gegeben, wie sich Japan gegenüber der UdSSR verhalten solle. Han wollte also durch das Interview die Gespräche von vornherein in eine ganz bestimmte Richtung drängen.

Zwar distanzierte man sich in Tokio unverzüglich von den Äußerungen des chinesischen Spitzenpolitikers. Man erklärte, Ito werde Fragen bezüglich der UdSSR nicht erörtern. Doch Hans Interview hat bereits den Ton für den bevorstehenden Besuch angegeben. Ein weiteres Mal wurde deutlich, wie man sich in Peking die Rollenverteilung im Rahmen des chinesisch-japanischen „Friedens- und Freundschaftsvertrages“ denkt.

N. LOSSINSKI

Mr. Werbell als „Aus-

Sehen Sie sich diesen Gentleman einmal an — Biedermann höchstpersönlich, strenger Anzug, Schlips und Zigarre. Mr. Mitchell Werbell aus Powder Springs, US-Staat Georgia, ist Geschäftsmann.



Doch sein honoriges Äußeres täuscht. Für gewöhnlich hält er einen Colt, keine Zigarre. Und am wohlsten fühlt er sich im Tarnanzug.

Mr. Werbell bray-Ausbildung. Schnellkurs halten werde der“ sind Be der CIA und rets im Töten den. Hier v Messerstecher andere „Te richtet, um allen Waffen diese zu be sichts der Ex sierten Verh des Terroris einzige Über

Mr. Werbell „Haß auf de Früher war e tegischer Die läufer der C vergangene Mr. Werbell nungsherd nam.

Nicht vor unter den Cobray-Zent der rechtsra tischen Ar USA — u. Hassan Durra afghanische proklamierte Grund erhi bereits als „ Rang eines der „Königl mee Afghan

Der Gene armee meint aus Washing bald den U ihm so geli schen Zivilis ren. In etwa phezeit er, Besitzenden der Habenic müssen“. Un den die Co greifen. Au Ein 10tägig kurs bei M ja 3000 Doll

UNGE BETENE GÄSTE

Tag und Nacht wird diese Villa im Kairoer Viertel Dokki von ägyptischen Soldaten bewacht. Hier befindet sich die Botschaft Israels, die erste und einzige diplomatische Vertretung des Aggressorstaates in der arabischen Welt. Botschafter Ben-Elissar, ein Intimus von Ministerpräsident Begin, ist in Kairo nicht die berühmte ägyptische Gastfreundschaft zuteil geworden.

Statt dessen zeigt man der israelischen Zeitung „Al Hamishmar“ zufolge dem ungebetenen Gast immer wieder seine Ablehnung — selbst in offiziellen und halboffiziellen Kreisen. So weigerte sich ein ägyptischer Gastgeber bei einer Cocktailparty, zu der auch die Ben-Elissars als Mitglieder des diplomati-



schen Korps erschienen waren, diesen die Hand zu drücken. Ein anderes Mal wollte die Botschaftergattin ein Kaffeekränzchen mondäner Damen besuchen. Als die Gastgeberin Mrs. Ben-Elissars ansichtig wurde, knallte sie ihr einfach die Tür vor der Nase zu.

Über Kairo weht die israelische Flagge. Doch fast alle in Ägypten halten das für eine Schande — besonders jetzt, nachdem Israel offiziell den arabischen Teil von Jerusalem annektiert hat.

W. LEONIDOW

Foto aus „Jerusalem Post“



Je schwerer die Wirtschaftskrise in den USA, desto mehr beunruhigt das Monstrum der Arbeitslosigkeit die Amerikaner.

Zeichnung: W. Tschakiridis

ADRESSAT ERMITTELT

Ein interessanter Vorfall spielte sich in Honduras ab. Aus Miami (USA) traf eine üppige Geschenksendung — Kleidung und Lebensmittel — mit der Anschrift der Feuerwehr von Tegucigalpa ein. Obgleich die Feuerwehrleute über solche Aufmerksamkeit ganz gerührt waren, währte die Freude doch nicht lange. Wie sich herausstellte, war die Sendung für ganz andere Leute bestimmt. Wenig später erschienen Somozas ehema-

lige Getreue, General Bodán und Oberst Alegria, um die Sendung abzuholen. Sie verlangten und erhielten die Fracht, die für übriggebliebene Nationalgardisten bestimmt war. Diese Somoza-Anhänger fanden Unterschlupf in Honduras, das Washington noch die Treue hält. 4000 bewaffnete Somoza-Büttel führen von hier bewaffnete Provokationen gegen das Volk Nikaraguas aus.

W. WETROW

„NEUE ZEIT“



HÄNDE WEG!

In diesem Jahr finden sich in der US-Presse unzählige Artikel über die Misere der US-Streitkräfte. Angeblich stehen die USA „völlig schutzlos“ einem heimtückischen Aggressor ge-

genüber. Die Waffen seien veraltet, und das Kriegsgeschütz sei ausgesprochen pannenunfähig. Vor allem aber sei niemand da, um Krieg zu führen.

So vermochte die Carter-Administration eine Gesetzesvorlage über die Erfassung der jungen Amerikaner für den Armeedienst durchzusetzen. Zwar hat der Präsident versprochen, einstweilen nicht die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Doch die jungen Leute hat das nicht beruhigt, wie dieses Foto aus „U.S. News & World Report“ zeigt. Demonstranten in Kalifornien protestieren mit einem Plakat: „Hände weg von der Jugend Amerikas!“

SCHLUPFLOCH DER BOSSE

Der Skandal um die Machenschaften des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall schlägt hohe Wellen. Bundesdeutschen Pressemeldungen zufolge hat der Konzern in Umgehung des Gesetzes heimlich Waffen an einige Länder, u. a. an die rassistische Republik Südafrika geliefert.

Die Beamten des Bundeswirtschaftsministeriums, die den Waffenexport zu kontrollieren haben, sind ratlos. Für die Waffenexportur werden nur zwei Genehmigungen benötigt. Angeblich unüberwindbare Hindernisse.

Nichtsdestoweniger dürfte die Rheinmetall kaum gegen den Buchstaben des Gesetzes gesündigt haben. Läßt sich ja in der Bundesrepublik ohne weiteres die Erlaubnis für Waffenlieferungen an NATO-Länder und „gleichgestellte“ Staaten erhalten. Nach welchen Kriterien werden nun die „Gleichgestellten“ in den NATO-Rang erhoben? Falls nach dem Grad des Antisowjetismus, dann ist die RSA durchaus dazu „geeignet“.

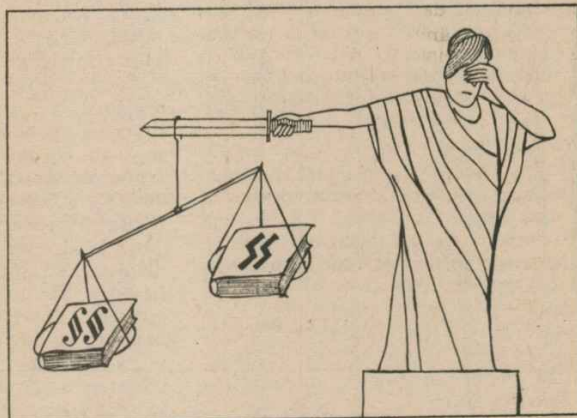
P. NEGOIZA

GUT UND BÖSE

Laut Urteilsspruch des Militärgerichts von Bari (Italien) kann Walter Reder wegen „guter Führung“ freikommen. Früher hatte er sich „schlecht“ geführt. Ende Sommer 1944 hatte ein Bataillon der Hitler-

Nachricht rechnen. Sollte die italienische Regierung dieses Urteil bestätigen, würde das Urteil für den NS-Mörder auf lebenslängliche Haft aufgehoben werden.

Während sich die empörten Einwohner von Marzabotto fragen, was denn Justizias Waagschale für schwerer befunden wird —



fascisten unter Kommando dieses SS-Majors 1830 friedliche Einwohner von Marzabotto umgebracht.

Seitdem steht der Name dieser Ortschaft in einer Reihe mit Chatyn, Lidice und Oradour. Reder verkörpert den Typ des faschistischen Henkers, dessen Untaten nie verjähren.

Doch bei gewissen Leuten kann Reder trotz allem mit

die „schlechte“ oder die „gute“ Führung des SS-Manns, wird nicht allzu weit von hier, in Bologna, der von Neofaschisten bei einer Explosion zerstörte Bahnhof wiederaufgebaut. Bei dem Sprengstoffanschlag waren bekanntlich mehr als 80 Menschen getötet und an die 200 verletzt worden. L. MAKAREWITSCH

Aus der „Süddeutschen Zeitung“ (BRD)

„SYMPATHISCHE“ PIMPFE

Um das Gelände für ein Lager bei einem kleinen italienischen Bergdorf vorzubereiten, mußten große Anstrengungen unternommen werden. Die jungen Leute in kniekurzen Jeans und Sportschuhen arbeiteten im Schweiß ihres Angesichts. An den Abenden veranstalteten sie lange Diskussionen über Poesie, Urbanisierungsfragen und Science Fiction.

Wer sind sie? Pfadfinder? Studenten, denen das Treiben und der Smog der großen Städte über ist?

Es sind der bürgerlichen Zeitschrift „Europeo“ zufolge Faschisten der 80er. Der Journalist, der das Lager Campo Hobbit 3 besuchte, konnte sich nicht genug über die „Neuen“ freuen. Die Zeiten seien vorüber, da die Faschisten militäristische Umtriebe veranstalteten, nach Revanche riefen, Bombenanschläge verübten und das Andenken an die Helden des Widerstandes verhöhnerten. Die „Neuen“ lesen nicht einmal „Mein Kampf“, wundert sich der Reporter. „Im Lager Campo Hobbit 3 herrscht

keine Atmosphäre der Nostalgie nach einem Traditionstreffen mit Mussolini- und Hitlerporträts. Ein zufälliger Reisender würde nie vermuten, daß die Gitarrenhüllen auf dem Lagergelände Waffen verbergen.“

Nicht von ungefähr erschien ein solcher Artikel gerade in „Europeo“. Gewisse Leute in Italien möchten die faschistischen Rowdys gern als Musterknaben hinstellen. Die Schuld an den brutalen Anschlägen und dem Terror hingegen wollen die bürgerlichen Journalisten den Linkskräften zuschieben. Und

so entsteht dann der Mythos vom „harmlosen“ Faschismus.

Doch wie die bürgerliche Presse die jungen Faschisten auch preisen mag — man hat sich davon überzeugen können, daß die Pimpfe stets bereit sind, zu ihren Waffen zu greifen. In Italien nehmen die Terroranschläge der Rechtsradikalen kein Ende. Und wer weiß, vielleicht wird auch der so begeisterte „Europeo“-Reporter einmal von den Neofaschisten ins Visier genommen.

W. IWANOWSKI

STOSSWELLEN DER „INFORMATIONSEXPLOSION“

Nikolai JERMOSCHKIN

Wenn der Einwohner eines beliebigen lateinamerikanischen Landes seine Morgenzeitung aufschlägt, stellt er fest, daß die Neuigkeiten in acht von je zehn Fällen nichts mit den Problemen des Subkontinents zu tun haben und in sechs von je zehn Fällen von den amerikanischen Nachrichtenagenturen UPI und AP, von der britischen Reuter oder von der France Presse stammen. Abends erhält er seine Portion Fernsehnachrichten aus den gleichen Quellen und im gleichen Verhältnis. Ähnlich sieht es in den Entwicklungsländern Asiens und Afrikas aus.

Laut Berechnungen ist heute der Informationsfluß, der sich aus den kapitalistischen Industriestaaten über die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas (ihre Bevölkerung macht zwei Drittel der Menschheit aus) ergießt, 100mal so groß wie in entgegengesetzter Richtung. Faktisch sind Presse, Funk und Fernsehen dieser Kontinente im Bann der westlichen Propaganda- und Informationsdienste.

Deshalb treten die meisten Entwicklungsländer gegen den „Informationsimperialismus“ auf, der ihre nationale Souveränität im geistigen Bereich unterdrückt. Von der akuten Notwendigkeit, für eine neue internationale Ordnung im Informationsbereich zu kämpfen, sprachen insbesondere die Teilnehmer der vor kurzem in Jaunde (Kamerun) abgehaltenen ersten Regierungskonferenz über die Massenmedienpolitik in Afrika. Die Konferenz nahm einstimmig eine Deklaration an, in der es heißt, daß die politische Unabhängigkeit noch nicht das Kulturleben völlig entkolonialisiert hat. Die Vertreter des unabhängigen Afrika bekundeten ihre Entschlossenheit, mit dieser Lage Schluß zu machen und die Vorrherrschaft der bürgerlichen Nachrichtenagenturen zu überwinden.

Ideologische Expansion

Wenn der Kapitalismus seine expansionistischen Bestrebungen tarnen will, redet er von Kultur. Die Eroberung fremder Gebiete, die Unterdrückung und Plünderung der Kolonialvölker wurden mit der „zivilisatorischen Mission“ des Westens gerechtfertigt. Als der König von Belgien Leopold der II. vor 100 Jahren die Meldung von der erfolgreichen Eroberung eines Gebiets im Innern Afrikas erhielt, rief er mit heuchlerischem Pathos aus: „Der

Zivilisation den Weg zu dem einzigen Weltteil, wohin sie noch nicht vorgedrungen ist, zu ebnen und die Finsternis, die auf der Bevölkerung dieses Gebiets lastet, zu zerstreuen, ist, wenn man so sagen darf, ein Kreuzzug, der unseres fortschrittlichen Zeitalters würdig ist.“ Wie dieser „Kreuzzug“ für die Völker Afrikas endete, ist bekannt: geistiges Elend, Analphabetentum und die mittelalterliche Barbarei wurden jahrzehntelang konserviert.

Auch heute, da das Kolonialsystem praktisch zusammengebrochen ist, benutzt der Imperialismus die Ideologie und Kultur zu seinen egoistischen Zwecken. Unter dem Vorwand eines freien Informationsaustausches zwingt der Westen den Völkern der Entwicklungsländer nicht nur zweifelhafte, sondern häufig auch schädliche Werte und Ideale auf. Sein Ziel ist klar: eine günstige Atmosphäre für die Festigung seiner wirtschaftlichen Herrschaft zu schaffen und den sozialökonomischen Fortschritt der jungen Staaten zu hemmen.

Die Stoßwellen der „Informationsexplosion“, die von den westlichen Propagandazentralen ausgehen, sollen das Wachstum des revolutionären Selbstbewußtseins der Massen bremsen, die Völker der Entwicklungsländer der Befreiungsbewegung fernhalten, die Ausstrahlungskraft des Sozialismus dämpfen und die bürgerlichen Sitten, die bürgerliche Moral einimpfen. Kurz, die bürgerlichen Massenmedien sind auch heute eine mächtige ideologische Waffe des internationalen Kapitals, die seine wirtschaftliche und politische Expansion untermauert.

Es ist kein Zufall, daß man unter den Nachrichten, die über westliche Kanäle den Ländern der dritten Welt serviert werden, nichts über die sozialen Erfolge der Völker in den Entwicklungsländern, nichts über ihren nationalen Befreiungskampf oder ihre wirtschaftlichen Probleme findet. Vor allem verherrlichen diese Nachrichten die westliche Lebensweise. Den Ereignissen in den Entwicklungsländern selbst aber wenden sich die bürgerlichen Nachrichtenagenturen nur zu, wenn sie eine Sensation (am besten mit skandalösem Beigeschmack) wittern.

Die Ministerpräsidentin Indiens, Indira Gandhi, sagte mit Recht, daß die westlichen Massenmedien aus den Entwicklungsstaaten praktisch

nur über Militärputsche berichten.

Der Informationsminister von Bangladesh, Habibullah Khan, stellte bei der Eröffnung eines regionalen Seminars zu Problemen von Massensinformation und Entwicklung (Dacca, April d. J.) fest: „Für die großen Nachrichtenagenturen, die im weltweiten Informationsdienst herrschen, sind gute Nachrichten aus den Entwicklungsländern oder ihre Ererungenschaften keine Nachrichten. Nur Katastrophen oder schlechte Nachrichten sind für sie welche.“ Zudem seien die Neuigkeiten, die von Korrespondenten an Ort und Stelle oder von Pressediensten übermittelt und von den westlichen Agenturen in Presse oder Funk verbreitet werden, gewöhnlich „entstellt oder tendenziös aufgemacht“.

Die Produktion der westlichen Informations- und Kulturindustrie fügt dem Ansehen der Entwicklungsländer häufig direkten Schaden zu. Ein Beispiel ist der britische Film „Der Tod der Prinzessin“. Seine Idee ist höchst einfach: Es gibt die zivilisierte Welt, den Westen, und den dieser Welt nun einmal gegenüberüberstehenden arabischen Osten, eine wilde Welt von Menschen, denen der Erdölabsatz zu riesigen Geldern verhelfen hat. Der Vertrieb dieses Machwerks löste in den islamischen Ländern natürlich einen Entrüstungssturm aus. Die Botschaft Saudi-Arabiens in London legte sogar bei dem britischen Außenministerium Protest ein.

Dabei ist die Geschichte mit dem „Tod der Prinzessin“ keine Ausnahme, eher typisch. Sie veranschaulicht den Wunsch des Westens, die Entwicklungsländer in einem Licht darzustellen, das die neokolonialistischen Pläne des Imperialismus begünstigt.

Deshalb verschmelzen die Anstrengungen der westlichen Informationsmonopole in den Ländern der dritten Welt neuerdings immer enger mit dem Wirken der transnationalen Konzerne. Es handelt sich im Grunde um die Entstehung eines Informations- und Industriekomplexes.

Multis als neue Erzieher

Die transnationalen Konzerne beherrschen Presse, Funk und Fernsehen der jungen Nationalstaaten vor allem mit Geld. Zur Zeit der UP-Regierung in Chile setzte die amerikanische transnationale ITT allen ihren Einfluß auf die Massenmedien

des Landes ein und ermutigte die Feinde des Verfassungsregimes. Zur Bestechung von Presse, Funk und Fernsehen verausgabten transnationale Konzerne in Chile (und verausgaben sie gegenwärtig in anderen Ländern) enorme Mittel, die als Werbung geführt werden. In Argentinien z. B. kontrollieren die fünf größten US-Werbeagenturen 30–45% aller Fernsehwerbung. Ähnlich ist es um Presse und Funk bestellt.

Der Umstand, daß die Multis unbegrenzte Möglichkeiten zur Informationsübermittlung in ihren Händen konzentrieren, führt häufig zu paradoxen Situationen. So nehmen die Nachbarstaaten Zaire und die Elfenbeinküste zur telefonischen Verbindung die Dienste des Pariser Netzes in Anspruch, Kenia und Tansania rufen einander über London, Bolivien und Paraguay über New York an.

TV im Mittelpunkt

Wie eine UNESCO-Studie zeigt, müssen die meisten jungen Staaten die westlichen Fernsehproduktionen importieren; ihr Anteil macht bis zu 90% der örtlichen Sendezeit aus. Alljährlich verkaufen und vertreiben die amerikanischen TV-Gesellschaften Materialien in mehr als 100 Ländern für 180 000 Sendestunden, die britischen und französischen für je 20 000 Stunden und die BRD-Fernsehgemeinschaften für 6000 Stunden. Die Abhängigkeit des Fernsehens einiger Entwicklungsländer vom Westen verstärkte sich noch mehr, als Programme aufkamen, die über USA-Nachrichtensatelliten (meist ohne jede Zustimmung der einheimischen Behörden) gesendet werden.

Auch die westlichen Dokumentarfilmstudios, die sowohl für den Filmvertrieb als auch für das Fernsehen arbeiten, haben ihr Gebiet monopolisiert. Die größten unter ihnen sind die britische Visnews, die britisch-amerikanische UPITN, die amerikanische CBS news und die ABC news sowie die westdeutsche DPA Äthes. Wie westliche Massenmedienexperten festgestellt haben, wissen nur sehr wenige Amerikaner, wie enorm die Anzahl der amerikanischen Fernsehprogramme, -filme, Werbespots und anderer Materialien in der Welt ist.

Die bürgerliche Ideologie feiert ihren Einzug in die nichtsozialistischen Länder vor allem via TV. Die Gewinne aus dem Verkauf der Produktion privater USA-Fernsehgemeinschaften an diese Länder erreichen 100 Mio Dollar im Jahr, obwohl diese Erzeugnisse mitunter zu rein symbolischen Preisen abgesetzt

werden. Ein 1 Stunde laufender Fernsehfilm, dessen Produktion Hollywood 400 000–500 000 Dollar kostete, wird in Ägypten für 400–450 Dollar, in Libanon für 170–250 und in kleineren Ländern für 70–100 Dollar verkauft. Diese Schleuderpreise für die westliche Produktion sind für die Fernsehgesellschaften der jungen Nationalstaaten ein Grund mehr, die Ausgaben für die Gestaltung eigener Programme zu sparen. In der Endkonsequenz führt das zu ihrer größeren Abhängigkeit von den ausländischen „Traumfabrikanten“. Besonders gern und günstig überlassen diese ihre Filmproduktion und Technik jenen Staaten, die eine Politik im Sinne der USA betreiben.

Aber selbst eine so breitangelegte Unterwanderung der Massenmedien der Entwicklungsländer reicht dem aggressiven Imperialismus heute nicht mehr. Deshalb werden dem privaten Sektor Informationsdienste der Regierung an die Seite gestellt. Sie verausgaben kolossale Mittel für diese Zwecke. Eine offizielle Regierungseinrichtung der USA — Amt für internationale Beziehungen — hat einen Etat von ca. 433 Mio Dollar im Jahr und 8758 Mitarbeiter. Das Amt gibt 12 Zeitschriften in 22 Sprachen heraus, stellt etwa 100 Filme im Jahr her und benutzt ein weitverzweigtes Funk- und Fernseh-schreibenetz. Die Auslandsbüros des Amtes verschicken in die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas rund 1700 Programme jährlich, von kurzen Fernsehnachrichten bis abendfüllenden Dokfilmen. Diese Programme werden in 62 Sprachen synchronisiert und von 200 Sendern ausgestrahlt.

Offizielle USA-Sprecher entzünden sich spektakulär, wenn amerikanische Informationen Propaganda genannt werden. Als Präsident Carter 1978 das Amt für internationale Beziehungen, das die USIA ersetzen sollte, ins Leben rief, gab er sogar Weisung, es dürfe sich nicht „mit geheimer oder propagandistischer Tätigkeit bzw. diversen Machenschaften abgeben“. Seine Aufgabe sei, sagte Carter, dazu beizutragen, daß die Ausländer unsere Politik und unsere Absichten besser verstehen. Wie aber die Wochenschrift „U.S. News & World Report“ schreibt, spreche man im Ausland öfters vom propagandistischen Odium der Nachrichten, die das Amt verbreitet.

Gegen den „Informationsimperialismus“

Die Begriffe Informationsimperialismus und Neokolonialismus in der

Kultur gehören zum neueren politischen Vokabular. Doch in den letzten Jahren erstarkt der Kampf für die Umgestaltung der internationalen Beziehungen im Informationsbereich. Das setzt die Schaffung eines Informationssystems voraus, das den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und Erfordernissen jedes Entwicklungslandes entspreche. So erklärte der senegalesische Ministerpräsident Abdou Diouf im April d.J., daß die neue Ordnung im Informationswesen eine neue Politik der Zusammenarbeit, eine entschlossenerere und umfassendere Unterstützung für die Forderungen der Entwicklungsstaaten erfordere. Afrika sei nicht mehr gewillt, die Welt und ihre Probleme mit fremden Augen zu sehen.

Die UdSSR unterstützte stets die Entwicklungsstaaten bei ihrem Bemühen, sich vom Druck des Informationsimperialismus zu befreien. Sie begrüßte die Schaffung der Karibischen, der Panafrikanischen, der Asiatischen, der Arabischen Nachrichtenagentur und des Pools der Nachrichtenagenturen der nichtpaktgebundenen Länder. Die UdSSR hilft den jungen Staaten nach wie vor in einer so wichtigen Angelegenheit wie der Schaffung von Objekten, die für die Entstehung und Entwicklung der einheimischen Massenmedien unerlässlich sind. In vielen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas helfen sowjetische Fachkräfte beim Bau von Bodenstationen des kosmischen Nachrichtenwesens, von Druckereien und Rundfunksendern. Die UdSSR liefert Ausrüstungen für Fabriken, die Fernsehgeräte und Transistorempfänger herstellen bzw. montieren. Eine beträchtliche Hilfe erweist sie bei der Ausbildung nationaler Fachkräfte verschiedener Berufe: Journalisten, Fachleute für Fernsehen und Funk, usw.

In einer Botschaft an das Internationale Journalistenseminar in Taschkent (September 1979) schrieb Leonid Breschnew: „Die Sowjetbürger bringen dem Bestreben der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas Verständnis und Sympathie entgegen, die eigenen Massenmedien zu schaffen, sich gegen die ideologische Expansion des Imperialismus abzusichern und mit dem ‚geistigen Kolonialismus‘ Schluß zu machen.“ Deshalb knüpft die UdSSR ihre Hilfe und Zusammenarbeit nie an politische Bedingungen.

GEISTERBESCHWÖRUNG

Dmitri WOLSKI

Die westliche Propaganda stellt Afghanistan schon seit langem als Tor zum ölreichen Persischen Golf dar, das Moskau jeden Augenblick durch einen Angriff auf den Iran aufstoßen könnte. Doch der Londoner „Financial Times“ zufolge hat sich noch ein anderes Tor gefunden. Die Zeitung betitelte im August einen Beitrag mit „Das turkmenische Tor Rußlands zum Golf“; den Artikel hatte ein gewisser Simon Henderson nach einem Besuch in der Kleinstadt Gonbad-e-Kavus mitten in der iranischen Wüste in die Redaktion geschickt.

Nein, keinerlei Anzeichen für eine „sowjetische Infiltration“ oder gar für eine Vorbereitung auf sie konnte sich Mr. Henderson nicht entschließen zu entdecken, d. h. zu erfinden. Er konstatierte nur, daß in diesem Teil des Iran Turkmenen leben. Das schien dem britischen Korrespondenten Grund genug, „Alarm“ wegen der Sowjetunion unterstellter Absichten zu schlagen. Um so mehr, da in diesen Gegenden, wie er schreibt, „ausgezeichnete Getreide-, Baumwoll- und Reisernten eingebracht werden, und sie jahrhundertlang Eroberer angelockt haben.

Alexander der Große kam hier durch.“

Was soll diese Geisterbeschwörung? „Wenn die Sowjetunion eines Tages in den Iran einfallen wird...“ beginnt Henderson seinen Artikel. Ja, dieses „wenn“ — ein kleines Wort in einem großen Artikel. Es geht im Schwall der Phantastereien fast unter. Doch diese sind keineswegs harmlos. Sie verfolgen ganz bestimmte Ziele, die man nur als provokatorisch bezeichnen kann.

Erstens sollen die verschiedenen Völkerschaften des Iran gegeneinander ausgespielt werden. Zweitens sollen die Behörden gegen die Linkskräfte aufgehetzt werden, die „aus anderen Teilen“ des Landes in die von Turkmenen besiedelte Region „eingesickert“ seien. Und drittens geht es vor allem darum, die Weltöffentlichkeit und auch das iranische Volk von der tatsächlichen Gefahr für den Iran abzulenken.

Doch diese Gefahr ist schon seit dem April, als Carters Kommandounternehmen zur „Rettung der amerikanischen Geiseln“ in der iranischen Wüste scheiterte, nicht mehr abstrakt. Seitdem sind die amerikanisch-iranischen Beziehungen von

gespannter Erwartung mit temporären Gefühlsausbrüchen gekennzeichnet. Was die USA angeht, so werden diese Emotionen kontrolliert, gelenkt und angeheizt. Die Verhaftung demonstrierender iranischer Studenten in den USA, die vorsätzlich falsche Version, fünf im Iran festgehaltene US-Diplomaten seien bei einer angeblichen Flucht ermordet worden, der Rummel um die schachfreundliche Emigration und schließlich die militaristischen Demonstrationen vor der iranischen Küste... All das zeigt: Die Carter-Administration will nicht, daß die Leidenschaften abkühlen und so eine Lösung der Geiselfrage möglich wird.

Angesichts dieser Tatsachen nimmt sich der vom Kommentator Jack Anderson zu den Motiven für Carters Handlungen gegen den Iran in Umlauf gebrachte Aphorismus durchaus zutreffend aus: „Wen er wirklich retten will, ... das ist sich selbst.“ Oder genauer gesagt den Präsidentensessel. Ebenso hat Anderson bekanntlich auch die Vorbereitung einer erneuten US-Operation gegen den Iran erklärt, was er im August dem „San Francisco-Chronicle“ anvertraute.

Wir brauchen wirklich nicht über die wahren Motive für das Handeln Andersons zu rätseln, der wohl am wenigsten Sympathien für die iranische Revolution empfinden dürfte. Ob er sich bei Reagan lieb Kind machen wollte oder nur auf Sensationen aus war — Tatsache bleibt doch, daß sich aus Informationen und Dokumenten, die einer seiner Assistenten erhielt, eine umfassende strategische Konzeption gegen den Iran, doch nicht nur gegen ihn, abzeichnet: vier US-Marinegeschwader unter Führung von Flugzeugträgern (zwei von ihnen kreuzen im Persischen Golf, zwei andere sind für einen Soforteinsatz dorthin bereit), das Netz der US-Stützpunkte mit Schwerpunkt auf Diego Garcia und schließlich der Satellit, der bereits seit Juni für eine solche Operation nötige Funkbilder liefert. Kaum zu glauben, daß diese Kriegsmaschinerie — zu Lande, zu Wasser und aus dem Kosmos — nur für die ehrgeizigen Ambitionen des Präsidenten dasein soll.

Nicht von ungefähr enthält der Bericht der Pentagon-Sonderkommission, die die Gründe für das Scheitern des Abenteuers vom April analysieren sollte, Empfehlungen wie die „Antiterrorismusgruppen“, die bei allen Waffengattungen aufgestellt wurden, unter einem gemeinsamen Oberkommando zu vereinen und bei den Vereinten Stabschefs ein Sondergremium zur Koordinierung der Pläne für Aktionen dieser Gruppen zu bilden. Dieser Aufgabe wird Pentagonsprecher T. Ross zufolge „besondere Bedeutung“ beigemessen.

BIOGRAPHISCHES



MINISTERPRÄSIDENT DER ISLAMISCHEN REPUBLIK
IRAN
**MOHAMMAD
ALI RAJAI**

die Freiheit anschloß. 1974 und 1978 verhaftet von der Schah-Geheimpolizei SAVAK und ins Gefängnis geworfen.

M. A. Rajai beteiligte sich aktiv an der Gründung des Islamischen Lehrerverbandes des Iran. Nach dem Sieg der Revolution wurde er im März 1979 zum Bildungsminister ernannt (dieses Ressort hat er bis heute inne). Rajai wurde ferner in den Ausschuß zur Durchführung der Kulturrevolution im Lande berufen.

Rajai gehört zu den aktiven Politikern der Islamischen Republikanischen Partei. Im Parteiapparat befaßte er sich mit Fragen der Ideologie, Kultur und Bildung. Vertritt Teheran im Medschlis (Parlament).

Am 11. August billigte der Meschlis Rajais Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten, und am 20. August ernannte Präsident Banisadr ihn offiziell zum Ministerpräsidenten der Islamischen Republik Iran.

Geboren 1933 in Kaswin (Nordwestiran). 1950 absolvierte M. A. Rajai ein pädagogisches College. Dann als Lehrer tätig. Politisch aktiv seit 1963, als er sich der Bewegung für

Ein Kommentator der amerikanischen Fernsehgesellschaft CBS konstatierte: Solche Maßnahmen sollten vor allem die präzisere und schnellere Ausarbeitung einer neuen antiiranischen Operation gewährleisten. Es geht also nicht um einen politischen Knallbonbon, wie manchen Leuten nach Andersons Artikeln scheinen könnte, sondern um ein durchaus ernstgemeintes und mehr als gefährliches Unterfangen. Es soll versucht werden, die Befreiungsbewegung in der gesamten Region des Mittleren und Nahen Ostens abzuwürgen. Der Schlag gegen den Iran unter dem Vorwand der „Rettung der Geiseln“ könnte durchaus nur als Zünder gedacht sein.

An eben diesem Zünder hantieren die Verfasser antisowjetischer Unterstellungen von der Art jener, wie sie die „Financial Times“ in Umlauf setzte. Daß die Gegner des Iran mit Erfindungen über eine „sowjetische Bedrohung“ dessen Widerstand gegen die reale Bedrohung lähmen wollen, ist erklärlich — derartige Methoden sind nichts Neues im imperialistischen Propagandaarsenal. Doch schwer verständlich ist die Haltung jener iranischen Politiker und Presseorgane, die die Version vom „Widerstand gegen die beiden Supermächte“, die Losung „Weder Ost noch West“ und andere weither geholte propagandistische Klischees verbreiten.

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Anders als die USA respektiert die UdSSR strikt die Unabhängigkeit des Iran, das Prinzip der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten. Das schafft eine solide Grundlage für die sowjetisch-iranischen Beziehungen, die, wie Ayatollah Beheshti, Führer der Islamischen Republikanischen Partei, erklärte, „konstruktiven Charakter haben und gute Aussichten für die weitere Entwicklung bieten“.

Die Versuche aber, diese Beziehungen zu untergraben, sei es auch durch Geisterbeschwörung, werden kaum Erfolg haben. Immer mehr Iraner verstehen, daß die imperialistischen Kreise, die die Revolution ersticken wollen, diese zuerst isolieren müssen.

AUSRICHTUNG AUF WASHINGTON

Manchmal spricht man in Australien von einem nordamerikanischen Syndrom, wie die dortigen Journalisten mit bitterer Ironie den Umstand nennen, daß die Regierung im Fahrwasser der US-Politik segelt.

Die liberal-agrarische Regierungskoalition unter Malcolm Fraser schaltete sich gleich nach Washington in die antisowjetische Kampagne wegen der Vorgänge in Afghanistan ein. Plötzlich redete man von der Sicherheit Australiens, das einer Aggression wehrlos ausgeliefert sein könne, sowie von einer Notwendigkeit, fieberhaft aufzurüsten und die militärische Aktivität im Raum des Indik und Pazifik zu verstärken. Zugleich suchten die australischen Spitzenpolitiker die militärischen und politischen Verbindungen mit den USA, ihrem „Freund und Bündnispartner“, enger zu knüpfen.

Am 31. Januar und 7. Februar d. J. besuchte Fraser die USA und verhandelte dort. Die ANZUS-Partner kamen überein, daß die US-Streitkräfte auf australischem Boden ausgiebiger von Militärstützpunkten und anderen Objekten Gebrauch machen und öfter als bisher Manöver sowie Konferenzen führender Militärs beider Länder abhalten werden.

Danach sprach Fraser im Parlament über eine ganze Anzahl von Sofortmaßnahmen, die, nach Ansicht des Kabinetts, vor Augen führen sollen, daß Australien der getreueste Bundesgenosse der USA ist. Das dem Parlament vorgelegte Programm umfaßt eine Erhöhung des Militäretats zwischen 1980 und 1985 um jährlich 7%. Australiens militärische Aufwendungen sollen 17,6 Md. australische Dollar betragen, mehr, als Canberra sich die Teilnahme am Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk kosten ließ. In den fünf Jahren sollen die Streitkräfte um 10% und die Reservisten um mehr als 30% verstärkt werden.

In dem abseits gelegenen Australien, das keiner bedroht, wird künstlich eine Kriegspsychose angefacht. Im Fernsehen wird eine unverhohlene militä-

ristische Propaganda getrieben, man zeigt Kurzfilme über das „herrliche“ Soldatenleben.

In einem Interview erklärte Fraser: Wir werden rückhaltlos und in jeder Hinsicht mit den USA beim Streifen dienst im Indik zusammenwirken. Schon jetzt steht die australische Kriegsmarine dort mit der der USA in engster Verbindung. Sie tauschen Spionagemeldungen aus. Vom Stützpunkt North-West Cape in Westaustralien werden den amerikanischen Atom-U-Booten Signale gegeben. Wie der Regierungschef zugibt, besteht der gewichtigste Beitrag Australiens zur militärischen Zusammenarbeit der beiden Staaten in dem streng geheimen Stützpunkt Pine Gap (im Landesinnern), der größten Funkleit- und Empfangsstation für Informationen von amerikanischen Spionagesatelliten, die es auf der Welt gibt. Insgesamt bestehen in Australien über 20 Objekte, die von den USA für militärische Zwecke benutzt werden.

Generale der USA und Australiens spielen auch ein militärisches Zusammenwirken durch: Anfang dieses Jahres fanden im Pazifik die Manöver Rimpac 80 statt, und im September werden an der Westküste Australiens gemeinsame Marineübungen der ANZUS-Länder unter der Codebezeichnung Sandgroper II abgehalten.

Die Stationierung von US-Truppen in Australien wird jetzt nicht mehr zeitweilig, sondern ständig geplant. Im Juli war schon die zweite Militärabordnung aus den USA dort, besichtigte vier Flugplätze und befand, daß zwei davon für amerikanische B-52-Bomber tauglich sind. Es ist anzunehmen, daß Australien bald diese gefährlichen Gäste bei sich aufnehmen wird.

Unter den Maßnahmen, die die Regierung im Februar und März ankündigte, sind der Bau eines Waffenmagazins auf dem Stützpunkt Stirling im Cockburn Sound, der Bau eines neuen Flugplatzes in Derby, die Erweiterung des Luftwaffenstützpunkts Williamtown (Newcastle) und der Ausbau des Flug-

platzes auf dem Stützpunkt Learmonth (Westaustralien).

Im Cockburn Sound wird der Marinestützpunkt so ausgebaut, daß amerikanische Kriegsschiffe dort stationiert werden können. Wie Fraser erklärte, hat Australien den USA für ständig Stützpunkte am Indik angeboten, was die Hoffnung der dortigen Staaten zu nichte macht, ihn in eine Friedenszone umzuwandeln. Canberra rechnet darauf, daß Washington als Gegendienst das Millionenprogramm für die Perfektionierung der australischen Militärobjekte finanzieren helfen wird.

Australien schaltet sich immer mehr in das Wettrüsten ein. Wie australische Militärexperten zugeben, gewinnt es durch die Aufnahme amerikanischer Atom-U-Boote und Atombomber keineswegs größere Sicherheit, sondern riskiert nur noch mehr, gegen seinen Willen in einen Waffenkonflikt verstrickt zu werden.

Die anschwellenden militärischen Aufwendungen reißen ein großes Loch in den Staatssäckel. Wie die britische „Financial Times“ unlängst mitteilte, hat Fraser den Bundesstaaten Zuschüsse für Gesundheits- und Bildungswesen, für den Wohnungsbau und die Sozialfürsorge verweigert. Das ganze Geld

geht für Kanonen drauf. Das Land hat aber ernste soziale und wirtschaftliche Probleme: Die Inflation nimmt überhand, die Arbeitslosigkeit wächst an, es bestehen Schwierigkeiten mit dem Absatz von Agrarprodukten.

Die erstaunliche Bereitwilligkeit, mit der die jetzige Regierung auf die Forderungen des Weißen Hauses eingeht, erinnert an ihre Beziehungen während des Kriegs gegen das vietnamesische Volk. Der damalige Ministerpräsident, Holt, erklärte, er gehe mit Johnson bis ans Ende. Das sollten die Australier sehr bald bereuen. Die Unterstützung des Vietnamabenteuers der USA ist das australische Volk teuer zu stehen gekommen. Die jetzige Liebedienerei vor Washington läßt an die damalige Bereitschaft denken, „bis ans Ende zu gehen“.

Die Politik Canberras löst bei der Öffentlichkeit Proteste aus. Die Australier überzeugen sich immer mehr davon, daß das „Sicherheitsproblem“ ein Machwerk der Regierung Fraser ist. Deren Außenpolitik und keine „so-wjetische Bedrohung“ drängt das Land zu dem gefährlichen Wettrüsten. Canberra ist wie früher politisch auf Washington ausgerichtet.

S. FILIPPOW



„Volleyball-, Handball- und Tennisplätze und ein 25-m-Schwimmbecken für Leute, die Angst vor Haien haben“ — so preist die Zeitschrift „Time“ den US-Marine- und Luftwaffenstützpunkt auf Diego Garcia an.

Da gibt es aber etwas, das mehr angst als die Haifische macht: B-52-Bomber, die „fliegenden Festungen“ der US-Luftwaffe. Wie Admiral Hayward, der Stabschef der Kriegsmarine, sagte, „ist Diego Garcia für die Sicherung unserer Seeoperationen im Indik äußerst wichtig“.

In der Strategie des Pentagons sticht der Plan hervor, den Indik zu einem Übungsbecken für amerikanische Kriegsschiffe zu machen. Deshalb wurden auf Diego Garcia in solcher Eile Umbauten ausgeführt. Zum selben Zweck wird das Netz der US-Stützpunkte in Australien weiter gespannt.

Flugzeuge der US-Luftwaffe auf einem Flugplatz auf Diego Garcia

Foto aus „Time“ (USA)

Wie wären die Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR zu den lateinamerikanischen Staaten zu charakterisieren?

In den letzten Jahren haben sie sich merklich erweitert. So stieg der Handelsumsatz in den letzten 20 Jahren fast auf das 10fache. Die UdSSR kauft in den lateinamerikanischen Ländern Buntmetalle, Agrar- und einige Industrieerzeugnisse und liefert ihnen Maschinen, Ausrüstungen, einige Rohstoffe u. a. Hervorgehoben sei, daß sich immer mehr die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit entwickelt.

Die UdSSR erweist einigen lateinamerikanischen Ländern Hilfe bei industriellen und sonstigen volkswirtschaftlichen Vorhaben, die für die Industrialisierung und die gesamte Wirtschaftsentwicklung dieser Länder von erstrangiger Bedeutung sind. Dank diesem Umstand können unsere Partner ihre Außenwirtschaftsbeziehungen vielfältiger gestalten und erhalten neue Möglichkeiten für die Entwicklung ihrer Wirtschaft. Die Zusammenarbeit mit der UdSSR schränkt auch bis zu einem gewissen Grade die Auswirkung der negativen wirtschaftlichen Folgen ein, die sich aus der geringen Stabilität der kapitalistischen Weltwirtschaft ergeben. Eine solche Kooperation kann im Kampf der lateinamerikanischen Länder gegen internationale Monopole eine wesentliche Rolle spielen.

Unsere Zusammenarbeit bringt beiden Seiten Nutzen und erfolgt auf langfristiger Grundlage. Schon bestehen Regierungsabkommen mit Argentinien, Kolumbien, Peru, Mexiko, Venezuela, Guayana, Kostarika, Jamaika und Nikaragua. Vorgesehen sind die Beteiligung sowjetischer Wirtschaftsorganisationen an der Prospektierung und Erschließung der Naturreichtümer in den interessierten Ländern, an Projektierung und Bau von Industrie- und anderen Objekten, sowjetische Lieferungen kompletter Ausrüstungen und die Übergabe sowjetischer Technologien.

ZU GEGENSEITIGEM NUTZEN

Unser Korrespondent Wladimir Dolgow bat Vitali MOROSOW, den ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatlichen Komitees der UdSSR für Auswärtige Ökonomische Beziehungen, über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR zu lateinamerikanischen Ländern zu berichten.



Einige konkrete Beispiele. Wir beteiligen uns an der Ausarbeitung des Grundprojektes für ein großes Wasserkraftsystem am Paraná (Argentinien) und an der Projektierung eines Zementwerkes auf Jamaika. Abschlüsse wurden getätigt, laut denen in Venezuela Suchbohrungen auf Erdöl unter Anwendung sowjetischer Turboborher niedergebracht werden, sich sowjetische Fachkräfte am seismischen Schürfen von Erdöl in Kolumbien beteiligen und Mexiko eine Taktstraße zur Produktion von Glasisolatoren geliefert werden sollen.

Den größten Umfang hat wohl unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Peru. Dorthin wurden sowjetische Ausrüstungen für den Fischindustriekomplex im Hafen Payta geliefert. Sowjetische Projektanten erarbeiteten die technisch-ökonomische Begründung für den Bau eines Hüttenwerks. Ein großer Arbeitsumfang wurde bewältigt, um die größten Flüsse des Landes — Marañon, Huallaga und Ucayali — auf die Ausbauwürdigkeit der Wasserkraft abzuschätzen. Das größte Objekt der sowjetisch-peruanischen Zusammenarbeit ist das Projekt eines Wasserkraft- und Bewässerungskomplexes bei Olmos im Norden Perus.

Könnten Sie ausführlicher über dieses Vorhaben erzählen?

Die grandiose Idee stammt von peruanischen Wissenschaftlern und Ingenieuren. Vorgesehen ist, das Wasser der Flüsse östlich der Anden zur Pazifikküste zu lenken, wo in einem Trockengebiet Perus riesige fruchtbare Ländereien liegen. Peru bat die UdSSR um Hilfe bei der Ausföhrung dieses einmaligen Vorhabens. Nachdem sowjetische Experten an Ort und Stelle in die hydrologischen Verhältnisse und die Bewässerungsmöglichkeiten bei Ol-

mos Einsicht genommen hatten, stimmte die UdSSR im Prinzip zu. Im September 1974 wurde in Lima ein Vertrag über Projektierungs- und Entwicklungsarbeiten unterzeichnet. An ihnen nahmen etwa 120 sowjetische Fachkräfte verschiedener Berufe teil, aus der UdSSR wurde die nötige Technik geliefert. Heute sind die Forschungen der sowjetischen und peruanischen Experten alles in allem abgeschlossen.

Zu den Hauptanlagen des Systems werden gehören: drei Wasserbaukomplexe mit ca. 80 m hohen Dämmen und mit Staueeen, zwei Wasserkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 600 000 kW und Bewässerungsanlagen für 80 000 ha Boden. Für die Wasserüberleitung über den Andenrücken muß ein 20-km-Tunnel im Gebirge gebaut werden.

Was verspricht das Olmos-Vorhaben Peru?

Die Lösung vieler wichtiger wirtschaftlicher und sozialer Probleme, z. B. die Versorgung des Landes mit eigenen Nahrungsmitteln. Bisher müssen die Peruaner über 200 Mio Dollar jährlich für diesen Import verausgaben. Nach Expertenschätzungen wird die Bewässerung der ariden Ländereien zusätzliche große Erträge ermöglichen: bis zu 250 000 t Mais und Sorgho, 50 000 t Reis, 350 000 t Zuckerrohr, Tausende Tonnen Gemüse, Obst u. a.

Der Bau der Wasserkraftwerke wird den Industriezentren im Norden Perus ausreichende Energiemengen sichern. Ausgedehnte ländliche Gebiete können elektrifiziert werden.

Die Peruaner knüpfen große Hoffnungen an das Olmos-Vorhaben, es soll mehr als 300 000 Einwohnern der Nordgebiete Wohlstand bringen. Viele Tausende Menschen werden Arbeit bekommen. Nach Meinung von

Fachleuten werden allein die Bauarbeiten ca. 4000 Arbeiter, Angestellte und Ingenieure benötigen, und im bewässerten Gebiet sollen 36 000 Bauern arbeiten. Deshalb erhob die peruanische Regierung durch ein Dekret vom März 1980 das Olmos-Vorhaben zu einem staatswichtigen Vorrangobjekt.

In Peru ist vor kurzem eine neue zivile Regierung an die Macht gekommen. Sie bekundete ihre Absicht, auch künftig die guten Beziehungen zur UdSSR zu pflegen und auszubauen. Aber einige politische Kreise Perus entfalten eine Kampagne gegen das Olmos-Vorhaben unter dem Vorwand, die von der UdSSR gebotenen Bedingungen seien zu hart und für Peru nachteilig.

Für solche Behauptungen liegt kein Grund vor. Unsere Zusammenarbeit am Olmos-Vorhaben erfolgt zu günstigen Bedingungen für Peru, unter Berücksichtigung seiner Möglichkeiten. Außerdem ist nicht zu bezweifeln, daß das System dem Volk Perus großen Nutzen bringen wird.

Im April d. J. fanden in Moskau sowjetisch-peruanische Verhandlungen zu Fragen des Olmos-Vorhabens statt. Um es schneller zu realisieren und mit der Erschließung der Ländereien im Gebiet des Bauvorhabens zu beginnen, schlug die peruanische Seite vor, vorrangige Objekte festzulegen. Wir unsererseits erklärten uns bereit, den peruanischen Organisationen bei Bauarbeiten technischen Beistand zu leisten, darunter beim Bau eines Wasserkraftwerks mit einer Leistung von 300 000 kW, von zwei Staudämmen und von Bewässerungssystemen für eine Fläche von 32 000 ha. Wir werden ferner bautechnische und technologische Ausrüstungen liefern sowie die Ausrüstungen der Kraftwerke montieren. Die Rückzahlung der Ausrüstungskosten ist auf 10 Jahre befristet, und dies zu dem niedrigsten Zins, der auf dem Weltmarkt für solche Abschlüsse besteht. Die UdSSR wird ferner peruanisches technisches Personal bei sich ausbilden sowie bei der Schaffung einer entsprechenden Ausbildungszentrale in Peru Hilfe leisten.

ZWISCHEN GESTERN UND MORGEN

Von unserem Sonderberichterstatter Sergej GOLJAKOW

Frau Anahita Ratebzad, Unterrichtsministerin der Demokratischen Republik Afghanistan, wird von vielen eine hervorragende Persönlichkeit genannt, und mit Recht. Die im In- und Ausland bekannte Berufsrevolutionärin bezaubert im Gespräch durch ihr feminines Wesen, durch ihre Bildung und die seltene Klarheit, mit der sie ihre Gedanken auszudrücken versteht.

Interview mit der ersten Ministerin

Lange vor der Aprilrevolution waren Frau Ratebzad und Babrak Karmal Abgeordnete der Demokratischen Volkspartei im Parlament und vertraten dort die Stadt Kabul. Im Jahre 1965 gründete Frau Ratebzad gemeinsam mit sechs Gleichgesinnten die erste Demokratische Frauenorganisation Afghanistans.

„Unter der damaligen noch halb gentilen Feudalordnung hatten die Frauen keinerlei Rechte“, sagt sie. „Sie wurden von den Vätern, Männern, Brüdern und sogar von den eigenen Söhnen ausgebeutet. Ein Junge in der Familie galt als Herr seiner Mutter und seiner Schwestern. Deshalb fühlte sich die Afghanin nicht als Persönlichkeit. Wir mußten also zu allererst erreichen, daß die Frage der Frauenrechte als wichtig anerkannt wird.“

Frau Ratebzad ist selbst ein glänzendes Beispiel dafür, welche unbegrenzte Möglichkeiten die nationale Befreiungsrevolution den Frauen geboten hat. Als Mitglied des Politbüros des ZK der DVPA, des Revolutionsrats und der Volksregierung ist sie für eine der wichtigsten und dringlichsten Aufgaben der Revolution zuständig: für die Alphabetisierung, dafür, daß Kinder und Erwachsene bis zu ehrbaren Greisen auf der Schulbank Platz nehmen.

Das ist mit zahllosen Schwierigkeiten verbunden. Unter Dauds Regime waren 98% der Frauen und 90% der Männer Analphabeten. Nur 12–15% der Kinder im Schulalter, größtenteils solche aus wohlhabenden Familien, gingen zur Schule. Die Eltern der übrigen hatten kein Geld dafür.

Mädchen durften überhaupt nicht lernen, das verboten die seit Jahrhunderten von den Feudalherren und der reaktionären Geistlichkeit gepflegten Vorurteile. Das Bildungsniveau war äußerst niedrig. Der gewöhnliche Lehrplan für acht Klassen nahm in den Schulen 15 und in den Lyzeen 20 Jahre in Anspruch. Ständig fehlte es an Lehrkräften, Klassenräumen und Schulensilien.

Diese Zustände trat die Aprilrevolution an. Unter Amin kamen sogar noch neue Schwierigkeiten hinzu.

„Statt zu überzeugen, betrieb Amin eine autoritäre Politik“, sagt Frau Ratebzad.

„Verfügungen verpflichteten die Leute, mit dem Lesen- und Schreibenlernen anzufangen, Gelegenheiten dafür waren aber kaum vorhanden. Das Regime schlug einen Weg ein, der den Religions-, Kultur- und Familientraditionen zuwiderlief. Unzufriedene oder gar Protestierende wurden des Landes verwiesen oder liquidiert. Dadurch nahm die Zahl der Lehrkräfte und Studenten noch mehr ab.“

Ein lernendes Land

Nach dem Beginn der zweiten Phase der Aprilrevolution nahmen die DVPA und die Regierung entschlossen Kurs darauf, die wichtigsten Probleme allmählich, je nach den Möglichkeiten zu lösen, wobei sie die Sitten und Bräuche des Volkes genau berücksichtigten.

An der Alphabetisierung beteiligen sich alle, die auch nur einige Bildung haben: Intellektuelle, Geistliche, Studenten und Oberklassenschüler. gearbeitet wird in der Armee, bei den Gewerkschaften, in den Frauen- und Jugendorganisationen. In wenigen Monaten bestimmte das Unterrichtsministerium neue Unterrichtsmethoden für Erwachsene und stellte die nötigen Lehrpläne auf. Spezielle

Lehrbehelfe sind in Massenaufgaben herausgegeben worden.

Dieses Jahr sollen an den überall entstehenden Alphabetisierungslehrgängen 500 000 Personen teilnehmen. Schon haben sich dafür 20 000 Lehrer freiwillig gemeldet. Der Lehrgang soll neun Monate dauern und nicht nur Schreiben und Lesen, sondern auch Rechnen umfassen.

„Um schneller vorwärtzukommen, machen wir uns mit den Methoden unserer Brüder und Kollegen in



Der erste Lehrerkongreß Afghanistans, dem die Spitzenpolitiker des Landes beigewohnt haben

Vietnam, Angola, Kuba und Äthiopien bekannt“, sagte man mir im Unterrichtsministerium.

Soweit die Erwachsenen. Und die Kinder? Zunächst einmal haben dank dem Gesetz über die allgemeine Schulpflicht bei kostenlosem Schulbesuch alle kleinen Afghanen, unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Glaubensbekenntnis, das Recht auf Bildung. Die Körperstrafen in den Schulen werden abgeschafft und verboten. Jedem Bürger der DRA ist das Recht garantiert, Bildung in seiner Muttersprache zu erwerben. Besonderes Gewicht wird auf den Schulbau gelegt, und die bestehenden Schulen werden besser dotiert.

Ich halte einen Stoß noch nach Druckerschwärze riechender Schulbücher in der Hand. Eine Bibel, Afghanisch, Mathematik, ein Lesebuch. Sie sind völlig anders als die früheren. Erstens sind sie farbig und gut gedruckt. Sie entsprechen außerdem dem neuen Gesetz über das Bildungswesen, laut dem die Schule mehr Wissen in kürzerer Zeit zu vermitteln hat. Wofür man früher vier Jahre brauchte, kann nach den neuen Büchern in zwei Jahren bewältigt werden, und das bei besserer Qualität des Unterrichts.

Das ist aber noch lange nicht die

einzige Neuerung. Früher wurde nur in zwei Sprachen — in Puschtu und Dari — unterrichtet. Jetzt außerdem usbekisch, turkmenisch und Beludschisch. Früher kamen die Eltern höchstens zur Abgangsfeier in die Schule. Jetzt werden überall Elternbeiräte gebildet. Früher sah der Lehrer seine Aufgabe nur darin, dem Schüler Kenntnisse in seinem Fach zu vermitteln. Jetzt muß er ihn auch erziehen, muß er ihn moralisch beeinflussen.

Das ist vorläufig erst der Idealfall. Es herrscht noch zu großer Mangel an Lehrern. Nur einer von je tausend Lehrern hat das Abitur gemacht (in Afghanistan macht man es nach 12 Schulklassen).

„Wir schicken junge Leute gleich nach dem sechsten Schuljahr unterrichten und hoffen, daß sie später in Fortbildungslehrgängen nachholen werden“, sagte man mir beim ZK der DVPA. „In den Lehrerberuf werden sie in zwei- bis vierwöchigen Seminaren eingeführt. Sowjetische Fachkräfte helfen uns viel, und vor allem haben sie viel Verständnis für unsere Bedürfnisse, denn in der Frühzeit Ihrer Revolution hatten Sie, wie wir wissen, ja auch solche Schwierigkeiten.“

Ja, die sowjetischen Erfahrungen sind unseren afghanischen Freunden gut zustatten gekommen. Vor allem brauchten sie danach nicht weit zu gehen. Seitdem die junge Sowjetrepublik vor 61 Jahren als erster Staat die im Kampf gegen die britischen Kolonialisten errungene Unabhängigkeit Afghanistans anerkannte, leistet sie dem befreundeten Nachbarland ganz verschiedene Hilfe, auch mit Fach-, darunter Lehrkräften. Diese haben an der Universität, der Polytechnischen Hochschule, dem Automechanischen Technikum in Kabul sowie am Bergbau- und am Erdöltechnikum in Mazar-i-Scharif unterrichtet und tun es noch. Die sowjetischen Fachkräfte haben ihr Wissen und Können afghanischen Baufachleuten, Architekten, Agronomen, Ingenieuren und Ärzten vermittelt. Sowjetische Wissenschaftler haben an den neuen Lehrplänen und sowjetische Polygraphen an den neuen Schulbüchern mitgearbeitet.

„Jagd auf Lehrer“

Im afghanischen Bildungswesen ist die erste Saat üppig aufgegangen. „Trotz der Schwierigkeiten hat sich die Zahl der Schüler an unseren Schulen im Vergleich zu den Jahren vor der Revolution verdoppelt“, sagte Babrak Karmal bei stürmischem Beifall der Teilnehmer am ersten Lehrerkongreß Afghanistans. Dieser tagte Ende Mai in Kabul und war

für das Land ein großes kulturelles Ereignis. Außer den 400 Teilnehmern waren zahlreiche Gäste aus dem Ausland anwesend.

Vor dem Übergang zu der umfangreichen Tagesordnung gedachten die Anwesenden durch eine Minute des Schweigens der vielen Lehrer und Dozenten, die den vom Ausland her befehligten imperialistischen Söldnern und Konterrevolutionären zum Opfer gefallen sind. Die Banditen, die die westliche Presse „Freiheitskämpfer“ titulierte, richten ihre heftigsten Angriffe nicht von ungefähr gegen Schulen und Lehrer. Die Unwissenheit ist ihre Verbündete, und Kenntnisse sind ihr schlimmster Feind. Ein Mensch mit Kenntnissen kann nicht im finsternen Mittelalter festgehalten, er kann mit mystischen Beschwörungen nicht getäuscht und nicht so leicht auf Abwege gebracht werden.



Dank der Revolution können diese Kinder jetzt zur Schule gehen

Fotos des Verfassers

Vor mir liegt ein Auszug aus Meldungen über die Verbrechen, die die Söldner und gedungenen Mörder während meines Aufenthalts in Afghanistan verübten. Hier ist er:

1. April: Brandstiftung in einer Schule in Kunduz.

3. April: Überfall auf die Dorfschule in Sorkh Duzeh, Provinz Gilmed. 15 Personen wurden ermordet, darunter 2 Lehrer.

6. April: Überfall auf eine Schule in Eshterkeram. Eine Lehrerin und ein Student der Universität Kabul wurden ermordet.

21. Mai: An der Universität Kabul wurde im Hörsaal für exakte Wissenschaften eine Bombe gefunden. Am selben Tag wurde in Kabul in der Shahl-Shahid-Schule der Trinkwasserbrunnen vergiftet. Das Verbrechen wurde schnell entdeckt, so

daß nur drei Personen zu Schaden kamen. Sie wurden im Krankenhaus eingeliefert.

23. Mai: In der Provinz Parwan wurden der Schullehrer Bege Alam und sein alter Vater ermordet.

3. Juni: In Paghman warfen Banditen Handgranaten in die Kahriak-Schule.

9. Juni: In der Bieh-Mahru- und der Sourayi-Schule in Kabul wurde das Trinkwasser vergiftet. 60 Personen in Mitleidenschaft gezogen.

11. Juni: In den Kabuler Lyzeen Sourayi Amani und Gouhari sowie in einer technischen Fachschule wandten Terroristen Giftstoffe an. Über 500 Kinder wurden in Krankenhäusern eingeliefert.

25. Juni: Banditen überfielen die Bergdörfer Zargunshahr und Kutubhel. Sie verboten den Einwohnern unter Todesandrohung, die Regierung weiter zu unterstützen, und forderten, daß die Schulen nicht eröffnet werden.

Welch haarsträubende Barbarei! Und sie wird von der „freien Welt“ gutgeheißen! „Die afghanischen Aufständischen machen Jagd auf Dorfschullehrer“, berichtet die US-Presse. Es gab eine „Hexenjagd“, eine „Jagd auf die Roten“, „die Schwarzen“. Jetzt gibt es eine „Jagd auf Lehrer“. Einer dieser Mordbuben soll gesagt haben: „Wir haben unter den Ungläubigen aufgeräumt und werden es weiter tun.“

Voriges Jahr allein wurden in Afghanistan 1100 Schulhäuser eingeschert bzw. zerstört, viele Lehrer ermordet und Kinder umgebracht.

Die Krankenschwester Bibi Mata aus einem provinziellen Krankenhaus erzählte:

„Eines Abends, als mein Dienst zu Ende ging, wurde ich gebeten, einen neueingelieferten Patienten zu versorgen. Er sah entsetzlich aus. Ich wollte ihm eine Spritze geben, fand aber am ganzen Körper keine heile Stelle. Als er die Spritze sah, wand er sich und wollte mich nicht heranzulassen. Ich saß die ganze Nacht bei ihm, bot ihm zu Essen und zu Trinken an, er wollte aber nichts nehmen. Ich weinte über meine eigene Ohnmacht. Gegen Morgen starb er. Von den Verwandten erfuhr ich, daß

er Lehrer war und Banditen in die Hände fiel."

„Diese Obskuranten würden am liebsten uns alle umbringen“, sagte ein Delegierter auf dem Lehrerkongress, Abdou Rassul aus der Provinz Pahtiya. Das stimmt wahrscheinlich.

Westliche Massenmedien haben ja vor kurzem beharrlich das aus den Fingern gesogene Gerücht verbreitet, daß „Rebellen“ die erste afghanische Lehrerin, die Unterrichtsministerin Anahita Ratebzad, ermordet hätten.

Eine orientalische Volksweisheit lautet: Willst du nur ein Jahr leben, pflanze Reis. Willst du zehn Jahre leben, pflanze einen Garten. Willst du aber ein ganzes Leben in Frieden, Wohlergehen und Glück zubringen, dann ziehe möglichst viele Kinder groß. Frieden, Wohlergehen und Glück des Volkes sind die Ideale der afghanischen Revolution. Sie will ihre Kinder zu gebildeten Menschen, zu bewußten Kämpfern für eine bessere Zukunft großziehen. Tausend von den Banden zerstörte oder eingäscherte Schulen bestehen wieder. Das ist in freiwilligen Arbeitseinsätzen geleistet worden. Auch neue Schulen entstehen. Dafür spart die Regierung nicht mit Mitteln. Aber alles auf einmal geht nicht. Deshalb wird in manchen Dörfern abgelegener Provinzen unter freiem Himmel Unterricht gehalten. Für den Lehrer sind Stuhl und Tisch da, die Kinder aber sitzen rings um ihn auf der Erde.

Im vergangenen Frühjahr trafen die Gäste des Hotels Kabul in der Hauptstadt, auch der Schreiber dieser Zeilen, am Eingang immer einen barfüßigen kleinen Zigarettenhändler. Etwa zehn Jahre alt, mit blitzenden Augen, saß er da und wartete auf Kundschaft. In einigen Wochen hatten wir uns an ihn gewöhnt und kauften ihm möglichst etwas ab. Eines Tages war er weg. Ob ihm etwas passiert war? Nach einigen Tagen traf ihn jemand in der Stadt, ohne seinen Bauchladen, mit einer Schultasche.

Wie erfreulich! Dafür ist die Revolution gemacht worden. Und deswegen sind die Fenster im Amtszimmer der afghanischen Unterrichtsministerin abends lange hell.

Kabul—Moskau

IN DER SPRACHE DIPLOMATISCHER DOKUMENTE

„Nach Archiven“ — diesen Vermerk tragen die meisten der Dokumente, die in vom Außenministerium der UdSSR herausgegebenen Sammelbänden zu finden sind*. Blättert man darin, so liest man buchstäblich in den Annalen der Geschichte und bekommt ein Bild von dem subtilen, komplizierten und bis unlängst zum großen Teil nur vage bekannten Mechanismus der diplomatischen Beziehungen zwischen den Partnern der Antihitlerkoalition.

Im Krieg führte unser Land nicht

Ziel, den Krieg möglichst zu verkürzen und den Tag des Sieges näherzubringen. Zugleich legte die UdSSR großes Gewicht auf Fragen wie die Nachkriegsregelung, auf die Gebietsprobleme und die Gründung der UNO. Die veröffentlichten Dokumente beweisen unumstößlich, daß sie auch bei den schweren Heimsuchungen im Krieg unverändert ihre Friedenspolitik betrieb. Die Ziele, die sie sich damit steckte, hätte sie natürlich nicht erreichen können, ohne die damalige Hauptaufgabe gelöst, nämlich den Nazismus

СОВЕТСКИЙ СОЮЗ
НА МЕЖДУНАРОДНЫХ
КОНФЕРЕНЦИЯХ
ПЕРИОДА ВЕЛИКОЙ
ОТЕЧЕСТВЕННОЙ
ВОЙНЫ
1941-1945 гг.

МОСКОВСКАЯ
КОНФЕРЕНЦИЯ
МИНИСТРОВ
ИНОСТРАННЫХ ДЕЛ
СССР, США
И ВЕЛИКОБРИТАНИИ

19-30 октября 1943 г.

СОВЕТСКИЙ СОЮЗ
НА МЕЖДУНАРОДНЫХ
КОНФЕРЕНЦИЯХ
ПЕРИОДА ВЕЛИКОЙ
ОТЕЧЕСТВЕННОЙ
ВОЙНЫ
1941-1945 гг.

ТЕГЕРАНСКАЯ
КОНФЕРЕНЦИЯ
РУКОВОДИТЕЛЕЙ
ТРЕХ СООЗНЫХ
ДЕРЖАВ -
СССР, США
И ВЕЛИКОБРИТАНИИ

28 ноября - 1 декабря 1943 г.

СОВЕТСКИЙ СОЮЗ
НА МЕЖДУНАРОДНЫХ
КОНФЕРЕНЦИЯХ
ПЕРИОДА ВЕЛИКОЙ
ОТЕЧЕСТВЕННОЙ
ВОЙНЫ
1941-1945 гг.

КОНФЕРЕНЦИЯ
ПРЕДСТАВИТЕЛЕЙ
СССР, США
И ВЕЛИКОБРИТАНИИ
В ДУМБАРТОН -
ОКСЕ

21 августа - 28 сентября 1944 г.

СОВЕТСКИЙ СОЮЗ
НА МЕЖДУНАРОДНЫХ
КОНФЕРЕНЦИЯХ
ПЕРИОДА ВЕЛИКОЙ
ОТЕЧЕСТВЕННОЙ
ВОЙНЫ
1941-1945 гг.

КРЫМСКАЯ
КОНФЕРЕНЦИЯ
РУКОВОДИТЕЛЕЙ
ТРЕХ СООЗНЫХ
ДЕРЖАВ -
СССР, США
И ВЕЛИКОБРИТАНИИ

4-11 февраля 1945 г.

nur einen titanischen Kampf gegen einen starken und tückischen Feind, sondern mußte auch den unsichtbaren Kampf an der diplomatischen Front führen. Es setzte enorme Mühe daran, die antifaschistische Koalition zu konsolidieren, die westlichen Alliierten zu aktivem Vorgehen zu veranlassen und die damaligen Differenzen mit ihnen beizulegen, alles zu dem höchstwichtigen

vernichtend geschlagen zu haben. Ein Markstein auf dem Weg dazu war die Außenministerkonferenz der drei alliierten Mächte von 1943.

Erstmals nahmen die Vertreter der UdSSR, der USA und Großbritannien am Verhandlungstisch Platz. Das als Moskauer Konferenz bekannte Treffen zeigte, daß trotz unterschiedlicher Einstellungen zu vorhandenen Problemen und trotz der aus dem Klassenwesen der beteiligten Staaten resultierenden Differenzen bei gutem Willen allerseits annehmbare Lösungen gefunden werden können. Zugleich muß aber gesagt werden, daß die diplomatische „Flexibilität“ der westlichen Alliierten auf die eindrucksvollen Siege der Sowjetarmee an der Front zurückzuführen war. Der amerikanische Historiker Robert Sherwood schreibt: „Der gigantische russische Sieg in Stalingrad gab dem Krieg und der absehbaren Zukunft ein ganz anderes Aussehen. Durch eine einzige Schlacht — die in ihrer Dauer und ihren furchtbaren Verlusten allein schon einem großen Krieg gleichkam — hat Rußland Weltmachtstellung eingenommen. ...

* „Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 bis 1945“, Bd. 1: Die Moskauer Außenministerkonferenz der UdSSR, der USA und Großbritanniens (19.—30. Oktober 1943), Moskau 1978. Bd. 2. Die Teheraner Gipfelkonferenz der drei alliierten Mächte UdSSR, USA und Großbritannien (28. November—1. Dezember 1943), Moskau 1978. Bd. 3. Die Konferenz von Vertretern der UdSSR, der USA und Großbritanniens in Dumbarton Oaks (21. August—28. September 1944), Moskau 1978. Bd. 4. Die Krimkonferenz der Spitzenpolitiker der drei alliierten Mächte UdSSR, USA und Großbritannien (4.—11. Februar 1945), Moskau 1979, Politisdat, (russ.).

Roosevelt erkannte, daß er nunmehr über die Feldzüge von 1943 hinaus die Dinge in der Nachkriegswelt ins Auge fassen mußte."

Vor der Konferenz war die Schlacht am Kursker Bogen abgeklungen, die für eine radikale Wende im Krieg entscheidend war. Die weitsichtigsten Politiker im Westen waren sich darüber klar, daß die UdSSR nicht nur Hitlers Wehrmacht standhalten konnte, sondern auch zum entscheidenden Sieg über Hitlerdeutschland fähig war. Für Washington und London wurde es immer gefährlicher, die UdSSR auch weiter die Hauptlasten des Kampfes gegen den Aggressor tragen zu lassen — man meinte dort, angesichts der sowjetischen Siege könnten die westlichen Alliierten bei den kommenden Verhandlungen geschwächt dastehen.

So war es denn möglich, über einen weiten Kreis politischer und militärischer Fragen, die die Koordinierung des Vorgehens der Koalitionspartner betrafen, konstruktiv zu debattieren. Im britisch-sowjetisch-amerikanischen Kommuniké heißt es: „In manchen dieser Fragen mußten endgültige Entscheidungen getroffen werden, was auch geschehen ist. Zu anderen wurden nach der Debatte die wichtigsten Prinzipien beschlossen, während sie detailliert auf diplomatischem Wege oder in eigens dafür gebildeten Kommissionen bearbeitet worden sind. Zu noch anderen war nur ein Meinungs austausch erforderlich.“ Über die Ergebnisse des Dreiertreffens schrieb damals die „Prawda“, es habe gezeigt, daß sich das britisch-sowjetisch-amerikanische Kampfbündnis noch mehr gefestigt hat, dieses Bündnis, das darauf ausgerichtet sei, Hitlerdeutschland und seine Verbündeten in Europa möglichst bald zu schlagen und nach dem Sieg einen festen und langwährenden Frieden sowie allgemeine Sicherheit zu gewährleisten.

Man muß es der Konferenz auch zugute halten, daß sie die Voraussetzungen für das erste Gipfeltreffen der UdSSR, der USA und Großbritanniens schuf, das einen knappen Monat später in Teheran stattfand.

In welcher Stimmung die westlichen Alliierten hinführen, das kann man ungefähr aus dem bekannt gewordenen Satz Roosevelts schließen: „Übrigens, wie die Dinge in Rußland jetzt stehen, wird eine zweite Front im nächsten Frühjahr vielleicht nicht mehr nötig sein.“ Noch besorgter als Washington war London wegen der erfolgreichen Kampfhandlungen an der sowjetisch-deutschen Front. In seinem Buch „Der zweite Weltkrieg“ schrieb Churchill: „Die Ehre für fast alle Siege auf dem Festland gebührt den Russen.“ Er konnte nicht verhehlen, wie beunruhigt er darüber war, daß die UdSSR „diplomatisch der Herr der Welt“ werden könnte.

Der sowjetischen Delegation ging es bei diesem Treffen vor allem

darum, von den Alliierten offizielle und konkrete Verpflichtungen hinsichtlich der zweiten Front zu bekommen. Der sowjetische Delegationschef erklärte, am besten wäre ein in Nord- oder Nordwestfrankreich geführter Schlag gegen den Feind. Schon in der ersten Sitzung der Regierungschefs sagte Stalin: „Gewiß, das ist eine schwierige Operation, und die Deutschen werden sich in Frankreich heftig zur Wehr setzen, und doch ist es die beste Lösung“, und er betonte: „Deutschlands wundester Punkt ist Frankreich.“

Churchill tat aber alles, um die Operation „Overlord“ — die Truppenlandung in Frankreich — hinauszuzögern. Statt ihrer schlug er vor, britisch-amerikanische Streitkräfte an zweitrangigen Fronten zu aktivieren bzw. einzusetzen, namentlich in Italien, auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeerraum. Keinem der Anwesenden entging dieser Versuch, sich vor der Erfüllung der Alliiertenpflicht zu drücken und sich politische Vorteile zu verschaffen. Während der Konferenz stellte Roosevelt fest: „Jedes Mal, wenn der Premierminister auf unserer Invasion via Balkan bestand, war jedem Anwesenden völlig klar, was er wirklich meinte. Er wollte vor allem einen Keil in Mitteleuropa treiben, um die Rote Armee nicht nach Österreich und Rumänien und womöglich auch nicht nach Ungarn zu lassen. Das wußte Stalin, das wußte ich, das wußten alle.“

Während Roosevelt aber privat genaueres Verständnis für das Vorgehen Churchills zeigte (wovon die Welt erst viel später aus einem Buch seines Sohnes, Elliot Roosevelts, erfuhr), trat er bei den offiziellen Zusammenkünften nicht sehr

bestimmt auf, obwohl er geneigt war, die Notwendigkeit des Unternehmens „Overlord“ zuzugestehen. Kurz: Der Termin für die zweite Front stand in Frage. In dieser kritischen Situation nahm die sowjetische Delegation eine entschlossene Haltung ein. Ihr Chef erklärte am 29. November: „Wir Russen haben für den Aufenthalt in Teheran eine begrenzte Frist. Am 1. Dezember können wir hier sein, am 2. aber müssen wir abreisen... Die Russen wollen wissen, wann das Unternehmen „Overlord“ anläuft, um ihren Schlag gegen die Deutschen vorzubereiten... Wenn mir eine unvorsichtige Frage gestattet ist, möchte ich wissen, ob die Engländer an das Unternehmen „Overlord“ glauben, oder ob sie nur davon reden, um die Russen zu besänftigen.“

Der erfolgreiche Ausgang der Konferenz war gefährdet. Das konnten die westlichen Alliierten aus vielen Gründen nicht riskieren und mußten schließlich Entgegenkommen zeigen. Aus den in einem Sammelband veröffentlichten militärischen Konferenzbeschlüssen erfährt der Leser, daß die Operation „Overlord“ für Mai 1944, gleichzeitig mit einer Operation in Südfrankreich, angesetzt wurde und daß die sowjetischen Truppen ungefähr zu gleicher Zeit zur Offensive übergehen würden, damit keine deutschen Truppen von der Ostnach der Westfront verlegt werden könnten.

Schon in Moskau und später in Teheran, als der Sieg nahe war, wurden im Interesse des Nachkriegsfriedens Pläne zur Gründung einer internationalen Sicherheitsorganisation erörtert. Eingehend beschäftigten sich damit die Vertreter der drei Mächte 1944 auf der Konferenz in Dumbarton Oaks

BIOGRAPHISCHES



Geboren am 12. November 1922 in Lima in einer reichen Aristokratenfamilie. Studium der Wirtschaftswissenschaft in Peru und im Ausland. Lange Zeit in den USA tätig. Einige Jahre Präsident der mit der Rockefeller-Grup-

VORSITZENDER DES MINISTERRATES
DER REPUBLIK PERU

MANUEL ULLOA ELÍAS

pe verbundenen Deltac Banking Corp.

Anfang der 60er Jahre schloß sich M. Ulloa Elías der Partei von Belaúnde Terry, Acción Popular, an und brachte für sie im Wahlkampf 1963 große Summen auf. In der ersten Regierung Belaúnde Terrys (1963—1968) Finanzminister.

Nach dem Umsturz der Militärs (1968) wurde M. Ulloa Elías des Landes verwiesen und lebte bis 1977 in den USA, Spanien und Argentinien. Nach seiner Rückkehr übernahm er die Leitung des Luftfahrtgesellschafts Faucett

und der Lateinamerikafiliale von Reuter.

M. Ulloa Elías hat das Programm der Acción Popular verfaßt. Er spricht sich für die Verstärkung der Verbindungen mit den USA bei ausgeglichener Entwicklung der Beziehungen zu allen Ländern aus, darunter zu den sozialistischen Staaten, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet.

Am 28. Juli wurde M. Ulloa Elías zum Vorsitzenden des Ministerrates der Republik Peru ernannt. Zugleich wurde er Finanz- und Handelsminister.

(USA). Wie der sowjetische Chefdelegierte, Andrej Gromyko, bei ihrer Eröffnung erklärte, sei es zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit nicht genug, nur den Wunsch zu haben, den Aggressor an die Kandare zu nehmen und Gewalt gegen ihn anzuwenden, falls die Umstände das erforderlich machen sollten. Um Frieden und Sicherheit zu gewährleisten, müsse man unbedingt Ressourcen haben, mit denen man eine Aggression vereiteln oder im Keim ersticken und die internationale Ordnung aufrechterhalten könnte. Gromyko erklärte: „Die Einheit der Verbündeten, die sie im Kampf gegen den gemeinsamen Feind gezeigt haben, und ihr Bestreben, den Frieden in Zukunft aufrechtzuerhalten, sind die Garantie für positive Resultate dieser vorführenden Verhandlungen. Sie sind der erste Schritt zur Aufführung eines Gebäudes, an dessen Entstehen alle freiheitsliebenden Völker der Welt interessiert sind, damit eine wirksame Weltorganisation für die Wahrung des Friedens und der Sicherheit geschaffen werden kann.“

Die Konferenz dauerte fünf Wochen und zeigte, wie die veröffentlichten Dokumente bestätigen, wieder die unterschiedliche Einstellung der Mitglieder der Antihitlerkoalition zur Lösung der aktuellen Kardinalfragen. Vor allem aber konnten dank der Konsequenz der sowjetischen Diplomaten beiden Seiten akzeptable Lösungen gefunden werden. Die „Vorschläge zur Gründung einer universalen Welt-sicherheitsorganisation“ legten das Fundament für die UNO-Charta und wirkten sich merklich auf die Nachkriegsregelung aus.

Historische Bedeutung hatte die Konferenz auf der Krim (in Jalta) vom Februar 1945. Sie war das zweite Gipfeltreffen der drei alliierten Mächte im Laufe des Krieges. Die sowjetischen Diplomaten setzten dort ihr konsequentes Bemühen um wirkliche, garantierte Sicherheit sowohl unseres Landes als auch der übrigen Welt sowie um eine engere Zusammenarbeit der UdSSR, der USA und Großbritanniens fort. Die Beschlüsse von Jalta sollten die Beendigung des Krieges beschleunigen. Sie waren in vieler Hinsicht bestimmend für die Prozesse, die zu einer gerechten, demokratischen Friedensordnung in der Nachkriegswelt führen.

Auf der Konferenz zeigte die sowjetische Delegation aufrichtige Sorge für die Zukunft der Menschheit, auch für die des deutschen Volkes. Trotz der enormen Verluste unseres Volkes an Menschenleben und Material im Kampf gegen den Faschismus machte es sich die UdSSR, wie auch im Referat zum 25. Jahrestag der Oktoberrevolution im November 1942 hervorgehoben wurde, „nicht zur Aufgabe, Deutschland zu vernichten“. Als Churchill in der ersten Sitzung in Jalta eine Debatte über die Zukunft Deutschlands beantragte und hinzufügte: „falls es eine Zukunft haben wird“, sagte Stalin kategorisch: „Deutschland wird eine Zukunft haben.“

In Jalta vereinbarten die Mächte ihre Pläne zur möglichst baldigen Niederwerfung des Faschismus. Sie legten ihre Einstellung zu Deutschland nach seiner bedingungslosen Kapitulation fest, steckten die Perspektiven der allgemeinen Politik hinsichtlich der Nachkriegsorganisation der Welt ab und beschlossen, die UNO zu gründen. Die abschließenden Dokumente der Konferenz widerspiegelten die Realpolitik der Partner der Antihitlerkoalition. „Nur bei fortdauernder und zunehmender Zusammenarbeit und Verständigung unserer drei Länder und aller friedliebenden Völker kann sich das höchste Streben der Menschheit erfüllen: das Streben nach einem festen und langanhaltenden Frieden“, heißt es in den Schlußdokumenten.

Die gesammelten Dokumente über die Zusammenkünfte von Vertretern der UdSSR, der USA und Großbritanniens im Krieg bestätigen, daß Staaten verschiedener Gesellschaftsordnung bei guten Willen und Verantwortungsbewußtsein beiderseits annehmbare Lösungen erzielen können. Leonid Breshnew schrieb: „Die Erfahrungen der Kriegsjahre haben gezeigt, daß die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme kein Hindernis für die Vereinigung der Bemühungen im Kampf gegen die Aggression, für Frieden und internationale Sicherheit sind. In den Jahren des Krieges haben wir zusammengearbeitet, und zwar nicht schlecht, um den Krieg schneller zu beenden. Jetzt lösen wir eine andere, nicht minder wichtige und wohl noch kompliziertere Aufgabe: die Zusammenarbeit anzubahnen, um eine neue Weltkatastrophe zu verhindern.“

W. SHITOMIRSKI

„Kommen Sie auf den Callao-Platz“, antwortete die Stimme am Telefon auf meine Bitte um eine Zusammenkunft mit dem spanischen Filmregisseur. Die Adresse war etwas unerwartet, aber ich fand mich pünktlich ein.

Auf dem Platz wogte ein Menschenmeer. In der Mitte eine improvisierte Rednertribüne, darauf ein Tisch, ein Hocker und zwei Menschen: die Schauspielerin Lola Gaos und Bardem. Er sprach über die damals — 1976 — bevorstehende Volksbefragung zu einem Gesetz über eine politische Reform und über die Pflicht der spanischen Intellektuellen in jenem für das Land so wichtigen Augenblick. Danach verteilte er Flugblätter. Lola Gaos half ihm dabei. Die Leute nahmen jeder gleich mehrere, versteckten sie sofort und gingen auseinander. Plötzlich bremste ein grauer LKW mit Polizisten auf dem Platz. Sie trieben die noch anwesenden Teilnehmer der Kundgebung auseinander, stießen zur Tribüne vor und wollten unverkennbar Bardem festnehmen. Der benutzte das Durcheinander, um zu verschwinden, und als er an mir vorbeiflitzte, sagte er: „In einer Stunde im Gijón!“

Im Gijón, einem kleinen, anheimelnden Café, kamen schon zu Francos Zeiten ebenso wie jetzt Journalisten, Maler, Schauspieler und Schriftsteller zusammen, darunter nicht wenige Kommunisten, Sozialisten und Angehörige anderer Linksparteien. Nicht umsonst ist es den Ultrareaktionären verhaßt, und sie haben schon mehrmals versucht, das Lokal, das eine Art Klub ist, zu demolieren, und gegen den Inhaber wie gegen die Gäste haben sie Drohungen ausgestoßen. Vor einigen Jahren versuchten faschistoide Rüpel von den sogenannten Kriegern Christi (Cristo Rey) sogar einen Überfall, stießen aber auf Widerstand und mußten abziehen.

Als ich kam, war Bardem schon da. Er saß an einem Tischchen ganz in einer Ecke. Mit einer Kopfbewegung gab er mir zu verstehen, daß ich kommen soll, und sagte statt eines Grußes: „Hier haben wir's ruhiger. Jetzt können wir uns unterhalten.“ Lebhaft gestikulierend erzählte er von den jüngsten Vorgängen im Lande, von den Massenstreiks und den Vorbereitungen zum Referendum. Zum Schluß fügte er mit sichtlichem Stolz hinzu, daß in dem schwierigen und vielfach widerspruchsvollen Kampf des Volkes für ein neues Spanien die Intellektuellen nicht die letzte Rolle spielen. Viele fortschrittlich denkende Schriftstel-

JUAN ANTONIO BARDEMS KREDO

Anatoli MEDWEDENKO

ler, Journalisten, Musiker, Film- und Bühnenleute hätten sich nach Kräften und Möglichkeiten in den Kampf eingeschaltet. „Das ist auch nur natürlich, wir dürfen und können uns die Probleme des Landes, die die Spanier sehr beschäftigen, nicht vom Leibe halten.“

Ich erwähne die damalige Zusammenkunft absichtlich so ausführlich. Sie war recht charakteristisch für Bardem, den Regisseur, den Kommunisten und den Spanier. Mit den letzten Worten wollte er keineswegs posieren. Sie geben seine aktive Einstellung wieder, die auch in den Filmen dieses namhaften Repräsentanten der modernen spanischen Filmkunst zum Ausdruck kommt.

„Meine moralische Pflicht“

Nach Franco wurden in Spanien Filme herausgebracht, die den Sinn der Wandlungen im Land zum Thema hatten und wahrheitsgetreu die schrecklichen Jahrzehnte der Franco-Diktatur oder den Bürgerkrieg schilderten. Der erste war Bardems „Wochenende“. Er drehte ihn Ende 1976, schon ein Jahr nach Francos Tode.

Er sagt, er habe einen Menschen schildern wollen, der sozial aktiv wird. Er zeigt das politische Erwachen eines jungen Arbeiters. Dieser steht der Politik fern und will mit ihr „nichts zu tun haben“, erkennt aber allmählich, wie wichtig die Wandlungen im Lande sind. Schließlich kommt er auf den Gedanken, daß man bei den turbulenten Ereignissen kein unbeteiligter Beobachter sein darf, sondern sich aktiv daran beteiligen muß. Als erster spanischer Künstler beobachtete Bardem sehr genau die Veränderungen im Bewußtsein des Volkes und führte überzeugend vor Augen, wie Millionen in den Kampf für das neue Spanien einbezogen werden. Der Film lief mit großem Erfolg in Spanien selbst und in anderen Ländern. Die verdiente Auszeichnung für den Hersteller war Gold bei den 10. Moskauer Internationalen Filmfestspielen.

Das „Wochenende“ setzte eine politische Linie fort, die schon in früheren Filmen Bardems erkennbar war, nur mit dem Unterschied, daß dieser Film das Kredo des Regisseurs rückhaltlos ausdrückt. Eigentlich konnte es auch nicht anders sein,

die früheren entstanden ja unter der rigorosen franquistischen Zensur, als die spanische Filmproduktion, um mit Bardem zu sprechen, samt und sonders politisch zahnlos, sozial heuchlerisch, geistig schwach, ästhetisch nichtig und wirtschaftlich lendenlahm war.

Zwei Jahre später erschien Bardems nächster Film, „Sieben Tage im Januar“, in denen sein publizistischer Stil besonders ausgeprägt ist. Die Handlung beruht auf Geschehnissen, die sich in Madrid im Januar 1977 zutrugen, als die Demokratisierung ernstlich in Gefahr geriet. Die sowjetische Presse (auch

die „Neue Zeit“) schrieb viel über den Film, ihm wurde bei den XI. Moskauer Filmfestspielen (1979) der Grand Prix zuerkannt. Es erübrigt sich also wohl, den Inhalt noch einmal ausführlich nachzuerzählen. Ich möchte nur hervorheben, daß Bardem als erster den verbissenen Widerstand geschildert hat, den die Franquisten den sozialen und politischen Wandlungen leisteten (und noch jetzt leisten). Hierbei bemüht sich der Regisseur, das Wesen des Faschismus bloßzulegen, denn es ist überall gleich, ob in Spanien oder Chile. Bardem untersucht den Boden, auf dem der Faschismus gedeiht, er spürt seine Urquellen auf. Die „Sieben Tage im Januar“ sind am allerwenigsten ein Film über bestimmte Vorgänge in einem bestimmten Land. Sie sind einer antifaschistischen Streitschrift gleichzusetzen. Wertvoll daran ist, daß die Kraft prägnant gezeigt wird, die sich dem Faschismus entgegenstellt: die Arbeiterklasse.

„Diesen Film zu drehen, war meine moralische Pflicht“, sagte Bardem einmal, als wir beisammen waren.

Der erste Auftrag

„Ich kann ohne Übertreibung sagen, daß ich im Leben Glück gehabt habe“, sagte Bardem. „Sag selbst! Alle meine Angehörigen — Großmutter, Großvater, Tanten, Onkel, Kusins und meine Eltern —, alle waren Schauspieler. Ich bin bei ständigen Diskussionen über die Aufgabe der Kunst aufgewachsen, darüber, wie sie dem Durchschnittsspanier helfen soll, sich in der Wirklichkeit zurechtzufinden und sie zu verändern. Ich erinnere mich, wie mein Großvater den glühenden Wunsch äußerte, im Theater des Städtchens,



in dem er damals wohnte, Lope de Vegas „Fuenteovejuna“, das demokratischste spanische Bühnenstück, zu inszenieren und selbst die Hauptrolle zu spielen. Leider ging sein Wunsch nicht in Erfüllung.

Diese Atmosphäre hat in gewissem Grade dazu beigetragen, daß ich früher Kommunist als Filmregisseur geworden bin. Sogar noch früher, als ich der Partei beitrug. Schon im Bürgerkrieg bewunderte ich die Leute, die für andere Entbehrungen litten und ihr Leben aufs Spiel setzten. Ich bin meinem Vater noch jetzt dafür dankbar, daß er mich am 14. April 1931, an dem Tag, als die Republik ausgerufen wurde — ich war da-

mals neun —, zur Puerta del Sol mitnahm, wo ich zum erstenmal ein Volksfest und jubelnde Spanier sah. Die Erinnerung an den Tag kann ich nur mit meinen Eindrücken von einem Fest in einem Madrider Vorort, in Torrelodones, vom 13. Juni 1977 vergleichen. Du erinnerst dich vielleicht: Unsere KP hielt dort eine Wahlkundgebung mit ungefähr 100 000 Teilnehmern ab. Darüber habe ich übrigens einen Film gemacht.“

Dem kann ich hinzufügen, daß er schon in seiner Jugend von der Revolution in Rußland hörte, den Namen Lenin kannte und Werke von Marx und Engels las. Das alles hat viel dazu beigetragen, wie er sich seine Weltanschauung bildete. Anfang 1939 bekam er das Mitgliedsbuch der Vereinigten Sozialistischen Jugend Kataloniens.

Im Frühjahr 1939 ergriff Franco die Macht und errichtete seine Terror-diktatur. Alle fortschrittlichen Organisationen wurden verboten. Am grausamsten wurden die Kommunisten verfolgt, sie mußten in die Illegalität gehen. Aber gerade in jenen Jahren versuchten Bardem und seine Kameraden, Verbindung mit der KP aufzunehmen und ihr beizutreten. „Du verstehst, das war nicht leicht“, sagt er. „Stell dir die damalige Situation vor. Schon auf die bloße Erwähnung der KP stand Haft und auf den Kontakt mit ihr die Todesstrafe. Trotzdem verbreiteten wir Jungkommunisten Propagandaschriften und suchten nach Wegen zur KP. 1943 schafften wir es, und seit damals nenne ich mich ein Mitglied der KP Spaniens. Meinen ersten Parteauftrag werde ich nie vergessen. Damals erklärten sich die Franquisten bereit, politische Häftlinge aus dem KZ zu entlassen, für die jemand die Bürgschaft übernähme. Die Genossen baten mich, das für einen Kommunisten zu tun. Ich ging ins Polizeikommissariat. Unterwegs wiederholte ich mir andauernd, was sie mir über den Unbekannten und seine Familie gesagt hatten. Diesen ersten Auftrag erfüllte ich tadello, und ich bin noch jetzt stolz darauf, daß ich einem Kommunisten

helfen konnte. Später bekam ich noch Aufträge, aber den ersten werde ich mein Lebtag nicht vergessen.“

Das liegt 40 Jahre zurück. In diesen Jahren geschah mancherlei. Bardem wurde mehrmals eingesperrt und gefoltert, er durfte nicht arbeiten. Aber nie hat er an der Richtigkeit seines Entschlusses gezweifelt, nie seine Wahl bereut.

Die Filmkunst dem Volke

Als halbes Kind schon begeisterte er sich für den Film. Er konnte stundenlang im Kino bleiben und immer wieder denselben Film sehen. Sein Vater wollte, daß er einen in der bürgerlichen Gesellschaft angesehenen Beruf als den des Schauspielers ergreift, sagen wir, daß er Agronom wird. Gehorsam wurde er Agronomieingenieur und übte den Beruf sogar eine Zeitlang aus. Der Film aber war stärker. Einmal bekam er ein Buch von dem sowjetischen Regisseur Pudowkin in die Hand. Er las es in einem Zuge aus. Stark beeindruckt, faßte er den Entschluß, Regisseur zu werden. Wieso Regisseur?

„Ich hatte nie Lust gehabt zu spielen“, sagt er. „Ich wollte ganze Stücke machen, in denen ich alles sagen könnte, was ich denke, und in denen ich die Welt so zeigen könnte, wie ich sie sehe oder sehen möchte. Pudowkin veranlaßte mich, den entscheidenden Schritt zu tun.“

Er sammelte Leute um sich, die für das Kino genau so begeistert waren wie er selbst. Gemeinsam brachten sie das notwendige Geld auf, und 1951 kam Bardems erster Film, „Ein glückliches Paar“, heraus. Spanien hatte einen vorzüglichen Regisseur gewonnen.

Im Laufe von 29 Jahren machte er 19 Filme, darunter außer den genannten „Die geheimnisvolle Insel“, „Der Tod des Radfahrers“, „Der Unschuldige“, „Die Hauptstraße“ u. a. Einige wurden in Cannes, Venedig und Berlin ausgezeichnet.

„Ich arbeite sehr intensiv“, sagte er mir. „Ich kann ohne weiteres

einen Film im Jahr fertigbringen. Ich meine ganz, von Anfang bis zum Ende: mir das Drehbuch zurechtlegen, es schreiben, die Besetzung auswählen, die Aufnahmen machen usw. Manchmal sind die Umstände aber nicht so, wie man möchte. Ich lebe ja in einem kapitalistischen Land, wo der Regisseur, zum Unterschied von der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern, davon abhängig ist, ob er einen Mäzen findet, der seinen Film zu finanzieren bereit ist. Es dauert lange, einen solchen zu finden. Den Producer muß man davon überzeugen, daß er an dem Film verdienen wird. Das Argument, daß ein Film sozial wertvoll ist, macht auf solche Leute gewöhnlich keinen Eindruck. Meine Filme sagen nicht allen Producern zu, das macht mir noch mehr Schwierigkeiten.“

So geht es übrigens allen ehrlichen Filmleuten. Viele Producer und einflußreiche Persönlichkeiten, von denen das Schicksal eines Films abhängt, geben Filmen den Vorzug, die unterhalten, die Gewalt verherrlichen, sexy sind oder zu einer apolitischen Einstellung erziehen. Von diesen Gesichtspunkten gehen auch diejenigen aus, die ausländische Filme für den Verleih auswählen. In den spanischen Kinos liefen 1979 insgesamt 631 Filme, davon 199 amerikanische und 109 italienische, die meisten, wie die Zeitung „El país“ schreibt, „ausgesprochener Schund“.

Die fortschrittlichen Intellektuellen bestehen darauf, daß ein demokratisches Gesetz angenommen wird, das einerseits das Eindringen ausländischen Kitschs in die spanischen Kinos verhindern oder zumindest einschränken und andererseits Voraussetzungen dafür schaffen soll, daß sich die spanische Filmproduktion entwickeln kann. Bardem beteiligt sich energisch an diesem Kampf. Auf seine Initiative tagte im Dezember 1978 der erste demokratische Filmkongreß Spaniens. Dort erklärte er, die Filmkunst müsse dem Volk und nicht einer privilegierten Schicht gehören, sie müsse helfen, die Gesellschaft umzugestalten.

Madrid

Sie loben immer die nahöstliche Front der Standhaftigkeit und des Widerstandes. Sie werden doch aber zugeben, daß sie nichts anderes tut, als Konferenzen abzuhalten und Erklärungen abzugeben, während die Sache vom Camp David doch irgendwie ihren Gang nimmt.

Assam BEN-NADJAR
Meknès, Marokko



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Dmitri
Sgerski

Ihrem Brief entnehme ich, daß sie der Tätigkeit der Front skeptisch gegenüberstehen. Ich stimme Ihnen nur in einer Hinsicht zu: Wir sympathisieren in der Tat mit ihr und loben sie. Und nicht ohne Grund.

Nehmen wir einmal Tatsachen der letzten Zeit. Erinnern Sie sich an die Situation zur Zeit der Abmachung von Camp David. Darauf entstand die unter US-Kontrolle stehende ägyptisch-israelische Allianz, die sich nicht nur gegen die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, sondern auch gegen die ganze arabische Nation richtet. Seien wir einmal ganz offen: Der Aggressor hat wesentliche Verstärkung bekommen, und manche arabische Länder waren mehr damit beschäftigt, ein Hühnchen miteinander zu rupfen, als mit dem Wichtigsten, nämlich wie sie sich gegen die noch größere Bedrohung durch den Expansionismus Israels zur Wehr setzen sollten.

Nun wurde im Dezember 1977, kurz nach der Visite Sadats in Jerusalem, die Front gebildet. Sie besteht aus Algerien, Libyen, Syrien, der VDR Jemen und der PLO. Damit reagierten die Araber folgerichtig auf die kapitulantenhafte Politik Sadats, auf die Abmachung der antiarabischen Kräfte. Die fünf Teilnehmer wollten sich keineswegs der arabischen Welt entgegenstellen. Im Gegenteil. Bei ihrer Beratung von 1978 in Damaskus erklärten die Führer der Front, grundsätzlich sei es ihr Ziel, die arabischen Staaten angesichts der akuten imperialistischen Gefahr enger zusammenzuschließen. Die Front wurde zur Avantgarde, zu dem Kern, um den sich die meisten arabischen Staaten zusammenschließen können. Sie hat ja die akzeptable

Grundlage für die Einheit vorgeschlagen: den Kampf für die Würde und Unabhängigkeit der arabischen Welt, gegen die Ränke des Imperialismus und seiner Komplizen in der Region. Als anerkannter, maßgeblicher Faktor hat die Front neben dem Irak und anderen arabischen Ländern auf der Bagdader Konferenz von 1979 an der Formulierung gemeinsamer Stellungnahmen mitgearbeitet.

Ich kann Ihnen nicht zustimmen, wenn Sie schreiben, die Front tue nichts weiter, als Erklärungen abzugeben. Damit wollen Sie wohl sagen, daß sie ineffektiv sei. Heutzutage sind aber politische, diplomatische und ähnliche Methoden zur Bereinigung internationaler Probleme Kampfhandlungen vorzuziehen, wenn die nahöstlichen Kräfte, die aufrichtig nach wirklichem Frieden streben, einen bewaffneten Kampf zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit und zur Befreiung der besetzten Gebiete auch nicht für ausgeschlossen halten. Die Leiter der Front verhalten sich sehr verantwortungsbewußt zu dieser Maßnahme. Sie sehen sie als die äußerste an und ergreifen sie vorläufig nicht, wenn sie auch, wie man sagt, das Pulver trocken halten. Die Konferenz in Tripoli vom vergangenen April beschloß, gemeinsame Streitkräfte der Front aufzustellen. Sie werden doch zugeben, Herr Ben-Nadjar, daß so ein Beschluß nicht als nichtssagende Erklärung bezeichnet werden kann. Einen Krieg gegen einen Partner der Front betrachten die übrigen als einen Angriff auf ihre eigenen

Länder. Jetzt wird es sich Israel noch hundertmal überlegen, ehe es eine Aggression, sagen wir, gegen Syrien startet. Es wäre dann ja auch mit den übrigen Mitgliedern der Front konfrontiert.

Und noch eins. In seinen Erinnerungen schreibt Kissinger, Sadat hege gegen Israel keinerlei aggressive Absichten, umgekehrt seien die ehrgeizigen Bestrebungen Ägyptens eher westwärts, auf die libyschen Ölriviere, gerichtet, die die destabilisierte Wirtschaft Ägyptens retten könnten. Eine ägyptische Aggression gegen das benachbarte Libyen ist aber schon gescheitert, nämlich 1977. Noch unvernünftiger wäre eine solche jetzt. Sollte Sadat es sich einfallen lassen, die an der Grenze Libyens zusammengezogenen ägyptischen Truppen gegen dieses vorzuschicken, so wird er sich der organisierten Streitmacht der Front gegenüber sehen.

Und ist der Boykott gegen Israel und Ägypten, den die Teilnehmer der Front strikt einhalten, etwa keine wirksame Maßnahme? Nicht von ungefähr beschimpft die ägyptische Presse die Front in allen Tonarten.

Die Front ist ein Kraffaktor, über den sich die Teilnehmer der Allianz von Camp David jetzt nicht mehr hinwegsetzen können. Die Zukunft gehört der Politik der Front, nicht derjenigen Sadats. Die Front bestimmt das jetzige Aussehen der arabischen Welt, sie verkörpert deren beste Eigenschaften: ihren Patriotismus, ihre Freiheitsliebe und ihren Gerechtigkeitsinn.



Aus der Presse ersehe ich, daß die 30. Pugwash-Konferenz eröffnet worden ist. Wann wurde die erste einberufen, von wem, und warum heißt sie so?

L. ARCHIPOWA
Moskau

Die Initiative ging von weltbekannten Wissenschaftlern aus, darunter von Albert Einstein, Bertrand Russell und Frédéric Joliot-Curie. Sie richteten 1955 einen Appell an die Wissenschaftler der Welt, eine Weltkonferenz gegen die Benutzung der Atomenergie für militärische Zwecke einzuberufen. Der Gedanke wurde von dem bedeutenden kanadisch-amerikanischen Industriellen Cyrus Eaton, der rege am öffentlichen Leben teilnimmt, nachdrücklich befürwortet. Mit seiner Hilfe wurde 1957 in seiner Heimatstadt Pugwash in Kanada die erste Konferenz veranstaltet. Die zweite fand ebenfalls in Kanada und die weiteren

in vielen Ländern, auch in der UdSSR, statt. Sie werden vom ständigen Pugwashkomitee veranstaltet, das in London seinen Sitz hat.

Diese Treffen genießen unter den Wissenschaftlern großes Ansehen. Die Teilnehmer debattieren über Abrüstung, internationale Sicherheit, den Kampf für Frieden und die Verhütung eines Kernkrieges.

Die diesjährige Konferenz hat das nukleare Wettrüsten und die „neue nukleare Strategie“ der USA entschieden verurteilt. Der bekannte niederländische Wissenschaftler B. Relling hat „die neue nukleare Doktrin der USA haarsträubend“ genannt.

PS

Eine schöne Mischpoke

Der Unterausschuß des US-Senats, der die Tätigkeit von Privatpersonen als Vertreter fremder Regierungen zu untersuchen hat, beschäftigt sich jetzt mit dem Fall Billy Carters, eines Bruders des Präsidenten, der auf dieser Linie eine große Bestechungssumme angenommen hat. Wie aber das Unterausschußmitglied Robert Dole mitteilt, bleiben noch die „geschäftlichen“ Verbindungen anderer Mitglieder der Familie Carter zu untersuchen. Ein Sohn Jimmy Carters hatte z. B. ähnliche Beziehungen zur Regierung der Philippinen, und eine Schwester des Präsidenten bereiste mehrere arabische Länder, und für ihre Reisespesen kam ein amerikanischer Geschäftsmann auf, der in ebendenselben Ländern „geschäftlich“ engagiert ist.

Mit Damenverzierung



In japanischen Kliniken für Schönheitsoperationen herrscht Hochbetrieb, denn immer mehr junge Mädchen, größtenteils solche, die ihr Studium gerade beendet haben, lassen sich die Form der Nase, der Augen usw. korrigieren nicht etwa, weil sie bei einer Schönheitskonkurrenz siegen wollen, sondern um Stellung zu finden. Viele Gesellschaften und Ämter achten bei der Einstellung junger Damen weniger auf die

Eignung als auf das Äußere, denn sie müßten — so heißt es — in erster Linie „eine Zierde des Büros sein“.

Verkappte Mischas



Der Inhaber einer Fabrik für weiches Spielzeug in San Franzisko, ein gewisser Dakin, war geschockt, als er von Carters „Boykott“ der Olympiade in Moskau erfuhr. Er hatte ja 100 000 Mischas anfertigen lassen (Foto links) und fürchtete, mit ihnen sitzenzubleiben und 2 Mio Dollar zu verlieren. Der „Boykott“ war bekanntlich eine große Pleite, und Dakin fand einen Ausweg: Einen Teil der Mischas kleidete er in Hockeystiefel, einen zweiten in T-Shirts mit der Aufschrift „Ich bin bloß ein Bär“ (Foto rechts). Außerdem hat Dakin inseriert, auf Wunsch könne er solche Bären als Olympia-Maskottchen, mit den fünf Ringen am Gürtel, liefern. So half sich der tüchtige Geschäftsmann halbwegs aus der Patsche.

Abschied mit Veilchenaugen

Wie üblich, schloß die Tagung der Legislative in der kanadischen Provinz Manitoba vor den Parlamentsferien mit einer Art Papiergefecht. Die Mitglieder der Majorität und der Opposition sowie Journalisten, die die Parlamentstagen kommentieren, bewarfen einander mit dem schriftlichen Wortlaut der

auf dieser Tagung verabschiedeten Gesetze, mit Broschüren und anderen Druckschriften, die sie gerade bei der Hand hatten. Auch ohne blaue Flecke und Beulen geht es dabei nicht ab. Das jüngste solche Gefecht hat am 30. Juli stattgefunden. Die Reporterin der CBS kommentierte die heitere Szene und zeigte im Fernsehen auch ihren blauen Fleck, den ihr jemand mit einer gewichtigen Broschüre geschlagen hatte.

Türen, die in Versuchung führen

Die ägyptischen Behörden kamen lange nicht darauf, wie es Beamte fertigmachen, in den Bürostunden zu verschwinden. Vor kurzem hat endlich ein leitender Beamter im Rathaus von Alexandria das Rätsel gelöst. Er hat erklärt, daß es in vielen Ämtern sehr viele Türen gibt und daß die dadurch in Versuchung geführten Beamten der Reihe nach verschwinden, um ihren Privatangelegenheiten nachzugehen. Jetzt überlegt man, ob man die meisten Türen nicht vernageln soll. Vorläufig hat man an jeder einen Wächter hingestellt, der in ein Buch einträgt, wann wer kommt und geht.

Für dort gut genug?



Pharmazeutische Firmen im Westen haben eine Methode gefunden, sich Verluste infolge des behördlichen Verbots ihrer untauglichen oder schädlichen Präparate zu ersparen. Sie verkaufen diese nach Entwicklungsländern. Die Londoner „Times“ berichtet, zwei Ärzte hätten in einer Zurschrift die schwere Erkrankung einer in Moçambique lebenden Engländerin geschildert. Sie hatte ein in den Apotheken Englands und anderer Län-

der Europas eingezogenes Medikament benutzt.

Zwischenstation Klapsmühle



Bei den Primärwahlen zum Kongreß in Michigan siegte Alfred Patterson über die beiden anderen Kandidaten der Republikanischen Partei. Für November steht ihm der Wahlkampf mit dem Kandidaten der Demokratischen Partei bevor. Er hofft, persönlich daran teilzunehmen, falls man ihn — aus der Klapsmühle ertläßt. Zu den Primaries soll er laut Associated Press gesagt haben: „Ich bin überglücklich, daß ich gesiegt habe. Politik war schon immer mein Hobby.“

Dauergeschäft für Anwälte

Wenn ein Prozeß ein Jahr, zwei oder drei Jahre dauert, sagt man, er ziehe sich in die Länge. Es gibt aber eine Klage, die schon vor mehr als 100 Jahren anhängig gemacht wurde, u. zw. von den zahlreichen Nachkommen des brasilianischen Milliardärs Faustino Correa. Es geht um die Erbschaft. Er besaß Güter und zahlreiche Häuser in Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay, Bolivien und Chile. Die Erbanwärter gehen in die Tausende. Bevor er 1873 starb, hatte er nämlich seinen Besitz seinen 14 außerehelichen Kindern vermacht, aber unter der Bedingung, daß das Erbe erst geteilt werden darf, wenn er Ururenkel bekäme. Jetzt haben seine Ururenkel bereits Enkel, und zahlreiche Anwälte lesen eifrig die schon mehr als 120 000 Seiten Aktenstücke zur Sache.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis

NEUE ZEIT

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ

AEROFLOT FÜR IHRE FRACHT



Aeroflot, die größte Fluggesellschaft der Erde, transportiert jährlich Hunderftausende Tonnen Fracht.

Kunden in allen Ländern nehmen ihre Dienste in Anspruch.

Der Frachttransport erfolgt mit allen Linienflugzeugen und mit Frachtcharterflügen.

Ausführliche Informationen über den Frachtverkehr erhalten Sie in jeder Vertretung von Aeroflot sowie in der Zentralen internationalen Agentur von Aeroflot (Moskau, Leningrader Chaussee 29, Telex — 7222, Code — SITA MOWFRSU).

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



Im Objektiv: **INDONESIEN**



**Das Unabhängigkeitsdenkmal
in Djakarta**

„Diese Gestade sind so herrlich, daß man im Vorbeisegeln glaubt, das sei ein Paradies auf Erden“, so schrieb schon im vorigen Jahrhundert der russische Forschungsreisende Wjatcheslawow über Indonesien.

Es wird das Land der 3000 Inseln genannt. Manche von ihnen sind groß (Sumatra z. B. mißt über 470 000 km²), die meisten aber sind winzig. Die Natur ist sehr schön. Es gibt allein an Blumen über 24 000 und an Bäumen über 2000 Arten. Auch die Tierwelt ist außerordentlich reich.

Für die Indonesier aber war ihre Heimat nie ein Paradies. Sie wurde 350 Jahre von den niederländischen Kolonialisten beherrscht und errang erst am 17. August 1945 die Unabhängigkeit. Seitdem ist eine moderne

Industrie einschließlich des Kraftwagenbaus und der Elektronik entstanden. Indonesien hat über 146 Millionen Einwohner. Fast drei Viertel der arbeitenden Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Das Land ist reich an Bodenschätzen. Allein an Erdöl sind Vorkommen mit mehr als 5 Md. t festgestellt. Bisher macht sich aber noch das lastende Erbe aus der Vergangenheit — Arbeitslosigkeit und ein niedriger Lebensstandard — fühlbar.

In den letzten Jahren leben die sowjetisch-indonesischen Kontakte wieder auf, wächst der Warenverkehr und wird der Austausch verschiedener Delegationen reger.



**Indonesische
Bäuerin**



**Die Direktion
der nationalen
Ölgesellschaft
Pertamina**



**Straßenszene
in Bandung**

**Der alte
Boro-Budur-
Tempel
wird restauriert**



**Reis ist die
wichtigste
Nährpflanze**

**Für Java
sind die
terrassen-
förmigen
Reisfelder
typisch**



**Slums
in der Hauptstadt**

Fotos: A. Kalinin